Sommer 2020
Nr. 76, 26. Jahrgang
Ladenpreis: 4,90€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Corona-Pandemie
Kapitalismus
???
Klimawandel

Coronakrise
» Seiten 4–14

Klimapolitik
» Seiten 36–53

Inhaltsverzeichnis

Editorial Liebe Leser*innen, wir hoffen, dass ihr euch so freut wie wir – endlich haben wir wieder eine Ausgabe produziert! Als die Coronaturbulenzen losgingen, ist noch einiges dazu gekommen, was im Heft untergebracht werden sollte. Eine Einordnung und Diskussion der Ereignisse wird notwendig sein. Denn was war und ist da los und was passiert nach der Pandemie? Es grassieren die unterschiedlichsten Annahmen, was das richtige Verhalten ist, um die Ausbreitung zu vermindern. Gleichzeitig werden viele Menschen allein gelassen mit dieser Verantwortung.

Neben einigen Beiträgen zu diesem Thema, befasst sich diese Ausgabe mit unterschiedlichen anderen Themen und wir hoffen, euch eine interessante Mischung bieten zu können. Eine kleine Beitragsreihe aus Kommentaren und einem Interview widmet sich dem Projekt Fuck for Forest, um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ecopornprojekt anzuregen.

Die Verfolgung von Jued*innen in Döbeln vor 1945 und eine Recherche über rechte Aktivitäten in der Region, die Bildungsarbeit in ihrem Sinne zu entpolitisieren, werden in zwei weiteren Artikeln beleuchtet.

Die absurde Idee, dass Atomkraft zur Rettung des Klimas beitragen sollte, ist noch nicht vom Tisch und auch anstehende Castortransporte nach Deutschland haben uns dazu bewegt, eine Reihe von Beiträgen rund um Kampagnen und Ereignisse im Atombereich mit aufzunehmen.

Zu guter Letzt, dem grünen blatt alles Gute zum 25 jährigen – hoffentlich können wir das bald feiern!



Mit diesem Icon weisen wir im Heft auf zusätzliche Informationen auf der Internetseite vom grünen blatt hin. Beispielsweise, wenn wir nur einen Auszug abdrucken konnten oder die Referenzangaben nicht ins Heft gepasst haben - dann findest du diese online.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Postfach 320119
D-39040 Magdeburg
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Falk Beyer, Jean Trauerweide, Hanni, Jan u. a.

Redaktion
Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Iolanthe, Susann Baehs, Zimt

Satz und Layout
Falk Beyer, Iolanthe, Jan Kummerfeldt, Nicolai, Zimt

Bildnachweis
Cover und Rückseite: Zimt
Hintergrundbild: pixabay
Schriftart in der Grafik: Cardenio Modern Font by Nils Cordes (cc-by-sa-4)
Blätter Rückseite: GDJ auf openclipart.net

Auflage: 900 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100 % Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden. Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und/oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.

25 Jahre grünes blatt

fb Vor bereits einem Vierteljahrhundert, im November 1995, formte eine Gruppe junger Aktivist*innen aus der damaligen Mitgliederzeitung des Greenteam-Magdeburg eine neue Zeitschrift, die sie „grünes blatt" nannten. War der Vorläufer „Greenteam-News" noch ein zusammengestückeltes, teils handschriftlich, teils per Schreibmaschine verfasstes, mit aufgeklebten Fotos und Grafiken illustriertes, in Handarbeit kopiertes und getackertes Werk, so wurde nun vieles „professioneller": farbiger Umschlag, neue Redaktion und Herstellung in einer Druckerei. Sehr hierarchisch strukturiert mit einem Chefredakteur und 1., 2., 3. und 4. Redakteur*in mit definierten Zuständigkeitsbereichen spiegelte die Zeitschrift damals wohl auch die Organisationsweise der herausgebenden Gruppe, die sich in „Greenkids Magdeburg e.V." umbenannt und als Verein strukturiert hatte, wider.

Es erschienen allerdings nur drei Ausgaben im neuen Design. Das angedeutete Organisationsverständnis im Verein verursachte ein Jahr nach dem Start des grünen blattes Ende 1996 eine interne „Revolution", die für Greenkids als organisatorischer Zusammenhang vieles veränderte. Von der alten Vereinsführung zurückgehaltene Gelder, verwehrter Zugang zur Vereinsinfrastruktur und die öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung über die rechtmäßige Vertretung führten zu einer Phase voller Improvisation, Gewinnung neuer Unterstützer*innen und vor allem eines anderen Selbstverständnisses. In dieser Phase musste die Auflage reduziert und wieder auf Kopien umgestiegen werden, gleichzeitig wurde aber die Frequenz der Publikationen erhöht. Trotz der Schwierigkeiten war diese Zeit für den herausgebenden Verein und das Zeitungsprojekt voller Inspirationen und von Enthusiasmus geprägt.

1998 änderte sich das Konzept des grünen blattes grundlegend, als es zu einem Kooperationsprojekt von Greenkids, BUNDjugend Sachsen-Anhalt und NAJU Sachsen-Anhalt erweitert wurde und sich nun im Untertitel „Zeitung aus der Jugend-Umweltbewegung" nannte. Dies war auch Ausdruck einer stärkeren inhaltlichen und organisatorischen Zusammenarbeit dieser Organisationen und damit eine Abkehr von der noch von Greenpeace inspirierten Identifikations- und Labelperspektive. Es sollte jetzt noch viel mehr um „die Sache" und nicht mehr so sehr um die Vereine gehen. Der Trägerkreis des grünen blattes wurde mit der Zeit um weitere Organisationen erweitert.

Seit Mitte 1998 erschien das grüne blatt wieder mit farbigem Umschlag und wurde auch wieder professionell gedruckt. In einzelnen Jahren erschienen bis zu sieben Ausgaben. Der Seitenumfang stieg zeitweise von 12 auf 20, und auch inhaltlich öffnete sich das Magazin Themenfeldern über bloße Naturschutz- oder Umweltthemen hinaus. Aber auch dieses Konzept stieß irgendwann auf Herausforderungen der politischen Entwicklungen. Während in der Bundespolitik inzwischen eine rot-grüne Regierung die Macht erlangt hatte, hatten sich die Kooperationen zwischen den Umweltorganisationen in Sachsen-Anhalt wieder verringert. Aus einem Trägerkreis von zuletzt sechs Verbänden und Organisationen verschwanden mangels tatsächlicher Berührungspunkte nach und nach wieder alle bis auf die ersten Träger von 1998. Die jährliche Ausgabenzahl stabilisierte sich nach der Jahrtausendwende auf vier Hefte.

In der Geschichte des Zeitungsprojektes gibt es noch vieles zu berichten (und zu erforschen), das hier keinen Platz finden kann. Dieser kleine Rückblick soll nun zunächst abgeschlossen werden und damit der Sprung in die Gegenwart erfolgen. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des grünen blattes hatte sich die Redaktion viele Gedanken gemacht. Den Höhepunkt sollte eine Geburtstagsfeier im Juni 2020 in Magdeburg, also dem Gründungsort des Projektes, bilden. Viele Ideen für das Programm und die Ausgestaltung waren bereits gesammelt, der Veranstaltungsort klar gemacht und die logistische Unterstützung teilweise schon organisiert. Die Covid19-Krise hat dieser Planung aber einen Strich durch die Rechnung gemacht. Zunächst waren wir optimistisch, dass nach einem Vierteljahr eine solche Veranstaltung wieder möglich sein sollte. Einladungen waren bereits verschickt und auch mit persönlicher Ansprache von Gästen begonnen worden. Allerdings war zuletzt unsere Einschätzung eher pessimistisch: eine Veranstaltung, auf der auf Abstand geachtet und Masken getragen werden müssten, fanden wir dem Charakter des Jubiläums nicht angemessen; abgesehen davon gab es keine Planungssicherheit, weil in kurzen Abständen die behördlichen Regelungen unter Covid19 verändert wurden und ständig mit weiteren Infektionswellen gerechnet wird. Unter diesen Umständen mussten wir die Jubiläumsfeier absagen.

Es gibt aber Interesse daran, mit Beiträgen zum Magazin und vielleicht auch mit Einzelveranstaltungen die Geschichte und Entwicklung des grünen blattes zu erkunden und kritisch zu reflektieren. Dazu seid auch ihr Leser*innen eingeladen! Und auch wenn es nicht der 25. Geburtstag ist, wird es in Zukunft sicherlich Anlässe geben ein Jubiläum zu feiern.

Zuletzt noch ein für die Zukunft des Projekts wichtiger Schwenk zurück zur Finanzierung: Im Rahmen der Jubiläumsüberlegungen hatten wir die Idee einer Förderkreis-Kampagne zum 25. Jahrestag entwickelt – die Abonnent*innen wurden darüber in einem beigelegten Brief schon kurz informiert. Da der Leser*innenkreis des grünen blatts aber zu mehr als zwei Dritteln nicht aus Abonnent*innen besteht, soll auch hier Werbung dafür gemacht werden:

Unsere Idee ist, anlässlich des 25. Geburtstags 25 Unterstützer*innen zu finden, die sich bereit erklären pro Jahr mindestens 25 Euro an das grüne blatt zu spenden. Erste Rückmeldungen gab es bereits auf unseren Brief hin, aber das Ziel ist noch nicht erreicht. Wenn du dir vorstellen könntest, dem Förderkreis des grünen blattes beizutreten und damit zu einer dauerhaften Perspektive beizutragen, melde dich bitte bei uns! Das wäre doch ein schönes Geburtstagsgeschenk, nicht wahr?



Dies ist eine gekürzte Version. Der vollständige Artikel ist auf der Internetseite vom grünen blatt zu finden.

Aufnehmen statt sterben lassen!

Es war zu erwarten: 4 Jahre Zuschauen zeigen jetzt ihre katastrophale Wirkung. Der Corona-Virus hat auch die griechischen Inseln erreicht. 40.000 Menschen, zusammengepfercht in völlig überfüllten EU-Hotspot-Lagern wie Moria, unter desaströsen Hygiene-Bedingungen und fast ohne medizinische Versorgung, könnten schon bald der tödlichen Krankheit ausgeliefert sein. Während europäische Staaten zum Schutz vor der Pandemie ihre Grenzen schließen und selbst soziale Begegnungen von Kleingruppen unterbinden, ist das von der Austeritätspolitik und Wirtschaftskrise schwer angeschlagene griechische Krankensystem in keiner Weise in der Lage, bei einem großflächigen Krankheitsausbruch die notwendige medizinische Versorgung der Geflüchteten sicherzustellen. Und die EU versperrt sich weiterhin allen Appellen, die Lager zu räumen und die Menschen sicher zu evakuieren. Vielmehr wird verstärkt abgeriegelt. Dies passt dazu, was wir in den letzten zwei Wochen an der griechisch-türkischen Grenze beobachten konnten: Eine beispiellose Brutalisierung der EU-Migrationspolitik, gepaart mit der skrupellosen Verletzung grundlegender Menschenrechte, Europarecht und der Genfer Flüchtlingskonvention.

Menschen, die in Europa Schutz suchen, werden mit Tränengas beschossen, zusammengeschlagen, ausgezogen und illegal über die Grenze zurückgeschoben. Im ägäischen Meer werden Fliehende aggressiv von der griechischen Küstenwache attackiert, Motoren zerstört und Schlauchboote aufgestochen. Auch was 2015 noch unsagbar war, ist nun Realität geworden: Mit scharfer Munition wird die Grenze verteidigt und mehrere Menschen wurden an der griechisch-türkischen Evros-Grenze erschossen. Damit hat sich die europäische Grenzpolitik von einem passiven Sterbenlassen an den Außengrenzen zu einer Politik aktiven Tötens gewandelt. Freiwillige Helfer_innen und Mitarbeiter_innen internationaler Organisationen auf den griechischen Inseln wurden in rechtsradikalen Netzwerken zur Verfolgung ausgeschrieben und von faschistischen Mobs gejagt und brutal zusammengeschlagen. Faschist_innen aus ganz Europa treffen auf den griechischen Inseln ein, soziale Zentren und Solidaritätsstrukturen wurden in Brand gesetzt.

Zudem wurde das Asylrecht für alle Personen, die seit dem 1. März in Griechenland eingereist sind, ausgesetzt. Die griechische Regierung ließ durch ihren Regierungssprecher Stelios Petsas mitteilen, dass sie einen Monat lang keine Asylanträge mehr von Neuankommenden annehmen werde. Neu eingereiste Geflüchtete werden unter ad-hoc-Haftbedingungen wie im Hafen auf Lesbos festgehalten und sollen abgeschoben werden. Ihnen wird jedoch nicht nur das Recht auf Schutz verweigert; laut Zeitungsberichten gab es schon mehrere hunderte Fälle, in denen Menschen wegen „illegaler Einreise“ zu vierjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.



Foto: Unsplash

Die europäische Abkehr von sämtlichen Grundrechten

All dies tritt nicht nur die vielbeschworenen europäischen Werte mit Füßen, sondern verstößt gegen internationales Völkerrecht, Europarecht, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention.

1. Griechenland hat sich zur Einhaltung des völkerrechtlichen Grundsatzes des Non-Refoulement (Nicht-Zurückweisung) verpflichtet, der in einer Vielzahl von völker- und menschenrechtlichen Verträgen verankert ist (u.a. Art. 33 Genfer Flüchtlingskonvention, Art. 3 Europäische Menschenrechtskonvention). Die Waffengewalt an der griechischen Grenze, als auch Abschiebungen ohne Asylverfahren stehen im Widerspruch zu diesen Rechtsnormen und stellen einen fortgesetzten Rechtsbruch dar.

2. Ebenso ist das Verbot der Kollektivausweisung menschen- und europarechtlich verankert (Art. 19 Abs. 1 der europäischen Grundrechte-Charta, Art. 4 des 4. Zusatzprotokolls zur EMRK). Auch Griechenland ist über die europäische Grundrechte-Charta an diesen Grundsatz gebunden. Die griechische Regierung kann sich auch nicht auf die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (8675/15 und 8697/15) zur Praxis der Pushbacks an der spanisch-marokkanischen Grenze berufen: Der EGMR hat in dieser Entscheidung verlangt, dass es eine legale Einreisealternative gibt und der Antrag auf Schutz an anderer Stelle gestellt werden kann. Eine solche Alternative existiert in Griechenland keinesfalls, weder kann an anderen Grenzübergängen oder in Polizeistationen ein Schutzgesuch gestellt werden. Damit ist weder eine Aussetzung des Asylrechts noch eine komplette Grenzschließung rechtmäßig. Sowohl das Zurückweisungsverbot als auch das



Die Faschisierung Europas stoppen!

Verbot der Kollektivausweisung gelten unbedingt und können zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Umständen ausgesetzt werden – erst recht nicht durch eine juristisch nicht verankerte Absprache, wie es der als Abkommen bezeichnete EU-Türkei-Deal vom März 2016 darstellt.

Dennoch stellen sich die EU und Deutschland schützend hinter Griechenland, das von der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ganz in Manier einer Verteidigungsministerin als „das Schild Europas" bezeichnet und mit 700 Millionen Euro für Grenzaufrüstung unterstützt wird. Die Spirale der Militarisierung nimmt immer weiter zu: Die Europäische Grenzschutzagentur Frontex wird in einem RABIT Sondereinsatz an die Grenze geschickt. Was sie tun soll ist ungewiss – sich an den Erschießungen beteiligen?

Türkische Kriegsführung mit Flüchtlingen und der Anfängerfehler der EU-Migrationspolitik

Es ist unglaublich, dass die Europäische Union bereit ist, jegliche Rechtsgrundlage, Moral und zivilisatorische Maske über Bord zu werfen, weil zwischenzeitlich einige tausend Menschen an der griechischen Grenze einen Asylantrag stellen möchten. Der verhängnisvolle EU-Türkei-Deal vom 18. März 2016 hat wieder einmal einem autoritären Regime Macht über die europäische Politik gegeben. Das politische Mantra, 2015 dürfe sich nicht wiederholen, erlaubt der EU kein Umdenken. Dabei sind die Flucht-Migrant_innen in der Tat zur Verhandlungsmasse und zur menschlichen Munition für die eigenen militaristischen und innenpolitischen Pläne der türkischen AKP-Regierung geworden – in die Hand gelegt durch eine EU-Migrationspolitik, die über Deals autoritäre Regime als Pufferzonen Europas zur Flüchtlingsabwehr aufbaut.

Doch die Türkei ist nicht sicher, sie gewährt Menschen ohne europäischen Pass kein Asyl. Auch wenn die Türkei mit ihrer militärischen Präsenz in Idlib das Ziel verfolgt, die gewaltsame Vertreibung von weiteren rund 3,5 Millionen Menschen durch die syrisch-russische Offensive in Richtung ihrer Grenze zu verhindern, ist und bleibt sie seit ihrem Angriff auf syrische Gebiete unter kurdischer Selbstverwaltung selbst verantwortlich für hunderttausendfache Vertreibung. Auch an der türkisch-syrischen Grenze wird auf Flüchtende geschossen – und die Türkei schiebt selbst nach Syrien ab. Bereits in den letzten Jahren hat Erdogan in regelmäßigen Abständen mit der Aufkündigung des EU-Türkei-Deals gedroht. Diesmal hat der türkische Präsident seiner Drohung Nachdruck verliehen: Menschen wurden in Bussen zur Grenze gefahren, zusammengepfercht und zum Teil mit Schlägen und vorgehaltener Waffe zum Grenzübertritt gezwungen. All dies geschieht, um Bilder zu produzieren, die EU und NATO dazu bringen sollen, die Türkei in ihrer Kriegsstrategie zu unterstützen und Fluchtmigration aus Syrien einzudämmen. Außerdem sollen Syrer_innen in eine sogenannte „Sicherheitszone" in die kurdischen Gebiete im Nordosten Syriens abgeschoben werden. Damit hätte der türkische Präsident zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: die kurdisch-demokratische Selbstverwaltung empfindlich geschwächt und sich gleichzeitig der temporär im Land geduldeten Flüchtlinge entledigt.

Anstatt den Anfängerfehler der EU-Migrationspolitik – die Abhängigkeit von autoritären Regimes – als Ursache des Problems zu erkennen, versucht die EU die Türkei mit allen Mitteln zu besänftigen. Dabei verkennt sie, dass der Deal noch nie funktioniert hat und auch nie funktionieren wird: weder der 1:1-Austausch (wobei für jede aus Griechenland in die Türkei zurückgeschobene syrische Person ein_e Syrer_in nach Europa umgesiedelt werden sollte), noch die Leerung der griechischen Inseln durch Abschiebungen. Das einzig funktionale Element des Deals ist der Kuhhandel von Milliardenbeträgen für gewalttätige Migrationsabwehr. Bricht dies weg, zeigt sich das wahre Gesicht dieser hilflosen und gescheiterten Migrationspolitik: Die Erschießung an der EU-Außengrenze stellt dann nur die letzte logische Konsequenz dar. Der EU-Türkei-Deal ist von Anfang an gescheitert, jeder neue Versuch eines Deals wird ebenso scheitern!

Der Zweiklang der Abschottung und Faschisierung

Die Umdeutung der Willkommenskultur von 2015 zu einer „Flüchtlingskrise, die sich nie wiederholen dürfe", kreiert eine derartige Angst, dass lieber Erschießungen geduldet werden, als über Aufnahme geredet wird. Dabei hat das Abschottungsparadigma auch seine mörderische innenpolitische Seite. Während bis heute zahlreiche Städte und Gemeinden – wie in dem Netzwerk „Städte Sichere Häfen" – nach wie vor für eine Praxis und Kultur des Willkommens und der offenen Gesellschaft stehen, hat die Politik mit ihrer Dämonisierung der Migration als „die Mutter aller Probleme" auch innergesellschaftlich Diskurse und Taten der „Verteidigung Europas" hoffähig gemacht. Insofern ist die Faschisierung an der Außengrenze eng verwoben mit dem erstarkenden Rechtsterrorismus und Angriffen auf die Grundlagen der Demokratie in den europäischen Gesellschaften. Europa steht an einem Scheideweg: Wir können diesen Wahnsinn nur mit einer Rückkehr zu grundlegenden Rechten, Offenheit und Aufnahmebereitschaft begegnen.

Initiator*innen:

Adopt a Revolution, borderline europe e.V., bordermonitoring.eu, Equal Rights Beyond Borders, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Kritnet, Komitee für Grundrechte und Demokratie, medico international, Republikanischer Anwältinnen - und Anwälteverein e.V. (RAV), Sächsischer Flüchtlingsrat, SEEBRÜCKE - Schafft sichere Häfen!

Erstveröffentlichung und ungekürzte Fassung:

https://www.grundrechtekomitee.de/details/aufnehmen-statt-sterben-lassen-die-faschisierung-europas-stoppen

Linke Verortungen in der Coronakrise

grillmöbel

Das Außen

„... ne Freundin arbeitet im Krankenhaus, die musste gerade die Lieferung der neuen Leichensäcke annehmen...“, erwähnte ein Bekannter neulich und schaute mich dabei komplizenhaft an, wie es Leute tun, die davon ausgehen, dass ihre Botschaft bei ihrem Gegenüber ankommt.

„... die werden jetzt neue Gesetze beschließen, die ihnen noch mehr Befugnisse geben...“, wusste eine Freundin schon vor Wochen. Und viele weitere äußern sich mit Bestimmtheit über das doch per se Unbestimmte:

„... ach, das ist nichts Anderes als eine Grippe, ich sag's dir...“

„... die nutzen das jetzt, um die Digitalisierung voranzutreiben...“

„... wir werden das eh alle kriegen...“

„... Notstandsgesetze und die Linke schweigt!...“

„... die Einschränkungen sind alternativlos...“

All diese Äußerungen begegneten mir – oft ungefragt – innerhalb der letzten Wochen in Gesprächen mit progressiv denkenden Menschen. Die Personen hinter den Aussagen hatten eins gemeinsam: Sie waren sich des Inhalts ihrer Äußerungen sicher. Genauer gesagt, sie präsentierten sich selbstbewusst und klar.

Das Innen

Das war und ist mir zunehmend verdächtig. Wenn meine Sensoren in dieser Zeit etwas im Übermaß auffangen, dann ist das Unsicherheit, diffuse Angst und die Unklarheit darüber, wie die nächsten Wochen, Monate und Jahre aussehen werden. Wie passt das zusammen? Ich musste zudem beobachten, dass die mit einer solchen Bestimmtheit auf mich einprasselnden Positionen meine Unsicherheit eher verstärkten, denn wie soll ich zu einem Schluss kommen, wenn die intelligenten Menschen um mich herum teilweise gegenteilige Meinungen stark machen und sich dabei alle gleichermaßen ihrer Richtigkeit sicher sind? Auch in Nicht-Corona-Zeiten fällt mir nicht selten, vor allem in linken Kreisen, das Bedürfnis auf, sehr schnell auch zu komplexen Sachverhalten eine klare Meinung zu haben. Ich habe das bereits kritisiert und kritisiere es auch jetzt. Ich kann nur für mich sprechen: Ich habe ein gutes Grundverständnis von Mathematik, Statistik und Naturwissenschaft im Allgemeinen und ich maße mir nicht ansatzweise an, aus den Infos, zu denen ich Zugang habe, zu destillieren, was tatsächlich gerade passiert. Ich verstehe sicherlich zu wenig davon, wie Krankheiten funktionieren, aber habe eine gute Intuition dafür, was plausibel ist und was nicht.

Hätte ich Ende März eine Liste anfertigen sollen mit Sätzen zum Thema Corona, über deren Wahrheitsgehalt ich mir sicher bin, so hätte diese etwa so ausgesehen:

– (leer)

– (leer)

– (leer)

usw.

Meinungsbildung – aber wie?

Dafür ist nicht meine fehlende Bereitschaft verantwortlich, mir eine Meinung zu bilden; auch nicht meine Überforderung allein. Vielmehr plädiere ich bewusst dafür, sich zunächst selbst Zeit zu geben, um zu einem Thema Position zu beziehen. Es kommt dadurch weniger zu Frontenbildung, die eher entsteht, wenn Leute sich unter dem Druck sehen, schnell etwas zu bewerten und mehr nach den Meinungen ihrer peer groups oder Vorbilder gehen als sich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zweitens sollte nicht die Arroganz entstehen, man könne überhaupt eine alles abdeckende abschließende Meinung zu einem komplexen Thema haben. Ebenso wie viele Linke zum Beispiel beim Nahostkonflikt deutlich mehr in der Gegend herummeinen als ihnen zusteht, denken viele offensichtlich auch bei Corona, in allen Bereichen genügend sichere Informationen zu erhalten, um das Ganze zu verstehen und zu bewerten. Und fühlen sich dabei geradezu immun gegen Irrwege. Mir ist das ein Rätsel und ich möchte hier für eine gewisse Demut werben, was das Wissen über die Welt und ihre Phänomene angeht. Es ist keine Schande, auch manchmal zu sagen: „Ich weiß es nicht.“ Es kann sogar in Ordnung sein, zu sagen: „Damit möchte ich mich nicht beschäftigen.“ Der Vorwurf des Ausblendens kann nicht zum Totschlagargument werden, denn wir müssen alle durchweg unzählige Dinge ausblenden, sonst sind wir nicht lebensfähig. Auch bei Corona empfiehlt es sich für diejenigen, die nicht aus irgendeinem Grund direkt involviert sind, immer mal wieder auch auszublenden, wie das Virus sich in welchen Teilen der Welt auch immer verhält. Drittens finde ich wichtig, anzuerkennen, dass die Meinungsbildung Grenzen hat. Ich versuche mir bewusst zu machen, an welcher Stelle ich nun doch eine Quelle als Autorität annehme und an welcher Stelle ich trotz vieler Versuche nicht mehr kognitiv in der Lage bin, die Komplexität zu entwirren. Wir müssen nicht alle Virolog*innen sein. Können wir auch nicht. Um den dritten Punkt zu illustrieren, möchte ich noch einmal auf die leere Liste von oben zurückkommen. Denn inzwischen wäre dann doch das ein oder andere dazugekommen. Die langsame und achtsame Beschäftigung mit einem komplexen Thema in all seinen Dimensionen, sei es wissenschaftlich, gesellschaftlich oder emotional, führt nämlich eben doch zu wertvollen Erkenntnissen, die nur eben anders ausfallen als obige Wahrsagereien oder Verschwörungstheorien. Diese will ich nun teilen:

1. Corona ist eine Herausforderung, die es so noch nicht gab

Dazu brauche ich nicht einmal Nachrichten zu lesen; meine Wahrnehmung reicht aus, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen. Ich meine das übrigens nicht so wie Merkel („Seit dem 2. Weltkrieg usw.“), sondern eher simpel und unaufgeregt wie folgt: Die Menschen, die jetzt leben, haben noch keine weltweite Pandemie erlebt. Das heißt, es gibt keinen gesellschaftlichen Präzedenzfall. Das heißt, alles ist Spe-

kulation und kann nur Spekulation sein. Es kann und sollte jetzt viel geforscht werden, während sie stattfindet, auch für den Umgang in der Gegenwart, aber vor allem, damit das nächste Mal nicht mehr alles Spekulation sein muss. Auch für die einzelnen Menschen bedeutet das, dass alle überfordert sind, nein, überfordert sein müssen. Wer es nicht ist, lügt oder macht sich und anderen etwas vor. Auch deswegen erscheinen mir jene selbstsicheren Aussagen verdächtig. Man kann sie begreifen als einen Versuch, das Geschehen zu beherrschen, to be in control. Nachvollziehbar, aber auch blöd, weil der unkontrollierbare Charakter in der Pandemie ja völlig offensichtlich zutage tritt.

2. Egal, wie das Ganze verläuft, werden diejenigen, die jetzt am weitesten unten sind, am meisten zu leiden haben

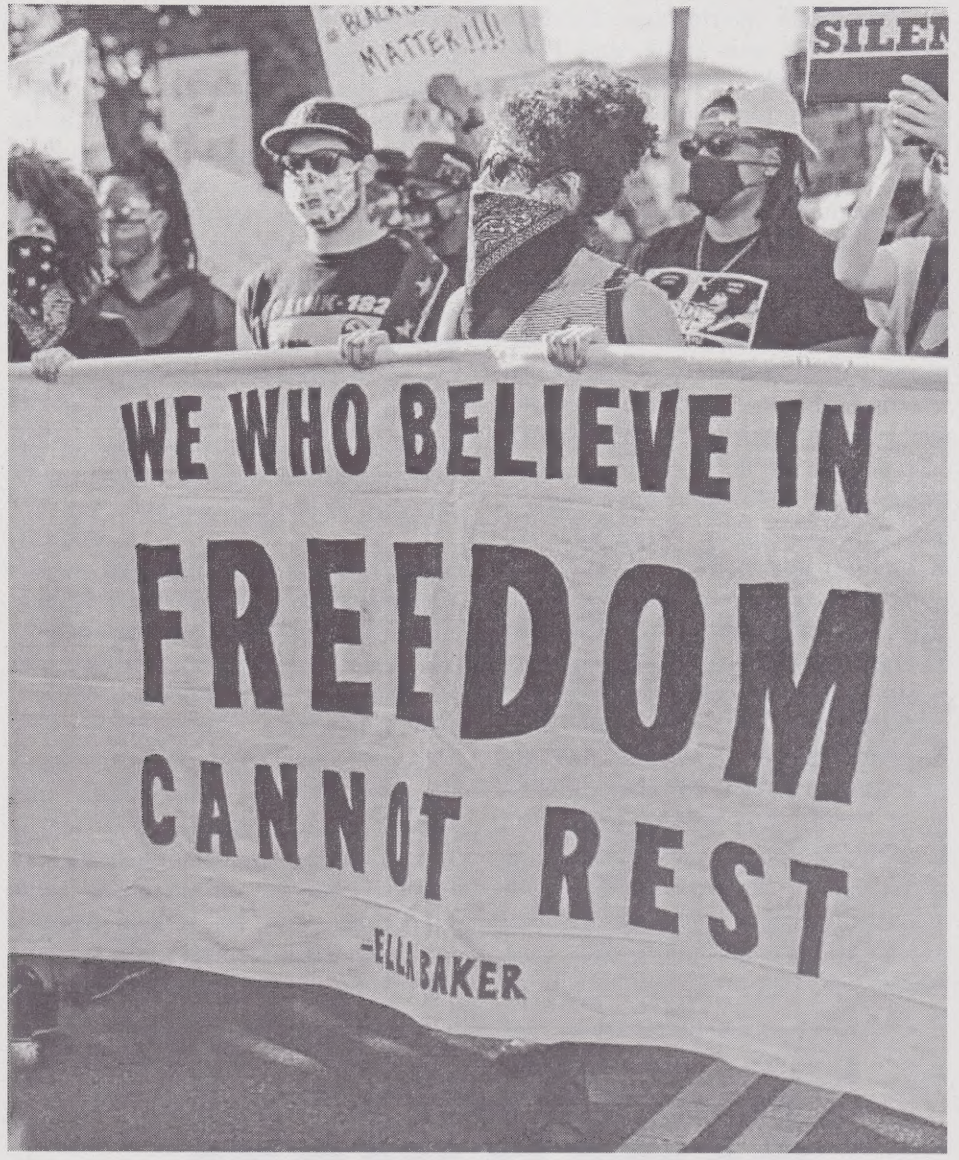
Corona bzw. die Maßnahmen dagegen verschärfen die Situation für Kinder, Alte, Kranke, Wohnungslose, Geflüchtete, Arme, Prekäre, Traumatisierte, Menschen, die mit Ängsten, Zwängen, Depressionen, Paranoia und ähnlichem zu tun haben, Abhängige. Wer stabiler ist, sei es durch materielles oder emotionales Kapital, kann in der Krise besser für sich sorgen. Auch für so gut wie alle anderen bedeutet die Situation Einschränkungen, aber für diese Gruppen deutlich mehr, zumal diese alle auch schon ohne Pandemie in ihren Freiheiten eingeschränkt werden. Das gilt es zu bedenken, zu supporten und jetzt wie später kritisch zu begleiten.

3. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr besteht darin, durch die Berichterstattung zu Corona bekloppt zu werden

Es kursieren viel zu viele Informationen in dieser Welt für eine einzelne Person. Dieses Phänomen ist erst wenige Jahrzehnte alt und verschärft sich jährlich weiter, durch Globalisierung, Internet, soziale Netzwerke. Wir müssen verstehen, dass es eines bewussten Umgangs mit all diesen Medien bedarf; wir können nicht einfach alles auf uns einprasseln lassen. Wenn mir bei jedem Zeitungsartikel, ob zu Corona oder nicht (manchmal gibt es noch welche), ungefragt Fall- und Todeszahlen entgegengeplärrt werden, macht das etwas mit mir. Viele Zeitungen tun genau das, denn ihr von der Profitlogik getriebener Expansionsdrang lebt von Panik und Erregung. Ein Artikel, dessen Tenor ist, dass sich eine Gemeinde gut vorbereitet, falls es zu einem extremen Ausbruch kommt, trägt die Überschrift „Wir bereiten uns auf das Unvorstellbare vor“ und nimmt die Katastrophe damit zu einem Zeitpunkt vorweg, wo sie definitiv noch nicht da ist, sofern sie überhaupt eintritt. In anderen Artikeln stellen gecastete Gefälligkeitswissenschaftler gebetsmühlenartig fest, dass es auch bei jungen Leuten zu schweren Verläufen kommen kann. Damit auch nicht ein junger Mensch auf die Idee kommt, seiner von den Medien geschürten Panik mit der empirisch bestätigten hohen Wahrscheinlichkeit entgegenzuwirken, dass es ihn eben nicht erwischt. Das wäre ja noch schöner; nein, wenn schon apokalyptische Stimmung, dann bitte bei allen gleichermaßen, egal wie unterschiedlich riskant das Ganze für sie ist. Mehr als sonst gilt es, Medien in geringen Dosen zu konsumieren, je nach eigenen Bedürfnissen und Vorlieben. Und dabei immer auch mitzulesen, weshalb ein Beitrag das sagt, was er sagt. Damit meine ich nicht die vermeintlich dahinterstehende Verschwörung, sondern die Tatsache, dass gerade jetzt Äußerungen von Personen des öffentlichen Lebens vor allem strategische Hintergründe haben, z.B. dass die Menschen sich an die Maßnahmen halten, das Virus ernst nehmen, nicht durchdrehen beim Einkaufen, und so weiter und so fort. Deshalb die Beiträge über die schweren Verläufe bei jungen Leuten, ebenso über vermeintliche „Corona-Partys“, einfach damit die am wenigsten Gefährdeten sich dennoch verantwortlich und solidarisch verhalten. Doch apropos Verschwörungstheorien:

4. Die Corona-Krise ist auch innerhalb der Linken der perfekte Nährboden für Verschwörungstheorien

Ich sehe die Einschränkung der Grundrechte und -freiheiten kritisch und glaube dennoch nicht an eine groß angelegte Verschwörung. Dass die Herrschenden aus Politik und Wirtschaft auch in dieser Krise die Dinge zu ihrem persönlichen oder ideologischen Vorteil nutzen, ist keine Empörung wert, es ist kein Skandal und es ist keine Überraschung. Corona schafft die kapitalistische Herrschaft



Black Lives Matter 2020, Foto: Unsplash

nicht ab, ebenso wenig die reaktionären Kräfte. Und doch leben wir in einer Zeit, in der die Eliten in Deutschland sicher nicht daran interessiert sind, eine Diktatur zu errichten. Und wenn Freiheiten eingeschränkt, Überwachung und Repression jetzt verstärkt eingesetzt werden, so sollten alle sich verantwortlich fühlen, diese Maßnahmen kritisch zu begleiten. Leider neigt die Linke eher dazu, aus ihrer völlig angemessenen Überforderung abzuleiten, dass das alles bewusst gesteuert wird und Corona nur ein Vehikel übergeordneter Interessen seitens der Regierung, der USA oder am Besten gleich der jüdischen Hochfinanz sein kann. Ich verstehe es (teilweise); die Regierung der BRD zeichnet sich wie die der meisten anderen Staaten vor allem durch profitorientierte, ausbeuterische und antisoziale Programmatik aus, was kritische Stimmen nicht gerade mit Vertrauen versorgt. Es scheint mir aber vor allem eine Tendenz der Blasenlinken zu sein, die sich ohnehin (und jetzt mit Corona noch mehr) einzukapseln pflegt und damit das Gefühl extremen Outsidertums künstlich herstellt oder vergrößert, aus dem heraus sie noch so wirre Thesen und Überzeugungen legitimiert. Im Anschluss an Punkt 1. ist festzuhalten, dass die Linken vor allem überfordert sind. Verschiedene Ansprüche konkurrieren miteinander, man muss nicht nur das Richtige tun, sondern auch das Beste für alle (aber wirklich alle?); man möchte sich zu Recht nicht vom Staat fremdbestimmen lassen, es könnte aber auch sein, dass das tatsächlich das Beste für alle ist; man möchte den Anfängen wehren, aber sind das nun die Anfänge oder nicht? Man möchte kritischer Geist sein, aber kennt die zu kritisierende Situation nicht, weil sie neu ist. Ich denke, ein guter Ansatz besteht darin, das System, das es vor Corona schon gab, an der Krise entlang zu demaskieren und kritisieren. Die Geschichte mit den Erntehelfer*innen[1], die Ausblendung der Geflüchteten an Europas Grenzen und im Land selbst, die Fixierung aufs Nationale, die Tatsache, dass der Markt gerade gar nichts regelt, das Krisenmanagement bei Corona vs. Krisenmanagement bei der ebenso aktuellen Klimakrise; es gibt Themen genug, bei denen es ausreichend wichtig ist, den Finger in die Wunde zu legen, ohne sich über den Versuch, das zu verstehen, was gerade passiert, in Verschwörungsgefilde hinabzubegeben.

Die vorsichtige Liste als Modell

Diese Erkenntnisse zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass in ihnen keine Bewertung des Ganzen, sondern eine Einordnung bestimmter Teilaspekte vorgenommen wird, bei denen ich mich in der Lage sehe, sie analytisch zu begreifen und zu kommentieren. Eine solche Liste zu machen ist mein Gegenangebot zu den vor unumstößlicher Überzeugung triefenden Aussagen, mit denen ich diesen Text eingeleitet habe. Möge es zumindest eine Debatte anstoßen.

Nachtrag: 3 Monate später

Dieser Text entstand Mitte/Ende April, erscheint aber erst jetzt, wodurch es großartigerweise möglich wird, anhand der tatsächlichen Entwicklung in jenen Monaten eine Bewertung der verschiedenen Aussagen vorzunehmen. Das Ergebnis spricht für den hier vorgebrachten Ansatz:

Die vorsichtigen Erkenntnisse der Liste haben sich für die Situation in Deutschland und zu großen Teilen auch anderswo bewahrheitet, während die meisten der ach so klaren Aussagen aus der Einleitung dieses Textes nicht eingetroffen bzw. weiterhin unklar sind. Sicherlich wäre dennoch auch die vorsichtige Liste mittlerweile ausführlicher, und in einem Jahr wird sie noch mehr Erkenntnisse beinhalten; auch der zurückhaltende analytische Weg kann und soll nach und nach zu klaren Positionen führen, aber eben dann, wenn für diese auch ein Fundament vorhanden ist.

Und von wegen linke Verortungen: Nachdem anfangs der Anteil an der Überforderung geschuldeten Verschwörungsabgründen überwog, neh-

me ich mittlerweile eine gewisse Politisierung der öffentlichen Debatten wahr. Von den antirassistischen Protesten in den USA und weltweit über die Bedingungen, unter denen Fleisch massenproduziert wird[2] bis hin zu der einfachen Tatsache, dass das rechtspopulistische Krisenmanagement (USA, Brasilien, UK) sich als extrem destruktiv erweist, schaffen es viele Themen auf die Agenda, die eben nicht nur an der Oberfläche kratzen, sondern geradezu gesellschaftstransformierendes Potenzial haben. Das mag zunächst sehr optimistisch klingen, aber alle diese Aspekte wären ohne etwas, was den catatonic state der globalisierten Gesellschaften derart aufbricht wie Corona, sicher nicht in diesem Tempo und dieser Intensität auf den Tisch gekommen.

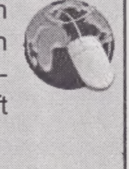
Die Frage, die ich von vielen Linken gehört habe, nämlich ganz platt, ob sich Corona als gut oder schlecht für linke Kämpfe erweisen wird, kann ich also ganz klar beantworten: Die Pandemie wird mit ebenso großer Sicherheit negative Auswirkungen auf linke Kämpfe haben, wie sie positive Auswirkungen auf linke Kämpfe haben wird. Es geht darum, die negativen rechtzeitig mitzuschneiden und ihnen etwas entgegenzusetzen und gleichzeitig die positiven zu nutzen und zu verstärken; dabei mag es Wechselwirkungen und Überschneidungen in den Strategien geben.

Eine Chance ist es jedenfalls.

1: *Ich meine damit den Skandal, dass wegen der Corona-Einschränkungen keine Billig-Arbeitskräfte aus Osteuropa einreisen durften, um in der BRD die Ernte einzuholen und gleichzeitig die Dumpinglöhne und schlechten Arbeitsbedingungen dazu führen, dass sich hierzulande kein Ersatz findet. Dass diesem Problem dadurch begegnet wurde, dass ausgerechnet die Einschränkungen punktuell für die Saisonarbeiter*innen gelockert wurden, und damit deren erhöhte Gefährdung faktisch in Kauf genommen wird, solange sie unseren Spargel ernten, ist das eigentlich Perfide.*

2: *Z.B. Tönnies-Skandal im Juni*

Der Autor beschäftigt sich mit diesen und weiteren Zerwürfnissen der turbokapitalistischen Gesellschaft regelmäßig auf diesem Blog:



https://grillmoebel.github.io.

April, April, der tut was er will

Corona und die Ernte



Möhrenernte

By Hubert Berberich (HubiB) - Own work, CC BY 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=62844872

GGKN Dass der Beruf Landwirt*in prinzipiell eine prekäre und mühselige Angelegenheit ist, davon haben die Bauernproteste im letzten Jahr ein Zeugnis abgelegt. Als Rohstofflieferant*innen für die Lebensmittelindustrie, die in Form einer kapitalistischen Produktion wiederum gute Geschäfte macht, müssen Landwirt*innen horrende Summen investieren. Im Gegensatz zur Lebensmittelindustrie zahlen sich die Produktivkraftfortschritte bei ihnen aber nie so richtig aus. Das Einkommen hebt sich nicht richtig von dem eines Durchschnittsverdienstes ab und die Arbeitszeit der Landwirt*innen liegt deutlich über derjenigen einer Lohnarbeiter*in. Und nicht einmal das reicht eigentlich zum bescheidenen Leben aus: Die Landwirtschaft überlebt im Kapitalismus nur mit großen Staatssubventionen. Irgendwie muss an der direkten Bearbeitung der Natur ein Haken dran sein in Hinsicht auf geldmäßige Erträge – was man sich beizeiten einmal erklären sollte. Auf jeden Fall wird deutlich, dass in den Fällen, wo in der Landwirtschaft auf extrem billige Tagelöhner*innen zurückgegriffen wird, nicht einfach die übliche Gewinnrechnung von Unternehmen stattfindet, nach dem Motto: Wenn die Arbeitskräfte billig zu haben sind, umso besser für den Gewinn. Die Landwirtschaft überlebt als Branche im Kapitalismus mehr schlecht als recht nur mit billigen Arbeitskräften.

Der deutsche Bauernverband informiert: „2016 arbeiteten hierzulande 286.300 Saisonarbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben. Rund 95 Prozent davon waren nichtdeutscher Herkunft, stammten aus Rumänien, Polen und anderen osteuropäischen Staaten wie Bulgarien oder dem Baltikum.“[1]

Landwirtschaft bringt in der Marktwirtschaft nicht viel ein und die Branche ist deshalb auch auf besonders knappe Löhne geradezu angewiesen. Zum Glück können die deutschen Landwirt*innen aber auf die vom Realsozialismus befreiten Menschen zurückgreifen, die massenhaft im Westen für schlechte Löhne arbeiten wollen (das gilt auch im Pflegebereich), weil die Alternativen zu Hause noch beschissener sind. Und diesem Glück drohte Ende März 2020 wegen Corona eine Pause.

Die Bundesregierung hatte für die üblichen Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa am 25.03.2020 die Grenzen dicht gemacht. Während im deutschen Inland nach wie vor gilt, dass man die Wohnung für die Arbeit verlassen darf und muss, wenn es via Home-Office nicht anders geht, hieß es für



Edelgemüse auf dem Acker - Spargelfeld in Niedersachsen, Foto: Frerk Kappes

Ausländer*innen: Ihr dürft nicht zur Arbeit fahren. Das brachte (und bringt nach wie vor) viele Landwirt*innen in der Spargel-, Erdbeer-, Gurkenbranche u.v.a. in Not.

Es fehlt einfach an Arbeitskräften.

Gegen die Grenzschließung wurde seitens des Deutschen Bauernverbandes protestiert und Ausnahmen gefordert. Da wollte die Politik bis zum 02. April erstmal nicht mitmachen und begründete das angesichts von Corona mit einem weiteren Stück Normalität in Deutschland: „Die Schwierigkeit: Erntehelfer aus dem Ausland kommen zwar mit Polen oder Rumänien nicht aus Risikogebieten, wohnen aber in der Saison oft in Gemeinschaftsunterkünften, das heißt in Mehrbettzimmern, fahren in Bussen von Feld zu Feld und arbeiten dicht beieinander an Ernte- und Sortiermaschinen.“[2]

Dass man sich die Löcher, die hier Unterkünfte genannt werden, gefallen lässt, unterstellt wiederum besonders miese Alternativen in Osteuropa. Der Lohn ist dort einfach so schlecht, dass Heerscharen von Osteuropäer*innen diese Behandlung in Sachen Unterkünfte hier in Kauf nehmen. Direkt sprechen das die Landwirtschaftsinteressenverbände nicht an, wenn sie erklären, dass es „vor allem beim Spargelstechen (..) etwas Übung“ brauche. Jedoch wird schon klar, was gemeint ist, wenn „Verbandsvertreter beklagen, dass viele einheimische Kräfte zu schnell aufgeben würden. Laut dem ostdeutschen Spargelverband seien das erfahrungsgemäß neun von zehn.“ (ebd.)

Der Erntehelfer*in als solche wird hier glatt das Prädikat Fachkraft zugesprochen, die nicht so einfach auszutauschen ist. Geduld, besonders schlechte Arbeitsbedingungen auszuhalten, scheint hier qualifizierte Arbeiter*innen auszuzeichnen.

Die Landwirtschaftsministerin Klöckner war zunächst optimistisch, dass man eine schnelle Alternative finden kann: „Versorgungsengpässe werde es nicht geben, so beteuerte Klöckner. Geprüft werde nun, wie der Ausfall durch Arbeitskraftpotenziale in Deutschland kompensiert werden könne, möglicherweise durch Asylbewerber oder durch Arbeitnehmer in Kurzarbeit.“ (ebd.)

Das ist genial: Wo finden sich in Deutschland Menschen, die ähnlich schlechte Perspektiven haben, wie die normale Lohnarbeiter*in in Osteuropa? Klar, hier in Deutschland in Form von Geflüchteten, die erstens bewiesen haben, dass sie sich trotz Festung Europa nach Deutschland durchschlagen konnten (Qualitäten: Ausdauer, Härten aushalten können) und zweitens von der Regierung in eine besonders miese rechtliche Position in der Gesellschaft verfrachtet wurden. Weiter traut sie dem Kurzarbeitergeld auch einiges an mieser Lebensqualität zu, so dass auch hier glatt ein Fachkräftepotential für die Landwirtschaft gefunden werden kann – und da täuscht sie sich nicht.

Am 02. April ist sich die Landwirtschaftsministerin mit dem Innenminister aber einig geworden, dass diese Alternative nicht ausreiche. Geflüchtete, Kurzarbeiter*innen, Arbeitslose sind zusammen mit Studierenden weiterhin eingeplant, aber eine „begrenzte Einreise von Saisonarbeitskräften unter strengen Auflagen“ soll jetzt doch stattfinden. „Ziel ist es, die derzeit notwendigen strengen Vorgaben des Infektionsschutzes mit den Erfordernissen in der Landwirtschaft in Einklang zu bringen.“[3]

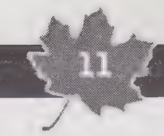
Also: Miese Löhne, harte Arbeit mit 1,5 Meter Abstand halten, Gesundheitschecks, „faktische Quarantäne bei gleichzeitiger Arbeitsmöglichkeit“ der Ausländer*innen, genug Seife in den schlechten Unterkünften, die aber nur „mit maximal halber Kapazität“ belegt werden dürfen. So fällt die Spargelsaison dann doch nicht aus.

Ein Text von den Gruppen gegen Kapital und Nation – www.gegner.in

1: *https://www.bauernverband.de/topartikel/anteil-der-saisonarbeits kraefte-in-der-landwirtschaft*

2: *https://www.deutschlandfunk.de/einreise verbot-fuer-saisonarbeiter-wenn-die-ernte helfer-in.1766.de.html?dram:article_id=473362*

3: *https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2020/062-corona-saisonarbeitskraefte-einreise-konzept.html*



Corona-Virus und Indigene in Nordamerika

Obwohl der erste Infektionsfall bereits im Januar 2020 in den USA bekannt wurde, verkündete US-Präsident Donald Trump noch wochenlang, er habe "alles unter Kontrolle". Doch mit mehr als fünf Millionen bestätigter COVID-19-Infizierter hat sich das Virus erschreckend schnell in den USA ausgebreitet. Mehr als 100.000 Menschen sind bereits gestorben, und das Virus trifft vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft mit besonderer Härte – die Indigenen in den USA und Kanada.

Situation in den USA

Gebannt schauen die Menschen weltweit auf die neuesten Zahlen der *Johns Hopkins University*, einer Privatuniversität in Baltimore, Maryland, welche die Entwicklung der Corona-Pandemie umfassend beobachtet, erforscht und dokumentiert. Sie hat sich weltweit zur zentralen Informationsinstanz der aktuellen Corona-Zahlen entwickelt. Anders als in Deutschland, wo das Robert-Koch-Institut im Auftrag der Bundesregierung tätig ist, gibt es in den USA keine einheitliche, offizielle Stelle, welche die Daten zentral und übergreifend erfasst. Zuständig wäre im Grunde das *Center for Disease Control (CDC)*, eine Bundesbehörde mit Sitz in Atlanta, doch die Behörde ist dafür nicht genügend ausgestattet (ihre erfassten Corona-Werte liegen deutlich unter jenen der Johns Hopkins University), weshalb Trumps Vorgänger Barack Obama in Folge der Ebola-Epidemie 2014 ein eigenes Pandemiezentrum gründete, das der jetzige Präsident 2018 – entgegen aller Warnungen – auflöste.

Gesundheitsversorgung der Indigenen in den USA

Mit Rassismus sind die Indigenen hinlänglich vertraut. Das historische Trauma der fahrlässig und/oder gezielt gegen sie eingesetzten Krankheiten und Pandemien, die ganze Völker auszulöschen drohten und Hunderttausende oder mehr (manche schätzen bis zu 1,5 Millionen in Nordamerika) das Leben kosteten, hat sich tief eingeprägt. Angesichts der allgemeinen Gesundheitssituation werden die Indigenen von der Pandemie besonders hart getroffen. Die Johns Hopkins University, die ein eigenes *Center for American Indian Health* unterhält, verweist nicht nur auf die gesundheitlichen Folgen der Pandemie selbst, sondern auch auf die Konsequenzen, die sich aus den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung ergeben. So seien in manchen indigenen Gemeinden 80% der Kinder auf Schulspeisungen angewiesen, die jedoch nun ausbleiben und ohne die die Kinder erhebliche Nahrungsdefizite zu erleiden haben.

Indigene sterben dreimal häufiger an Diabetes und zweimal häufiger an Erkältungskrankheiten oder Lungenentzündung als US-Amerikaner*innen im Durchschnitt, zudem erkranken sie sechsmal häufiger an TBC – was angesichts der Lungenkrankheit COVID-19 eine besondere Gefährdung darstellt. Auch die letzten Epidemien forderten eine hohe Zahl an Opfern: Die Todesrate der Indigenen lag bei der "Spanischen Grippe" 1918 viermal höher als im US-Durchschnitt (American Indian Quarterly, 2014), u.a. starben 72 der 80 Einwohner der Inupiat-Siedlung der Brevig Mission. Bei der H1N1-Pandemie 2009 waren Indigene ebenfalls besonders betroffen. Während die Todesrate im US-amerikanischen Durchschnitt bei 0,9 je 100.000 Einwohner*innen lag, betrug sie bei den Native Americans und Alaska Natives mit 3,7 je 100.000 das Vierfache (International Journal of Epidemiology, 2015).

Zuständig für die Gesundheitsversorgung der Indigenen in den USA ist der *Indian Health Service (IHS)*, der nur zwölf Regionalbüros unterhält und chronisch unterfinanziert ist. Außerdem versorgt der IHS nur 2,56 Millionen der über fünf Millionen Indigenen in den USA, d.h. diejenigen der 573 anerkannten Tribes (Stämme) in den Reservaten. Nach eigenen Angaben vom 19. März 2020 (an diesem Tag wurde COVID-19 von der WHO zur Pandemie erklärt) verfügte der IHS zu diesem Zeitpunkt nur über landesweit 1.257 Klinikbetten, darunter 37 Intensivbetten sowie 81 Beatmungsgeräte! Nach Schätzungen von Gesundheitsexperten bräuchte der IHS ein jährliches Budget von $37 Milliarden, tatsächlich beträgt das Budget aber nur $6,04 Milliarden jährlich, also ein Sechstel des Bedarfs, und hat sich in den letzten Jahren kaum erhöht. Die Gesundheitsausgaben für Indigene betragen nur ein Viertel der Ausgaben für US-Amerikaner*innen.

70% der Indigenen leben heute außerhalb der Reservationen und ein Drittel der unter 65-Jährigen ist nicht krankenversichert. Durch den "Affordable Care Act" ("Obama-Care", 2010) konnte die Zahl der nichtversicherten US-Amerikaner*innen von 15% auf knapp 10% gesenkt werden. Doch die meisten von ihnen sind über ihre*n Arbeitgeber*in versichert – und die durch die Corona-Krise inzwischen (Stand: Mitte April) auf 17 Millionen angewachsene Zahl der Arbeitslosen steht damit ohne Gesundheitsversorgung da. Im Zuge von "Obama-Care" wurde auch der "Indian Health Care Improvement Act" (IHCIA) verabschiedet, doch dies war nur der bekannte "Tropfen auf den heißen Stein".

Ausbreitung des Virus in "Indian Country"

Die berühmten Wasserfälle Havasu Falls mussten am 16. März geschlossen werden, um eine Gefahr der rund 200 Indigenen in Supai durch infizierte Tourist*innen zu reduzieren. Eine Gesundheitsversorgung in dem Dorf inmitten des Grand Canyon ist nicht möglich.

Auch für das größte Reservat der Navajo Nation mit 180.000 Dineh[1] ist die hygienische und medizinische Versorgung äußerst problematisch. Wie 2009 bei der H1N1-Pandemie ist es auch jetzt von der COVID-19-Pandemie besonders betroffen. Nur den wenigsten Tourist*innen, die sich an den Sehenswürdigkeiten wie Monument Valley oder Grand Canyon ergötzen, dürfte bekannt sein, dass nur 40% der Häuser über fließend Wasser verfügen. Für die ganze Region gibt es nur elf ambulante „Ge-



Eine interaktive Karte der Johns Hopkins Universität veranschaulicht bestätigte Covid-19-Fallzahlen (16.08.2020), Foto: ik

sundheitszentren“, von denen nur wenige über einen 24-Stunden-Service verfügen und die meisten abends und an den Wochenenden geschlossen sind, sowie eine Klinik, das Fort Defiance Indian Hospital. Die Navajo Nation verkündete am 11. März 2020 den Notstand im Reservat. Da nicht alle Dineh Englisch sprechen, gibt es inzwischen eine eigene Übersetzung in ihre Sprache – COVID-19 heißt nun „Dikos Ntsaaígíí-19“. Als die erste Corona-Infektion bei den Dineh am 17. März bekannt wurde, verfügte das Reservat nur über 170 Klinikbetten, davon 13 Intensivbetten, und 28 Beatmungsgeräte.

Inzwischen haben die *Arizona National Guard* und der Katastrophenschutz (*Federal Emergency Management Agency, FEMA*) zwei Feldlazarette in Chinle und Kayenta errichtet – zum Teil mit Spenden von (nicht-indigenen) Geschäftsleuten der Region. Das Problem bleibt aber die Ausstattung mit Schutzausrüstung wie Masken, Schutzanzügen oder Handschuhen.

Auch in den Bundesstaaten North und South Dakota entspricht die medizinische Versorgung keineswegs den notwendigen Standards. Nachdem ein Mitarbeiter des *Indian Health Service (IHS)*, des indianischen Gesundheitsdiensts, auf der Yankton Sioux Tribe Reservation in South Dakota vergangene Woche positiv auf COVID-19 getestet wurde, beschloss die Schulbehörde die Schließung der Marty Indian School. Am Freitag, den 13. März, verkündete die Stammesregierung eine „Declaration of Disaster“, d.h. den Katastrophenzustand für das Reservat. Sämtliche Einrichtungen und Büros wurden geschlossen und es wurde ein Reiseverbot verhängt.

Für die Indigenen – ob im Südwesten oder in den Plains – ergibt sich eine besonders prekäre Situation, da die Familien auf engstem Raum zusammenleben, darunter natürlich auch die Alten, die vom Corona-Virus wesentlich stärker betroffen werden. 51% der Indigenen in South Dakota leben zudem unterhalb der Armutsgrenze - Desinfektionsmittel können sie sich nicht leisten - und viele Indigene misstrauen dem IHS, sodass sie keine Hilfe von staatlicher Seite in Anspruch nehmen, was einer Ausbreitung des Virus weiteren Vorschub leisten könnte. Misstrauen und Angst sind historisch begründet: Seit Beginn der Kolonialisierung wurden immer wieder Krankheiten und Seuchen gezielt gegen die indigene Bevölkerung eingesetzt.

Besonders bedrohlich entwickelt sich die Situation auch in den Pueblos in New Mexico. Als Hotspots der Infektionen gelten derzeit Zuni Pueblo, San Felipe Pueblo und Zia Pueblo. Für alle Pueblos sind die Zufahrtsstraßen gesperrt und es gelten strikte Ausgangssperren. Die Dimension der Infektionen verdeutlichen die Zahlen im Zia Pueblo – bei einer Bevölkerung von nur 646 Bewohnern waren am 11. April bislang 33 Infektionen und ein Todesfall bekannt. Die Infektionsrate im Zia Pueblo ist mit 5 % höher als die in New York City. "Wir könnten ausgelöscht werden", sorgte sich Kevin Allis, Direktor des National Congress of American Indians.

Auch in den Bundesstaaten North und South Dakota entspricht die medizinische Versorgung keineswegs den notwendigen Standards. Am 10. März erklärte bereits Oglala-Präsident Julian Bear Runner den Notstand, nachdem der Oglala Sioux Tribe bis dato vom IHS zunächst keinen einzigen Virentest zur Verfügung gestellt bekam. Bis zum 6. April gab es für 50.000 Stammesmitglieder nur 24 Testkits, sechs Beatmungsgeräte und vier Intensivbetten in Pine Ridge. Vor allem erhöhen die Arbeiter*innencamps entlang der Pipelines – etwa nahe der Fort Berthold Reservation – die Gefahr der weiteren Ausbreitung des Virus.

An der Gesundheitsversorgung der Indigenen in den USA wurde schon immer gespart und dies kann nun angesichts der Corona-Pandemie verheerende Folgen nach sich ziehen, denn es fehlt an allem: Virentests, Medikamente, Bettenkapazitäten, medizinisches Personal etc.

Auf Initiative von Senator Tom Udall (Demokrat aus New Mexico) hatten 27 Senatoren ein sofortiges Hilfspaket für

die indianische Gesundheitsversorgung gefordert. Auch das US-Abgeordnetenhaus hatte ein Notprogramm für 2,5 Millionen Indigene in den Reservaten eingebracht. Der *National Council of Urban Indian Health* drängt jedoch darauf, auch finanzielle und medizinische Hilfen für die Indigenen jenseits der Reservate zur Verfügung zu stellen, die meist ohne jede Gesundheitsversorgung in den Städten leben und inzwischen die Mehrheit der indigenen Bevölkerung bilden. Bei der letzten großen Grippe-Epidemie 2009 lag die Sterblichkeitsrate der Indigenen viermal höher als der US-Durchschnitt.

Der "Coronavirus Aid, Relief, and Economic Security Act (CARES)" vom 27. März 2020 über 2 Billionen US-Dollar stellte auch Mittel in Höhe von 10 Mrd. Dollar für ein Hilfsprogramm für Indigene bereit. Dies sind überwiegend Wirtschaftshilfen, für den IHS sind davon nur 1,03 Mrd Dollar. Bis zum 10.04. hat die Navajo Nation ihrem Präsidenten Jonathan Nez zufolge noch keinen Cent aus dem Hilfsprogram CARES erhalten.

Bis die ersten $40 Millionen der vom Kongress bewilligten Hilfsgelder ausgezahlt werden konnten, dauerte es aufgrund bürokratischer Versäumnisse zwei Wochen. In einer Stellungnahme an den Kongress erklärte das *Center for Disease Control (CDC)* zudem, dass die Stämme und IHS-Einrichtungen in North Dakota, South Dakota, Nebraska und Iowa bei den ersten Zahlungen nicht berücksichtigt werden könnten – das Geld sei so knapp, dass das CDC "Prioritäten setzen müsse". Man werde sich jedoch um die baldige Auszahlung weiterer Finanzhilfen bemühen.

Besonders prekär ist die Situation der Indigenen in den Städten. Der *National Council of Urban Indian Health* drängt darauf, auch finanzielle und medizinische Hilfen für die Indigenen jenseits der Reservate zur Verfügung zu stellen. Allerdings wollen manche Indigene nicht auf die Hilfe aus Washington vertrauen. So haben Indigene verschiedene Hilfsprogramme über das Internet initiiert. Larissa Nez, eine Sozialarbeiterin der *Navajo Nation (Dineh)*, rief das "Adopt-a-Native-Elder-Program" ins Leben, um Elders auf dem Land mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Gütern zu versorgen. Die Native Americans in Philanthropy haben gemeinsam mit der *National Urban Indian Family Coalition* und dem *Decolonizing Wealth Project* einen "Covid-19 Fund" gegründet, der die Indigenen in den Städten unterstützt, denn mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit verschärft sich ihre Situation zusätzlich. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie spüren auch die indigenen Kasinos, deren Gewinne häufig die Lücken im Stammesbudget hinsichtlich Gesundheitsversorgung schließen müssen.

Corona-Virus und Indigene in Kanada

Zum Drucktermin (Anm. d. Red.: Ende August) beläuft sich die Zahl der Infizierten in Kanada auf 123.630 Personen – die Hälfte der Fälle wurde in Quebec gemeldet. Des Weiteren besonders betroffen sind Ontario (42.437), Alberta (12.053) und British Columbia (4.358). Wie auch in den USA sind die indigenen Gemeinden in Kanada kaum gerüstet für die aktuelle Situation. Gerade in British Columbia, wo viele indigene Völker in kleinen Reservaten mit völlig überbelegten Häusern ohne fließend Wasser leben, die weder über Ärzt*innen noch über medizinische Einrichtungen verfügen, und Patient*innen in weit entfernte Kliniken geflogen werden müssten, ist die Lage angespannt.

Auch in Kanada hinkt die Versorgung der Indigenen, insbesondere im medizinischen Bereich den Notwendigkeiten weit hinterher. Am 25. März verkündete die Regierung ein Corona-Hilfsprogramm in Höhe von 300 Millionen kanadischen Dollar für rund 1,5 Millionen Inuit, Metis und First Nations: $215 Millionen für First Nations, $45 Millionen für Inuit, $30 Millionen für Metis und $15 Millionen für regionale und städtische Organisationen. Wie üblich war die Ankündigung des Hilfsprogramms eingebettet in nette Floskeln der Anerkennung für die "Stärke und Resilienz" der indigenen Völker und des „guten Willens“ Kanadas. Doch die Indigenen glauben nicht, dass die $300 Millionen ausreichen werden, insbesondere für die besonderen Bedürfnisse der "Fly-in-Communities", die mit dem aufziehenden Frühlingstauwetter nun nicht mehr über gefrorene Winterstraßen erreichbar sind. Außerdem ist noch nicht klar, wann die Gelder genau bei den Indigenen ankommen werden, denn mit einer Auszahlung ist nicht vor Mai zu rechnen. Dabei sind die bestehenden Probleme bereits gewaltig genug, wie ein paar Beispiele belegen: 76% der indigenen Kinder in Manitoba leben unter der Armutsgrenze, die Lebenserwartung der Indigenen liegt 15 Jahre unter dem kanadischen Durchschnitt, die Tuberkulose-Rate pro 100.000 Einwohner liegt bei den Indigenen bei 34,1 (nicht-indigene Kanadier*innen: 0,6). Noch immer besteht in über 100 indigenen Gemeinden eine "drinking water advisory", d.h. das Wasser ist gesundheitsgefährdend.

Völlig überfordert erklärte am 10. März Marc Miller, Kanadas Minister für indigene Dienste, die Regierung sei sich der besonderen Bedrohung der Indigenen bewusst und arbeite an einem Notfallplan für die indigenen Gemeinden, der auch die Versorgung mit Hygienepräparaten und Flaschenwasser sowie Notzelten vorsehe. Der Notfallplan der Regierung ist ein erschreckendes Armutszeugnis für die Missachtung der Indigenen. So kritisierte Nunavuts Senator Dennis Patterson die völlig unzureichenden Pläne: "Auf welchem Planeten lebt die Regierung eigentlich. Dies ist die Arktis. Ich will hier keine COVID-19-Opfer in Zelten bei Minusgraden inmitten von Eis und Schnee um Luft ringen und leiden sehen."

Ungeachtet der Ankündigung von Miller musste selbst Gesundheitsministerin Patty Hajdu einräumen, dass es trotz der prognostizierten Infektion von 30-70% aller Kanadier*innen bislang für die Indigenen keine konkreten Einschätzungen, Empfehlungen oder gar Maßnahmen gebe. Die Regierung, die die "Band Councils" (Stammesverwaltungen) der First Nations gerne unter Kuratel stellt, wenn es um Ressourcenfragen geht, erklärt nun, man erkenne die „Autorität“ der "Band Councils" an, geeignete Entscheidungen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus zu treffen. Sprich: Ottawa lässt die Indigenen einfach im Stich.

Derzeit (Stand: Mitte April) liegen die Infektionszahlen noch verhältnismäßig niedrig, doch bedeutet dies nicht, dass die Pandemie in den indigenen Gemeinden schwächer ausfallen wird als in den USA – die Entwicklung ist nur zeitversetzt. Marc Miller berichtete am 12. April in einer Pressekonferenz zwar "nur" von 46 bekannten indigenen Infektionsfällen, warnte jedoch selbst, dass zum jetzigen Zeitpunkt niemand eine Prognose für die weitere

By Community Archives - 2020-024-06, CC0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=88885110



Entwicklung abgeben könnte. Dies kann nicht wundern, denn Kanada, das sonst immer gerne von Transparenz spricht, hat keine zentralen Datenbanken, die eine verlässliche Aussage über die Situation in den Reservaten gibt – ganz zu schweigen von der Situation in den Städten. Angesichts der Obdachlosenzahlen unter Indigenen in Metropolen wie Vancouver oder Montreal kann man das Ausmaß der Covid-19-Pandemie nur erahnen. Wer jedoch genauere Zahlen sucht, muss sich durch unzählige Medienmeldungen kämpfen, während die offiziellen Stellen vor guten Ratschlägen strotzen – aber eben nicht mit Fakten aufklären. Kanada wirkt schlicht überfordert.

In British Columbia haben bereits 82 der 204 First Nations Reserves einen Lockdown verhängt – vor allem um Außenstehende aus den Siedlungen fernzuhalten. Ihre Sorge gilt nicht nur der Gesundheit, sondern auch dem Überleben ihrer Kultur. Die besonders gefährdeten Elders sind die Hüter*innen der Traditionen – vor allem der mündlichen Überlieferungen und der Sprache, deren Überleben massiv bedroht ist (vgl. Coyote Nr. 119).

Am 24. März erklärte Perry Bellegarde, Präsident der "Assembly of First Nations", einen nationalen Notstand. Selbst ohne die Bedrohung einer Pandemie ist die Gesundheitsversorgung der Indigenen ein verwirrender Flickenteppich, der klare Strategien und Maßnahmen behindert. Was normalerweise schon ein Problem ist, kann sich angesichts der Corona-Pandemie zur Katastrophe entwickeln. Die Indigenen haben die Erfahrungen aus der letzten H1N1-Pandemie 2009 nicht vergessen. Betroffene First Nations in Manitoba baten die Bundesregierung damals um Nothilfe, doch statt medizinischer Hilfe oder Ausstattung erhielten sie nur eine Ladung Leichensäcke. Wo ist der Aufschrei der kanadischen Gesellschaft angesichts dieser Ungleichheiten, fragte Aktivistin Pamela Palmater in einem Gastbeitrag auf CBC, doch die Frage bleibt wohl rhetorisch.

Schon am 12. März war ein Treffen zwischen Trudeau, den Ministerpräsident*innen der Provinzen und Vertreter*innen indigener Organisationen geplant, das jedoch aufgrund von Trudeaus selbstgewählter Quarantäne abgesagt wurde. Stattdessen hielt Trudeau nur eine Telefonkonferenz mit den Funktionär*innen der *Assembly of First Nations, Inuit Tapiriit Kanatami* und des *Metis National Council* ab, welche nicht die Gesamtheit der Indigenen repräsentieren.

Corona-Virus und der Widerstand der Wet'suwet'en

Das Corona-Virus dürfte nicht der einzige Grund gewesen sein, weshalb Trudeau lieber nicht mit der indigenen Basis konfrontiert werden wollte. Hatte er unlängst noch versprochen, die UN-Deklaration der Rechte der indigenen Völker (UNDRIP, 2007) in kanadisches Recht umsetzen zu wollen, zeigte sich in den vergangenen Wochen, wie wenig das Wort des Premierministers wert ist, wenn es um indigenes Land und die Mitsprache der Indigenen bei der Nutzung von Ressourcen geht – dem Kernprinzip der UNDRIP.

Am 6. Februar 2020 hatte die Bundespolizei RCMP das Protestcamp der Unist'ot'en in British Columbia gestürmt, mit dem sich die Indigenen und die traditionellen Chiefs gegen die Coastal Gaslink von LNG Canada wehren, denn die Gaspipeline führt vom Nordosten der Provinz quer durch das traditionelle Land der Wet'suwet'en bis nach Kitimat an die Pazifikküste.

Seitdem sorgen die Proteste in ganz Kanada für Schlagzeilen, während in Europa niemand darüber berichtet. Indigene und Unterstützer*innen organisierten im ganzen Land Demos und Mahnwachen, errichteten Blockaden, legten insbesondere mit Unterstützung der Mohawk den Bahnverkehr im Osten Kanadas lahm und besetzten Brücken und Regierungsgebäude. Die Welle der Aktionen und der Solidarisierung mit den Wet'suwet'en erinnerte an den Aufbruch der „Idle No More"-Bewegung 2012, die unter Trudeaus Vorgänger Stephen Harper Kanada erschütterte, aber auch an Oka 1990, als die Mohawk in Quebec ihr Land und ihre Rechte durch eine 270-tägige Blockade verteidigten.

Vor dem Treffen mit Trudeau hatte AFN-Chief Pierre Bellegarde noch die Bedeutung der UNDRIP als „Mittel der Versöhnung" (Trudeaus Lieblingsphrase) beschworen, die dann der Tagesaktualität um das Corona-Virus geopfert wurde.

Der Widerstand der Wet'suwet'en und ihrer Unterstützer*innen ist ungebrochen, doch angesichts der Corona-Pandemie lassen sich die bisherigen Mittel und Methoden nicht aufrechterhalten, weshalb sie die Aktivitäten nun ins Digitale verlagern. Mit einem Aufruf vom 16. März forderten sie zu einer „Woche der Online-Aktion" auf und baten um Briefe und Emails sowie Posting in den sozialen Medien zur Unterstützung ihrer Forderungen.

Monika Seiller, Aktionsgruppe Indianer & Menschenrechte e.V.



By Anonymous - The uploader on Wikimedia Commons received this from the author/copyright holder., CC0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=88881509

1: *So bezeichnen sich die Zugehörigen der Navajo selbst. Es bedeutet soviel wie "Die Menschen" (Anm. der Redaktion)*

Buchrezension: Animal Farm

fb Die Tiere der englischen Manor Farm erfahren am Lebensende des alten Ebers names "Major" von seiner Vision eines Aufstandes der Tiere gegen die sie unterdrückenden Menschen. Er stellt heraus, dass das Leben der Tiere miserabel, kurz und von Sklaverei geprägt ist, dass sie geboren werden, um bis zum letzten Atemzug den Menschen zu dienen, dabei nur soviel zu essen erhalten, wie unbedingt nötig ist, nicht respektiert werden und am Ende eines brutalen Todes sterben. "Kein Tier in England ist frei" ist seine Analyse, dies sei aber nicht naturgegeben, denn die Welt stelle genug für alle bereit und für ein gutes Leben der Tiere wäre viel weniger Arbeit notwendig. Das alles geschehe nur durch den Willen der Menschen, die das letzte bisschen Profit aus ihnen herauspressen, um sich daran zu bereichern. Dies und die weitere Analyse der Lebensumstände der Nutztiere der Menschen soll an die sozialistische Kritik am Kapitalismus und an der Ausbeutung der arbeitenden Massen durch die Bourgeoisie erinnern. Doch Orwells Intention ist mit diesem Ende 1943/Anfang 1944 geschriebenen Buch nicht in erster Linie der Kampf gegen kapitalistische Herrschaftssysteme, sondern sollte eine Kritik am Realsozialismus, wie er in der Sowjetunion unter Stalin betrieben wurde, sein. In seinen überwiegend nicht mitveröffentlichten Begleitkommentaren zu seinem Buch betont Orwell, dass er damit keine Waffe in die Hände antisozialistischer Kräfte liefern will, sondern eine berechtigte und notwendige Kritik an der unter anderer Bezeichnung fortgesetzten Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch die sozialistischen Herrscher nach der Revolution in Russland sein soll.

Nachdem der Aufstand gelingt – Major (Marx/Lenin) war bereits tot – reißen zügig die Schweine, insbesondere "Snowball" (Trotzki) und "Napoleon" (Stalin) die Macht an sich. Zunächst wurden noch die Gleichheit aller Tiere und die Ablehnung des Tötens oder Lebensstils der Menschen deklariert. Kein Tier sollte im Haus der Menschen leben oder vom Fleisch, der Milch oder den Eiern ihrer Mittiere. Die nun folgende Aufgabe aller Grundsätze erfolgt in vielen Schritten, die immer von einfühlsamen Erklärungen und Neuinterpretationen der alten Vorgaben begleitet werden. Den Anfang macht das Melken und die Nutzung der Milch der Kühe, die von den Menschen zugerichtet wurden, viel zu große Mengen zu produzieren und unter Schmerzen zu leiden, wenn sie diese Milch nicht los wurden. Die Schweine "nahmen es auf sich", diese zu verwerten. Nach und nach werden die Rechtfertigungen dreister, aber auch die Drohkulisse gegen Auflehnungen wird schärfer. Irgendwann entledigt sich Napoleon seines ungeliebten Konkurrenten Snowball und etabliert eine umso striktere Diktatur. Immer noch wird mit den Idealen der Tiere argumentiert, aber mehr und mehr leben die Schweine das Leben der früheren Herrscher. Aus ökonomischer Notwendigkeit werden den Hühnern mehr und mehr Eier genommen, das Fleisch der Toten wird von Privilegierten mit der Begründung, sie leisteten so schwere Kopfarbeit, verzehrt. Zuletzt wird auch vor dem massenhaften Ermorden von Tieren aus machtstrategischen Gründen nicht mehr zurückgeschreckt. All das wird von einer systematischen Geschichtsfälschung, wann immer wieder ein alter Grundsatz verletzt wird, begleitet. Dabei kommen psychologische Tricks zum Einsatz, die im Zusammenspiel mit der Repression gegenüber Kritik dazu führen, dass die meisten Tiere letztlich glauben, ihre Erinnerung sei verfälscht Hier erinnert Animal Farm an ein zweites bekanntes Buch Georg Orwells: 1984.

Zuletzt, die Wirtschaftsweise der Menschen wurde inzwischen komplett kopiert, die Schweine leben privilegiert und in Saus und Braus, Geschäftsbeziehungen wurden von ihnen mit anderen Farmbesitzern aufgenommen, steigert sich die Perversion der ursprünglichen Ideale und Herrschaftskritik äußerlich sichtbar darin, dass die Schweine von nun an auf zwei Beinen laufen, um sich von der Masse abzuheben und ihre Nähe zu den herrschenden Menschen zu symbolisieren. Eines der Gebote, "Alle Tiere sind gleich", war ergänzt worden: "aber manche Tiere sind gleicher als andere"[1]. Es kommt zu einem Festgelage auf der Farm, bei dem die Schweine mit den Menschen feiern und sich abwertend über die einfachen Tiere äußern. Die Annäherung ist so perfekt, dass Orwell zum Abschluss schreibt, dass es nicht mehr möglich ist, Schwein von Mensch zu unterscheiden: "The creatures outside looked from pig to man, and from man to pig, and from pig to man again: but already it was impossible to say which was which."[2]


George Orwell 1943

* George Orwell: Animal Farm
* Everyman's Library, London 1993
* ca. 113 Seiten, Hardcover
* ISBN 978-1-85715-150-3g

1: *Zitat von Seite 88 in: George Orwell: Animal Farm. Everyman's Library, London 1993. ISBN 978-1-85715-150-3*

2: *Zitat von Seite 93 in: George Orwell: Animal Farm. Everyman's Library, London 1993. ISBN 978-1-85715-150-3*

Ficken für den Regenwald!

Das umstrittene Ecopornprojekt Fuck for Forest ist 15 geworden

Maurice Schuhmann Seit Jahren ist es still geworden um das Projekt „Fuck for Forest“. Man könnte fast glauben, dass es entschlafen ist... Im Januar 2019, zum 15. Jubiläum des Projekts, annon-cierten die Macher*innen Tommy und Leona, dass sie einen Relaunch der Website planen – und derzeit am Aufbau eines ökologischen Zentrums in Mexiko beteiligt sind. In Anlehnung an die vielzitierte Phrase von Donald Trump fordern sie: „Make Fuck for Forest great again!“

Die Hochzeiten von Fuck for Forest liegen mittlerweile schon ein paar Jahre zurück. Vor nunmehr 16 Jahren starteten sie ihre Website – basierend auf dem Konzept mit pornografischem Material Geld für ökologische Projekte zum Schutz des Regenwaldes zu sammeln. Aktivist*innen stellen kostenlos Material (Fotos, Videos) zur Verfügung, die sie auch jederzeit ohne Angabe von Gründen wieder löschen können, da sie nicht die Rechte am Material abtreten. Im Gegenzug erhalten sie auch kostenlosen Zugang zur Seite. Alle anderen, die das Material konsumieren wollen, müssen eine Mitgliedschaft erwerben. Diese beträgt monatlich mindestens 10 Euro, wovon ca. 3–5% für die laufenden Kosten des Projekts aufgewendet werden, während der Rest ökologischen Projekten zufließt. FFF nahm damit in gewisser Hinsicht eine Vorreiterrolle ein.

Über die Verbindung von Ökologie und Pornografie erklären sie im Interview:

„Die Entkopplung von unserem Planeten und die Entkopplung von unserem Körper sind sich sehr ähnlich. Für uns ist es unmöglich, an einem Thema zu arbeiten, ohne das andere mitzuberücksichtigen. Wir sind das einzige Tier, das seine eigene Umwelt zerstört und wir sind das einzige Tier, das sich vor seinem natürlichen Zustand fürchtet; unsere Körper und unsere Sexualität wurden kommerzialisiert und pervertiert, sodass wir nicht mehr wissen, was natürlich ist und was nicht. Unsere Körper sind der Grundausdruck unserer Natur. Unsere Körper sind all das, was wir sind. Was wir wirklich haben sollten, ist die Freiheit auszudrücken, was wir wollen. Eigentum und Privatisierung von Land und Wasserressourcen ist in gewisser Weise das gleiche, wie unsere Körper und Sexualität unter ein moralisches Stigma zu stellen, diktiert von einer gewalttätigen und ausbeuterischen Gesellschaft. Das einzige, was wir wirklich als »unseres« bezeichnen können, sind unser Körper und unser Geist. Aber die Gesellschaft will die Kontrolle über diese Freiheit mit Hilfe von Religion und Politik. Zur gleichen Zeit werden uns die essentiellen Ressourcen zum Leben wie Wasser, Nahrung und ein sicherer Platz zum Leben gestohlen. Und die Natur wird immer noch nicht als etwas erkannt, das Rechte hat. Sie ist lediglich ein Objekt der Profitmaximierung. Das ist dasselbe, was die Werbe-, Mode- und Pornoindustrie mit unseren Körpern und der Sexualität gemacht hat. Sie haben uns objektiviert, um den Profitfluss am Laufen zu halten. Wie können wir da wegschauen, wenn wir über Ökologie sprechen?“[1]

Ohne sich dem klassischen Vokabular des Ökofeminismus zu bedienen, weisen ihre Argumentationen teilweise Überschneidungen zu diesem auf. Die Gleichsetzung von Frau und Natur, die im patriarchal geprägten Kapitalismus vorgenommen wird, um die Ausbeutung der Frau zu rechtfertigen, wird auch von FFF aufgegriffen und kritisiert.

Gleichzeitig ist es sicherlich schwierig, sich in einen Sektor von kommerzieller Sexualität / Pornografie zu bewegen, um etwas zu verändern. Kann das Motto „Sex sells“ positiv gewendet werden? In ähnlicher Weise lässt sich der SM-Kalender zu Gunsten des Hambacher Forstes verstehen, bei dem ein ähnliches Konzept die Grundlage bot. Beide Projekte sind in der Szene auf Widerstände gestoßen. Im Falle des Kalenders weigerte sich eine Szenedruckerei, ihn zu drucken. Pornografie bzw. die kommerzielle Verwertung von Nacktheit sind nach wie vor in der linken Szene umstritten – trotz dem Aufkommen von feministischer Pornografie und Pornfilmfestivals.

Zur generellen Verteufelung der Pornografie lautet die Position von Fuck for Forest:

„Wir glauben, dass die Vereinheitlichung von Pornografie unter dem Aspekt des Sexismus eine Art antisexuellen Verhaltens ist. Sorry,

Leute! Sex is here to stay. Wir filmen und fotografieren alle anderen menschlichen Ereignisse, warum nicht auch den Sex? Der einzige Weg, schlechte Pornografie zu bekämpfen, ist, bessere zu produzieren. Eine große Anzahl von Erwachsenen benötigt wirklich sexuelle Aufklärung.



*Gute Pornografie kann Pärchen helfen, eine erfülltere Sexualität zu haben und ihnen einiges über Kommunikation und gegenseitigen Respekt beibringen. Das Problem ist, dass es zu wenig gute Pornografie gibt. Da Werbung und Pornografie den menschlichen Körper bis zum äußers-ten ausnutzen, verstehen wir die Konfusion. Viele Menschen werden in der Erotikindustrie ausgebeutet und unsere Körper wurden als Teil der kapitalistischen Gesellschaft objekti-viert. Ich denke, dass FFF häufig zu kindisch und zu verspielt für die politische Szene war. Der einzige Weg, auf dem die linke Szene uns und die Welt unterrichten kann, ist in Form des etwas besser Machens. Oder denkt ihr alle, dass Sex eine Sünde ist und es niemand sehen sollte? Das würde ein bisschen befremdlich für uns klingen. Wir wünschen uns, dass mehr sexpositive Feminist*innen und politischinteressierte Leute ihre Blickwinkel ausdrücken würden. Wenn sich die Kritik gegen uns richtet, wären wir froh darüber, Inspiration zu erhalten und uns zu verbessern, in dem was wir ausdrücken.“*

Ähnlich wie Akteur*innen der queeren und feministischen Pornoszene sehen sie die von ihnen bzw. ihren Unterstützer*innen zur Verfügung gestellte Pornografie als eine Art Aufklärung. Das erinnert auf den ersten Blick ein bisschen an den vermeintlichen Aufklärungsanspruch von den westdeutschen Sexfilmen der 70er Jahre à la „Schulmädchenreport“, aber bei ihnen ist dieser Anspruch authentisch. Aufklärung heißt in diesem Kontext die Pluralität von Sexualitäten und Begehren abzubilden – auch jenseits eines Mainstream-Lookismus. Dies spiegelt sich auch in den zur Verfügung gestellten Materialien wider. Es finden sich dort junge und alte Menschen, dicke und dünne, Heten und Homos, Transen und Transvestiten[2]... So lange die Teilnehmer*innen das Mindestalter haben, ihre Einstimmung gegeben haben und keine LGBTIQ-Phobien, Rassismen oder Abwertungen von Menschen gezeigt werden, wird das Material zur Verfügung gestellt.

Sie sind dabei vielleicht stärker in einem hippieesken Ideal von freier bzw. befreiter Sexualität verfangen.

*„Sexuelle Befreiung meint für viele Leute etwas Unterschiedliches. Du kannst sagen, dass der Kampf für Schwulenrechte eine Form von sexueller Befreiung ist. Der Kampf für Frauenbefreiung ist auch eine Art von sexueller Befreiung. Exhibitionismus ist auch eine Form von sexueller Befreiung. Wir sollten stolz auf unsere Körper und Sexualität sein, aber unsere Gesellschaft hat andere Regeln geschaffen: Autos, Fabriken und sogar Militär und Krieg haben mehr Rechte, sich auszudrücken, als die natürliche Präsentation des nackten Körpers. Das ist unfair. Wir sind keine wirklichen Exhibitionist*innen Wir würden nicht mit Sexualität arbeiten, wenn es nicht mit einer wichtigeren Idee verbunden wäre. Vor FFF waren Tommy und Leona niemals Nudist*innen und hatten auch keinen Sex vor anderen Leuten. Es war die Idee, die uns animiert hat. Wir wollten sehen, was wir erreichen können, wenn wir über unsere eigenen Grenzen hinaus-wachsen. Wir haben vielen Menschen geholfen, ihre Fantasien zu realisieren und offener über Sexualität zu sprechen. Diesbezüglich wissen wir, dass wir mit sexueller Aufklärung und Befreiung arbeiten. Wir haben kein Problem damit, als Exhibitionist*innen klassifiziert zu werden, weil wir es viel wichtiger finden, die Schönheit der Natur zu zeigen als die Zerstörung der industrialisierten Gesellschaft.“*

In der linken Szene begegnet man dem Projekt dennoch immer noch sehr skeptisch. Die Konflikte von früher, d.h. aus der Zeit vom A-Kongress (2010) und Slutwalk (2011), wo man die Aktivist*innen ausschloss, und diverse Vorwürfe und Gerüchte über die vermeintlichen Praktiken sind noch in den Köpfen.



Ihnen wurde unterstellt, Leute gedrängt zu haben bzw. unter Drogen gesetzt zu haben, um sie gefügig zu machen. Die Aktivist*innen weisen jene Vorwürfe als unhaltbar zurück – und erklären rückblickend: *„Wir hätten uns gewünscht, dass die linke und alternative Szene in Berlin mehr konstruktive Kritik geäußert hätte.“*

Bezüglich des A-Kongresses und des Slutwalks fehlte den Aktivist*innen ein Stück weit die Empathie, dass ihre Form des sexuellen Aktivismus bei den konkreten Aktionen missverständlich bzw. fehl am Platze war. Das Eintreten für freie Sexualität und Pornografie bei einer Demonstration gegen die Reduzierung von Frauen auf ihren Körper waren völlig undurchdacht. Das gestehen sie im Nachhinein auch ein…



Ein anderer Aspekt ist sicherlich die Sicht der Natur. Der von den Macher*innen zu Grunde gelegte Naturbegriff ist ein romantisierter Naturbegriff, der fast schon spirituelle Züge trägt, wie man sie aus den Anfängen der Öko-Bewegung Post-68 noch kennt. Dieser Naturbegriff gilt vielen von uns als überholt und veraltet – und verleiht ihnen manchmal den Anschein des Hippietums.

Dabei sollte aber auch nicht übersehen werden, dass das Projekt FFF sehr heterogen ist und sich im stetigen Prozess befindet. Manche Aktivist*innen vertreten jenen spirituell geprägten Naturbegriff, andere wiederum kommen aus einer ökofeministischen oder queeren Szene und vertreten ihren Naturbegriff.

Gemeinsamer Nenner ist dabei:
-die Ansicht von Sexualität als etwas „Natürliches“, d.h. etwas, wofür sich der Mensch nicht zu schämen hat und das zum Leben dazugehört – wie z.B. Essen und Schlafen

-dass Sexualität auf Konsens und Einvernehmlichkeit beruhen muss

-dass es eine Pluralität von Geschlechtern und Sexualitäten gibt, die gleichberechtigt nebeneinander existieren

-dass die Natur und Umwelt, im Sinne eines Ökosystems, geschützt werden muss

Ob der Weg, über pornografisches Material Geld für den Umweltschutz zu sammeln der richtige ist bzw. ob die Verbindung von sexueller Befreiung und Ökologie eine sinnvolle Symbiose eingehen kann, ist dem*der Leser*in überlassen. Es ist auf jeden Fall ein diskussionswürdiger Ansatz – ggf. auch abstrahiert von FFF.

Vielleicht ist es aber generell an der Zeit, das Projekt neu zu evaluieren – und den Aktivist*innen zuzugestehen, dass Sie aus den Fehlern der damaligen Zeit gelernt haben und nun reflektierter, ihren Kampf für die Rettung des Planeten bzw. des Regenwaldes fortzusetzen – verbunden mit der Idee sexueller Befreiung.

Website: http://www.fuckforforest.com

Vollständiges Interview mit Leona und Tommy (aus der Zeitung Contraste): https://bis201908.contraste.org/index.php?id=400

[1] Alle Zitate sind dem in der Contraste erschienen Interview entnommen. Vgl.: https://bis201908.contraste.org/index.php?id=400

[2] Anm. d. Redaktion: Die benutzten Worte werden hier als Selbstbezeichnungen wiedergegeben, jedoch können sie je nach Kontext auch als respektlos und gewaltvoll verstanden werden.



Interview mit Leona und Tommy vom Projekt Fuck For Forest

G.B.: Euer Projekt funktioniert ja auf zwei Ebenen: Auf der einen Seite ist die Pornografie, auf der anderen Seite sind die Projekte, die durch die Pornografie finanziert werden. Könnt ihr uns mehr über diese Projekte erzählen? Was hat Fuck For Forest (FFF) mit dem Geld bisher umgesetzt?

L. & T.: In den letzten 15 Jahren haben wir verschiedene ökologische Projekte und Gruppen unterstützt. Wir haben uns hauptsächlich auf graswurzel-Gruppen fokussiert, die lokal für ökologische Bildung und direkten Aktivismus und Umweltschutz arbeiten. Wohin wieviel Geld geflossen ist, haben wir auf unserer Website dokumentiert. Vor 5 Jahren haben wir begonnen selbst direkt mit der Erde zu arbeiten und ein ökologisches Zentrum für sozialen Aktivismus in den mexikanischen Bergen gegründet.

G.B.: Was sind eure nächsten Pläne?

L. & T.: Wir wollen uns in Zukunft mehr auf direkten Aktivismus, Bildung und Performance Art konzentrieren. Nachdem wir jetzt 5 Jahre direkt mit der Erde gearbeitet und unsere Energie darauf verwendet haben, jenseits der Versorgungsnetze nachhaltig zu leben, können wir über die Unterschiede zwischen Stadt-Aktivismus und echter ökologischer Arbeit reden. Da wir aber in der modernen Welt aufgewachsen sind, verstehen wir diese Welt und ihre Perversionen. Wir haben auch immer noch viel, das wir ausdrücken möchten.

In dieser Zeit mit wenig Zugang zu Strom und Internet haben wir viele Mitglieder verloren, obwohl wir diese ernsthafte Arbeit gemacht haben. FFF ist damit das einzige Öko-Projekt, das Mitglieder verliert, weil es nicht sexy genug ist! Wir suchen Leute, die uns dauerhaft unterstützen möchten, weil sie an unsere Arbeit glauben und nicht nur um Sex zu sehen.
Dann könnten wir unsere Ideen für einen heißeren Planeten und eine heißere Zukunft umsetzen: FFF könnte mehr wie eine social media Plattform funktionieren, wo Paare und einzelne Leute ihren eigenen Blog haben und für den Upload ihrer eigenen Werke und Gedanken über Sexualität verantwortlich sind. Dann könnte sich FFF selbst tragen und in der Organisation wäre mehr Zeit für Performance-Kunst und ökologischen Aktivismus – mehr Aufmerksamkeit für wichtige Themen.

*Wir werden zu alt und müde, ständig neue sexy Aktivist*innen zu jagen. Dennoch: Sex erzeugt viel Aufmerksamkeit, leider immer noch aus beschissenen egozentrischen Gründen. Deshalb ist es wichtig, eine soziale, non-profit Erotik-Alternative zu haben.*

G.B.: In eurer Zeit in Berlin, z.B. beim A-Kongress und dem Slutwalk, hattet ihr viele Auseinandersetzungen innerhalb der linken Szene. Während nicht alle Kritik[1] gerechtfertigt gewesen sein mag: Was habt ihr rückblickend aus dieser Zeit gelernt? Welche Fehler würdet ihr nicht noch einmal machen wollen?

L. & T.: FFF war nie als politischer Ausdruck gedacht und wir haben auch nie versucht, uns den Trends der politischen Szene in Berlin anzupassen. Viele Leute in FFF verstehen sich als Teil der anarchistischen Bewegung und viele von uns sind wahrhafte Schlampen. Deshalb dachten wir, dass wir zum A-Kongress und dem Slutwalk passen würden.

Leider waren auf dem A-Kongress mehr Leute wütend über nackte Leute als wir es sonst in Berlin erlebt haben. Wir waren auf Straßenparaden wie dem Karneval der Kulturen nackt und die meisten Familien, Berliner_innen und sogar die Polizei waren froh über FFFs Kampf für Ökologie und die Freiheit, nackt zu sein. Auf dem A-Kongress wurden dann zwei nackte Frauen und ein nackter Mann mit Gewalt bedroht, wenn sie nicht gehen oder sich anziehen würden. Drei nackte Leute haben den gesamten A-Kongress gesprengt.

Wir halten Teile der linken Szene in Berlin für ein bisschen borniert, festgefahren in ihren Vorstellungen über was richtig und falsch ist. Für uns ist das Kritisieren von persönlichen Beziehungen, davon wie jemand seinen_ihren nackten Körper ausdrücken will und wie andere Leute Liebe machen, ein direkter Angriff auf persönliche Freiheit. Wenn es Anarchie auf dem Kongress gegeben hat, hat FFF sie geschaffen.

Beim Slutwalk sollte es eigentlich darum gehen, die eigene Schlampigkeit auszudrücken, ohne bedroht und drangsaliert zu werden. Wir hatten ein Poster dabei, das eine feministische Freundin von uns gemalt hat. Sie hat dafür Material von unserer Website genommen, auf der damals hauptsächlich Fotos von Leona und Tommy waren. Für die politische Szene war es nicht gut genug, weil es nur heterosexuelle Sexualität abgebildet hat. Na und?? Es gibt Leute, die auch an dieser altertümlichen Form der Sexualität Spaß haben. Wir müssen nicht alle Formen sexuellen Ausdrucks auf einem Poster zeigen. Oder müssen wir das? Unser Eindruck ist, dass Teile der politischen Szene in Deutschland die konservativste linke Bewegung sind, die wir je in der Welt getroffen haben.

Vielleicht hätten wir die Leute besser über unser Projekt und unsere Ziele informieren können. Aber es kommt uns auch so vor, als wenn einige Leute einfach entschieden hätten, FFF zu hassen ohne sich darüber zu informieren. Wir denken immer noch, dass FFF eher ein offenes philosophisches Projekt und nicht politisch ist. Wir mögen es, dass Leute diskutieren was wir machen ohne zu klare Antworten zu geben. Wir sind alle für unsere eigenen Handlungen verantwortlich. Wir haben zu viele verschiedene Leute in FFF um zu entscheiden, welche Seite FFF als Projekt politisch beziehen sollte. Auch Faschist_innen machen Liebe. Sollten wir ihnen vorenthalten für den Wald zu ficken?

G.B.: Eure Pornos wurden dafür kritisiert, nicht sehr divers zu sein, keinen safer sex zu fördern und einen männlichen Blick zu reproduzieren. Diese Prinzipien sind für feministische Porno-Projekte sehr wichtig. Euer Projekt basiert ja, anders als professionelle Porno-Produktionen, auf Einreichungen. Wie geht ihr mit diesen Themen um?

L. & T.: Jede_r über 18 kann Teil des Projekts sein. Wir treffen keine Entscheidungen über Leute, Körperbau oder sexuelle Orientierung. Die Leute entscheiden sich für uns.

Wir kennen die queere und feministische Szene und haben viele feministische und queere Freund_innen, die FFF helfen. Es scheint aber, als wären viele in der Szene zu cool für fuck for forest. Es sind Leute, die nur kritisieren wollen und sich gleichzeitig weigern, uns etwas Besseres zu zeigen und FFF

diverser und bunter zu machen.

Es ist schwer, Leuten zu sagen wie der richtige Weg wäre, ihren Körper oder ihre Sexualität auszudrücken.

Wir haben immer safe sex gefördert. Wir waren dagegen, wenn Leute in der Gruppe keine Schutzvorkehrungen getroffen haben. Aber bei FFF machen auch viele echte Paare und Liebhaber_innen mit, die normalerweise ungeschützten Sex haben. Wir können keinen langjährigen Paaren sagen, wie sie ihre Sexualität zu praktizieren haben. FFF ist die Dokumentation von echten Situationen. Wenn auf der Website Leute ohne Schutzvorkehrungen zu sehen sind, sind das üblicherweise Partner_innen, die normalerweise so Sex haben.

Alle Menschen bei FFF drücken aus wie sie sich fühlen. Niemandem wird gesagt, was er_sie zu tun hat. Wir inszenieren keine Situationen. Eine Kritik am Material von FFF ist deshalb eine Kritik am persönlichen sexuellen Ausdruck der Leute. Das halten wir für sehr beschränkt. Wir haben nie versucht, Material auf männlich orientierte Weise zu machen. Wir wollen kein Material für Leute machen. Wir haben Spaß am Sex und was herauskommt ist das Produkt. Deshalb können wir nicht planen, welche Art von Material auf den FFF Seiten auftauchen wird. Es liegt an EUCH!

Es ist seltsam, dass FFF die Leute wütender machen kann als die normale Porno-Industrie. Wir denken, die Szene erfindet Geschichten. Niemand hat diese Geschichten bestätigt, niemand hat uns dazu geschrieben. Wer kein Argument gegen FFF hat, kann leicht die gängigen Vorstellungen darüber wie die Pornoindustrie funktioniert benutzen, um uns zu kritisieren.

G.B.: Ein Thema in der deutschen linken Szene sind gerade Videos, die ohne Einwilligung in den Duschen und Toiletten von zwei linken alternativen Festivals gemacht wurden.[2] Dieses Material wurde dann auf eine Mainstream-Porno-Plattform hochgeladen. Habt ihr einen Weg, wie ihr sicherstellt, dass das Material auf eurer Website unter Einwilligung gemacht wurde?

L. & T.: Falls das wieder auf irgendwelche Gerüchte anspielt: Niemand hat uns eine Anfrage geschickt, die Sachen zu entfernen oder eine Strafanzeige gegen uns erstattet. Wir haben nie Fotos von Leuten gegen ihren Willen gemacht. Wir, Leona und Tommy sind für das Hochladen verantwortlich und haben die volle Kontrolle darüber. Wir stellen sicher, dass die Leute über 18 sind und ihr Material auf der Website wollen. Wenn sie es später bereuen, entfernen wir das Material. Fotos gegen jemandes Willen zu machen, wäre komplett gegen die Idee von FFF. Wir wollen keine Leute auf der Website, die nicht stolz darauf sind, dort zu sein.

Wir hatten ein Problem, dass einige enge Freund_innen nach persönlichen Konflikten entschieden haben, das Material von vielen Jahren zu entfernen. Die Leute haben mit uns zusammen gelebt und gearbeitet, FFF hat für sie Essen, Unterkunft und Reisekosten bezahlt. Aber sie wollten ihre Fotos weghaben. 5 Jahre von Leuten zu entfernen, die Teil von allem waren, war schwer. Es waren ja auch 5 Jahre unserer Geschichte. FFF hat viel auf Vertrauen basiert. Jetzt wissen wir, warum es Verträge gibt. Aber wir denken weiterhin, dass Verträge nichts mit Aktivismus zu tun haben. Wir wollen niemanden missbrauchen und wir wollen keine Leute auf der Website, die die da nicht sein wollen. Schickt uns die Fotos und Fälle, wo Leute gegen ihren Willen gefilmt und fotografiert wurden. Dann können wir es selbst ansehen und uns verteidigen, anstatt dass nur Gerüchte umherfliegen. Wenn es nur Gerüchte sind, um uns zu schaden – wer ist dann der wirkliche Täter?

FFF schützt die Fotos und Videos auf unserer Website so gut wir können. Aber wir glauben auch an kostenlose Downloads und wir rippen selbst das meiste von unserer Musik und Unterhaltungsprodukten. Wie alles im Internet kann unser Material geklaut und woanders verbreitet werden. Wenn es dir wichtig ist – unterstütze FFF nicht! Wir können kein geripptes

Material entfernen, ähnlich wie die großen Unterhaltungsfirmen. Trotzdem sind wir für Piraterie!

G.B.: Würdet ihr sagen, das Material auf eurer Seite ist aufklärerisch?

L. & T.: Alles bei FFF wird mit einer anderen Absicht gemacht als „normaler" Porno. Wir versuchen kein Produkt zu machen, wir versuchen Spaß zu haben und wir denken nicht, dass Politik zu sehr in unser Sex-Leben gehört. Sexualität für einen guten Zweck zu zeigen fordert viele veraltete moralische Normen heraus. Wir denken, der Ausdruck von FFF ist aufklärerisch. Es ist an den meisten Orten verboten, Sexualität öffentlich zu zeigen – die einzige direkte sexuelle Bildung die wir haben ist durch Pornos. FFF nimmt Sex aus dem heraus, wie die Leute gewöhnlich Sex in der kommerziellen Industrie sehen. Wir brauchen mehr Porno mit einem Zweck.

Wir machen nicht alles richtig und sind definitiv nicht perfekt – wir müssen auch gebildet werden. Wenn euch etwas fehlt, nehmt Kontakt auf und erhellt uns mit euren Ideen. Bildet uns!

G.B.: Ist das nicht ein Spannungsverhältnis – Lust und Spaß auf der einen, Aufklärung und ein guter Zweck auf der anderen Seite?

L. & T.: Wir glauben daran, nicht alles zu ernst zu nehmen und wechseln zwischen dem Denken, der Welt helfen zu können und der Idee, Spaß zu haben so lange es geht. Das funktioniert glücklicherweise gut zusammen. Und wer weiß schon überhaupt, was richtig ist?

G.B.: Danke für das Interview.

[1] Siehe z.B. eine Kritik von Gabriel Kuhn
[2] http://www.alpineanarchist.org/r_akongress_deutsch.html

Es handelt sich um die Festivals Monis Rache & Fusion. Hier die entsprechenden Statements der Organisator_innen: https://monisrache.wtf/ https://forum.kulturkosmos.de/viewtopic.php?f=39&t=28956

Gut gemeint ≠ Gut gemacht

Fuck for forest zwischen Ideologie, realpolitischen Verhältnissen und persönlicher Selbstverwirklichung

Hanni Viele Gedanken, Fragen, Kritik und auch zum Teil Erstaunen machen sich in mir breit, wenn ich das Projekt "Fuck for forest" (Fff) betrachte. Sofort tauchen Zweifel auf, ob es mir selbst überhaupt zusteht das Handeln der Akteur*innen zu kritisieren. Verkürzt: Menschen haben miteinander Sex, filmen sich dabei, stellen die Aufnahmen online, Konsument*innen bezahlen ein Abo, schauen die Pornos und ein Großteil des Gewinns fließt in "Regenwald-Projekte". An der Stelle denke ich mir: Kapitalismus macht's möglich, ist ja außerdem deren Entscheidung zu machen und zu zeigen was sie wollen. Dennoch sollte ein kritischer Blick möglich sein, ohne Sexpositivität, Abbau von Tabus oder freie sexuelle Entfaltung anzugreifen. Es geht ums Große und Ganze.

Pornografie hat ein Problem

Betrachte ich die derzeitige (oder auch die frühere) Pornoindustrie und entsprechende Medienproduktionen, dann werden wir mit Heteronormativität und fatalen Rollenbildern zugespamt, dass mir Kritik nur noch lauthals entfleucht.

Kritik von "Links" ist extrem wichtig, um feministische und queere Perspektiven und überhaupt die unendliche Vielfalt an Sex und Sexualitäten in den Blick zu nehmen. Die globale Pornoindustrie wird diese Aufgabe und Selbstreflexion nicht leisten. Nur durch Protest, Konsumverzicht oder eben Alternativen können wir etwas ändern. Stellt sich die Frage, was Fff dafür leistet. Die auf der Website formulierten Ansprüche zeigen zumindest einen neuen Ansatz. Aber damit hört es auch fast schon auf. In diversen Äußerungen Tommys & Leonas (Gründer*innen) und dem Projekt insgesamt wird immer wieder Bezug auf den Freiheitsbegriff genommen und, dass Menschen eine sexuelle Befreiung erfahren können, Spaß soll es machen, alles passiert einvernehmlich und veröffentlicht wird nur mit Zustimmung. Gleichzeitig ist die Pornoindustrie vollends durchkapitalisiert. Nutzen die Akteur*innen etwa das anerzogene Konsumverhalten einfach nur aus? Verknüpfen die Macher*innen also Geld mit Lust und Befriedigung? Müssten wir nicht vehement die Pornoindustrie angreifen, bekämpfen und gleichzeitig noch die ganze menschenverachtende Scheiße, die sich im Darknet[1] abspielt? Ich sehe im ganzen Konstrukt Fff eine hedonistische Bedürfniserfüllung die durch paternalistische Rettungsszenarien gerechtfertigt wird.

Es scheint ganz so, als ob einige Aktivist*innen denken, ein "neues Angebot" zu schaffen reiche aus, um in dieser verkappten Lage wirklich etwas zu verändern. Es geht auch um Privilegien: Manche Menschen können sich in ihrer Sexualität entfalten, weil sie aber auch Privilegien und Chancen haben. Unzählbar viele haben diese Möglichkeit nicht. Und jetzt kommen Idealist*innen (vielleicht auch hippieske Träumer*innen) und zeigen mal, wie schön befreiter Sex ist. Hilft nur nicht wirklich bei der Ursachenbekämpfung von Diskriminierungsmechanismen oder der Steigerung der Akzeptanz von Vielfalt. Außerdem ist diese Aktion praktisch Teil der Pornoindustrie (auch wenn das die Macher*innen vielleicht anders sehen) und im globalen Kontext wird es nur dazu führen "alternative Pornografie" zu kapitalisieren, und sämtlicher dadurch reproduzierter Mist wird nicht weniger werden. Willkommen in der Konsumschleife.

Der Zweck heiligt immer noch nicht das Mittel

Eine alternative (radikal anders gedachte) Pornowebsite müsste viele Aspekte beachten und ist womöglich im kapitalistischen System gar nicht möglich. Entweder wir akzeptieren (inkl. unterschiedlicher Reproduktionsmöglichkeiten/-gefahren) im System nur langsam neue Alternativen anzubieten und zu etablieren oder wir steigen aus, machen unser Ding, fertig. In Leonas & Tommys Statements wird klar, dass es um idealistische Ziele geht, aber reale Determinismen (strukturelle Grenzen im politischen, philosophischen und psychologischen Sinne) teilweise völlig ignoriert werden. Es gibt eben doch Unterschiede zwischen Erika Lust Pornos und einem Anarcho-

Projekt, das den persönlichen Hedonismus ausleben möchte. Es gibt einen Unterschied, zwischen "einen Film produzieren" oder "beim Sex filmen lassen". Spätestens auf Seiten der Rezipient*innen müssen wir beachten, dass Rezeptionskompetenz gar nicht so stark ausgeprägt ist. Filme dienen auch nicht wirklich dem Lernprozess (oder auch Ver-Lernprozess). Wenn also Menschen sexuelle Aufklärung, Sexpositivität und freie sexuelle Entfaltung fördern wollen, wird das nicht über Konsum in kapitalistischen Zwängen möglich sein. Vielmehr brauchen wir die Wirkungsmacht der Bildung und Erziehung, wir brauchen den Austausch, die Begegnung auf Augenhöhe. Solange Nacktheit und Freizügigkeit manche Menschen unserer Gesellschaft retraumatisieren[2] können, sollten wir damit auch achtsam umgehen.

Eine ungefragte Konfrontation mit Nacktheit (wie auf dem A-Kongress 2009) ist nicht einvernehmlich und ich hätte mich aus Solidarität auch für einen Ausschluss der Fff-Aktivist*innen ausgesprochen, auch wenn das eventuell manchen anarchischen Gedanken widerstrebt. Entweder wir gestehen ein, dass innerhalb eines gesellschaftlichen Bereichs neue Wege (mit alten Fehlern) gegangen werden können oder wir müssen die Richtung komplett ändern, also nicht nur neue Wege gehen, sondern an ganz andere Ziele denken. Das gewählte Mittel – Pornos zum Spendensammeln – wird den berechtigten Zielen nicht gerecht.

Menschen und Technik sind fehleranfällig

In diesem Kontext reden wir auch über "höchstpersönliche" Lebensbereiche. Ich glaube es gibt gute Gründe, dass wir Sexualität als etwas privates, persönliches begreifen. Deshalb sei die Frage nach Sicherheit gestellt, nach Verbindlichkeit und auch Vertraulichkeit.

Ich traue schlichtweg dem Projekt Fff nicht zu, für Datenschutz, Kopierschutz und den Schutz aller Beteiligten zu sorgen. Nach Aussage der Macher*innen sollen auch nur Menschen mitmachen, die das völlig akzeptieren und frei einwilligen. Und Tommy & Leona betonen zudem, dass sie für Piraterie sind (soweit nix schlimmes). Aber wenn ich Filme von Menschen beim Sex auf meiner Seite hoste, dann kann es nicht sein, dass es mir egal ist, wenn diese Aufnahmen der eigenen Kontrolle/Obhut entzogen werden. Wenn sich also Akteur*innen/Darsteller*innen später für eine Löschung ihrer Aufnahmen aussprechen, dann ist es den Betreiber*innen scheinbar gleichgültig, dass anderswo im Web die Filme weiterhin existieren. Personen also zu etwas verleiten und kein Konzept für den Schutz aller Beteiligten zu haben, ist fahrlässig und naiv. Auch in Bezug auf Aufnahmen, die ohne Einverständnis eingestellt werden könnten, meinen die Betreiber*innen, dass sich die Betroffenen melden könnten. Was ist aber, wenn die Betroffenen sich selbst nicht entdecken, weil sie Fff nicht nutzen? Dann ist der Clip nicht zu löschen? Eine Haltung die darauf vertraut, dass alle cool und gelassen mit heimlich gemachten Aufnahmen umgehen?



"Kick-off Gala" by CineKink is licensed under CC BY-ND 2.0

Ich denke auch hier zeigt sich ein Beispiel, über das es keine Diskussion geben darf! Vielleicht müssen wir uns darin üben, fehlerfreundlich zu bleiben, aber gegenüber Fff bleibe ich weiterhin kritisch, denn es ist auch unsere individuelle Verantwortung, uns gegenseitig zu schützen. Vielleicht gehöre ich (laut Leonas & Tommys Aussage) auch zu den konservativen (deutschen) Linken, aber vielleicht gehörten die beiden ja auch zu den Träumer*innen, die das Glück haben, sich sexuell zu entfalten und möchten das gern mit der Welt teilen. Ob das Ganze dazu führen muss, Pornofilme zu verbreiten, ist am Ende eine Frage, die sich nur jede*r Einzelne beantworten kann.

[1]Darknet ist die Bezeichnung für nicht-öffentliche Online-Netzwerke, die Anonymität und unzensierte Kommunikation im Web ermöglichen.

[2]Viele Menschen haben sexuelle Gewalt erlebt und werden daher schneller durch Nacktheit und zur Schau gestellte Sexualität erneut in ihrem Trauma getriggert. Es ist aber gar nicht eindeutig und für alle Betroffenen gleich, durch welche Dinge/Situationen das Trauma getriggert wird.





„Werft unsere Geschichte nicht weg!“

Bewegungsarchiv sammelt Geld mit Crowdfunding-Kampagne

Von Oktober 2019 bis Dezember 2020 findet eine Crowdfunding-Kampagne des Projektes „das tierbefreiungsarchiv“ statt, die die Archivarbeit für die nächsten zwei Jahre absichern soll. Um die Zeitzeugnisse der Tierbewegungen weiterhin erhalten und aufarbeiten zu können, ist das Archivteam auf die Unterstützung von vielen Menschen angewiesen.

Das Bewegungsarchiv „das tierbefreiungsarchiv“ ist ein Projekt für die Tierbewegungen und die Vegan-Szene. Es wurde vor etwa sechs Jahren von Aktivist*innen aus der Tierbefreiungsbewegung gegründet und ist seitdem in Döbeln (Sachsen) zu finden. Mittlerweile ist es der einzige Ort in Deutschland, an dem verschiedenste Zeitzeugnisse der Bewegungen (oder zumindest des deutschsprachigen Teils) gesammelt und archiviert werden. Dazu zählen nicht nur Magazine und Zeitschriften, sondern auch allerlei Broschüren, Flyer, Flugblätter, Sticker und Plakate.

Der Nachlass der 2011 verstorbenen Soziologin Birgit Mütherich sowie die Akten des Politischen Arbeitskreises für Tierrechte (PAKT) werden hier ebenfalls verwaltet. Zudem ist eine Fachbibliothek mit mittlerweile über 300 Büchern an das Archivprojekt angegliedert. Auch thematisch ist das Archiv breit aufgestellt: Alte Tierschutzdokumente werden ebenso gesammelt wie Veröffentlichungen aus der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung, aus den Human-Animal Studies und aus der Vegan-Szene. Ziel des Projektes ist es, „die Geschichte für die Zukunft sowie für Forschung und Journalismus zu erhalten und sie interessierten Menschen zur Verfügung zu stellen“, wie Tom verrät.

Tom ist einer der Ehrenamtlichen im Projekt und war seit Beginn am Aufbau des Archivs beteiligt. Seit 2018 bekommt er für einen Teil seiner Arbeit ein Honorar vom Verein die tierbefreier e.V. gezahlt. „Die Zeitzeugnisse sollen auch der Selbstreflexion innerhalb der Bewegungen dienen und zeigen, dass viele der heutigen Debatten über Theorien und Aktionsformen bereits vor Jahren oder gar Jahrzehnten geführt wurden“ ergänzt Uli, eine weitere Aktivistin im Archivteam.

Sie kümmert sich ehrenamtlich vor allem um die Bibliothek. Wegen dieser Ziele und Möglichkeiten ist es der Gruppe auch so wichtig, dass die Zeitzeugnisse aus den vergangenen Jahrzehnten nicht verlorengehen.

Um die regelmäßige Arbeit im Archiv auch weiterhin und unabhängiger von Institutionen und Firmen sicherzustellen, hofft das Archivteam nun auf finanzielle Unterstützung aus den Bewegungen. Dafür startete das tierbefreiungsarchiv im Oktober 2019 eine Crowdfunding-Kampagne, die ursprünglich bis Dezember laufen sollte. Da das Fundingziel im angestrebten Zeitraum nicht erreicht werden konnte wurde sich dafür entschieden das Crowdfunding bis Ende 2020 weiter laufen zu lassen.

Mit dem gesammelten Geld sollen die Raummieten und eine Honorarstelle für die nächsten zwei Jahre finanziert werden. Auch für Arbeitsmaterialien wird Geld gesammelt, da die benötigten Archivmappen und -boxen aus speziellem, säurefreiem Material sehr teuer sind. Um die angestrebte Summe von 20.000 € im Rahmen der Crowdfunding-Kampagne zu erreichen, hoffen die jungen Archivar*innen auf Spenden aus Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegungen sowie der Vegan-Szene. Wer dieses Projekt mit einer Spende unterstützen möchte, findet auf der Web- und Facebook Seite des Archivs weitere Informationen zum aktuellen Stand der Crowdfunding-Kampagne:

http://tierbefreiungsarchiv.de
https://facebook.com/tbarchiv
https://www.leetchi.com/c/tbarchiv

Neben der finanziellen Unterstützung freut sich das tierbefreiungsarchiv zudem über Sachspenden in Form von Zeitzeugnissen der Bewegungen oder Arbeitsmaterialien. Wer Bücher und andere Dokumente aus den Themenbereichen Tierrechte, Tierbefreiung, Veganismus und Human-Animal Studies oder Arbeitsmaterialien abzugeben hat, kann das Archiv kontaktieren und erhält dann weitere Informationen.

Kontakt: das tierbefreiungsarchiv, Bahnhofstr. 56, 04720 Döbeln, tierbefreiungsarchiv@riseup.net





Spurensuche zu Opfern des Nationalsozialismus:

Niemand kam zurück – Jüdisches Leben im Altkreis Döbeln bis 1945

AG Geschichte Bis heute ist wenig über das jüdische Leben im Altkreis Döbeln bekannt. Jedoch lebten vor der Zeit des Nationalsozialismus Jüdinnen und Juden in der Region, prägten und gestalteten diese und waren Teil des öffentlichen Lebens. Sie waren Freund_innen, Bekannte, Arbeitskolleg_innen, Nachbar_innen, Mitschüler_innen und gleichberechtigte Bürger_innen.

Doch heute sind die Erinnerungen an sie verblasst und ihre Spuren kaum noch sichtbar. Die zweite überarbeitete Auflage der Broschüre "Niemand kam zurück. Jüdisches Leben im Altkreis Döbeln bis 1945" will das ehemalige jüdische Leben im Altkreis Döbeln wieder sichtbar machen. Sie beinhaltet alle bisher erforschten Geschichten und Fakten über ortsansässige Jüdinnen und Juden. Sowohl von den Menschen, die einige Zeit ihres Lebens im Altkreis Döbeln verbracht haben, als auch von Jüdinnen und Juden, die aufgrund der antisemitischen Politik aus der Region verdrängt wurden. Nach Ausgrenzung und Entrechtung stand für viele jüdische Menschen die Vernichtung. Deshalb sollen vor allem die Menschen erwähnt werden, die von den Nationalsozialisten und ihren Kollaborateuren in den Gefängnissen, Konzentrationslagern oder Vernichtungsstätten ermordet wurden. Der Versuch, für all diese Menschen Stolpersteine in der Region als ein Erinnerungszeichen zu verlegen, scheitert oft an den lückenhaften Quellenbeständen.

Dieser Text möchte nichtdestotrotz einen Teil zu dieser Erinnerung beitragen. Ein Großteil der Jüdinnen und Juden siedelte zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts in der Region an. Der Zuzug erfolgte beispielsweise aus anderen deutschen Städten, der damaligen Donaumonarchie Österreich-Ungarn und dem 1918 gegründeten unabhängigen polnischen Staat. Viele Jüdinnen und Juden waren assimiliert und in die Stadtgesellschaft integriert. Unter ihnen befanden sich u.a. Geschäftsgründer_innen, Geschäftsinhaber_innen, Ärzt_innen sowie Kaufleute. Gerade die kaufmännischen Tätigkeiten prägten die Region. So gab es in Döbeln, Roßwein, Hartha, Leisnig und Waldheim jüdische Geschäfte, die das Leben in der Stadt beeinflussten und viele Kund_innen bedienten. Diese waren in städtische Festlichkeiten eingebunden, schalteten Werbeanzeigen in Lokalzeitungen und waren im Stadtbild präsent. Im Altkreis Döbeln gab es keine Synagoge, auch keine jüdische Gemeinde oder einen jüdischen Friedhof. Wenn Familien die jüdischen Traditionen pflegten, dann geschah das oftmals zu Hause oder in einer der umliegenden Großstädte.

Im Verlauf des Machtantrittes der Nationalsozialisten ab 1933 kam es auch im Altkreis Döbeln zu Verfolgung, Ausgrenzung, Demütigung und Entrechtung der hier ansässigen Jüdinnen und Juden. Sie wurden beispielsweise namentlich in der Lokalzeitung genannt und es wurde zum Boykott ihrer Geschäfte aufgerufen. Einige wurden in der antisemitischen Wochenzeitung „Der Stürmer" denunziert, Berufsverbote wurden erteilt, es kam zu Verhaftungen und ihr Vermögen und Wohnraum wurde beschlagnahmt. Wenn es die Möglichkeit gab, versuchten viele Jüdinnen und Juden in die Anonymität der Großstädte zu fliehen. Schritt für Schritt wurde das jüdische Leben so aus dem Altkreis Döbeln bis zur Gänze vertrieben. Die meisten Jüdinnen und Juden wurden deportiert und in einem Konzentrations- oder Vernichtungslager ermordet. Einigen wenigen gelang die Flucht und sie überlebten die Shoah. Jedoch kam von den Überlebenden nie jemand in den Altkreis Döbeln zurück, abgesehen von einzelnen kurzen Besuchen, um bspw. Familienangelegenheiten zu klären.
Leider gibt es kaum Selbstzeugnisse, autobiografische Berichte und Fotografien. Vieles wurde durch die Nationalsozialisten vernichtet oder ist in Folge des Zweiten Weltkriegs verloren gegangen. Wenige Zeitzeug_innen sind bereit, Auskunft über die NS-Zeit zu geben.

Die Aufarbeitung der jeweiligen Lebenswege stützt sich vordergründig auf historische Dokumente, welche von den Täter_innen angefertigt wurden. Dabei wurden Jüdinnen und Juden entmenschlicht, stigmatisiert, gedemütigt, als Objekte verwaltet und später als Nummer ermordet. Viele persönliche Nuancen, Erfahrungen und Erlebnisse wurden dadurch – teilweise für immer – ausgelöscht. Auch hier möchte die oben genannte Broschüre einen Beitrag dazu leisten und die Geschichten dieser Menschen erzählen. Die zugrundeliegende Recherche über das jüdische Leben in der Region begann etwa 2010 im Gedenkbuch des Bundesarchivs, in den jeweiligen Stadtarchiven und im Onlinearchiv der Gedenkstätte Yad Vashem. Auskunft gaben zudem Adressbücher, die Archive der Einwohnermeldeämter und alte Lokalzeitungen. Weiterhin wurde beim Internationalen Suchdienst (ITS) recherchiert, es wurden Gedenkstätten angefragt oder besucht und diverse Stadt- und Staatsarchive einbezogen. Wichtig bei der Arbeit war es, Angaben mehrfach zu prüfen und die Ergebnisse mit mindestens zwei Quellen abzugleichen und zu belegen. Hinzu kam eine Kontextualisierung der Rechercheergebnisse. Dies geschah mit Hilfe der allgemeinen wissenschaftlich-historischen Fachliteratur. Hervorheben möchten wir die Veröffentlichung „Juden in Mittweida. Eine Spurensuche" von Dr. Jürgen Nitsche. Die detaillierte Recherche des Historikers ermöglichte es, das Leben und Wirken der Familien Lachmann und Kosterlitz sowie von Georg Kariel im Rahmen dieser Broschüre zu vervollständigen. Am Ende der Recherche gelang es, die Geschichten von 24 Familien und neun Einzelpersonen aufzuarbeiten. Dass sich dabei, trotz großer Sorgfalt, Fehler in der ersten Auflage eingeschlichen haben, bitten wir zu entschuldigen. Die Broschüre möchte deshalb auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit formulieren.

Durch einen glücklichen Zufall meldeten sich im Jahr 2015 zwei Niederländerinnen bei der Stadt Döbeln und traten auch mit der AG Geschichte in Kontakt. Die beiden

Frauen sind die Enkelinnen von Isay Rottenberg und sie recherchierten über die Geschichte ihres Großvaters, der zwischen 1932 und 1935 die „Deutschen Zigarren-Werke Döbeln" leitete. Mehrfach kamen die beiden Frauen nach Döbeln, forschten im Stadtarchiv, besuchten mit der AG Geschichte den historischen Ort der Fabrik und nahmen an einem historischen Stadtrundgang teil. Weiterhin meldeten sich Nachkommen von Heinz Tebrich aus Leisnig. Ihm gelang die Flucht nach Großbritannien, später lebte er in den USA. Er hinterließ das einzige Zeitzeugeninterview für den Altkreis Döbeln, welches detaillierte Informationen bereitstellt. Mitglieder der AG Geschichte konnten im Jahr 2017 die Enkelkinder von Heinz Tebrich treffen und so mehr über Heinz und die Geschichte seiner Familie erfahren. Dabei wurden auch Kontakte zu Nachkommen der Familie Goldmann vermittelt. Die Kontaktaufnahme erfolgte über E-Mail und der Austausch konnte einige offene Fragen zur Geschichte der Familie klären. Im Oktober 2017 konnte mit Hilfe von Sozialen Medien auch Kontakt zu den Nachfahren der Familie Motulsky aus Leisnig hergestellt werden, die aktuell in Australien leben. In den kommenden Jahren hat es sich die AG Geschichte zum Ziel gesetzt, die Nachfahren an ihren aktuellen Wohnorten zu besuchen, mehr über die Familien zu erfahren und die Kontakte zu vertiefen. Darüber hinaus sind seit der Veröffentlichung der ersten Auflage dieser Broschüre weitere Namen und Biografien bekannt geworden. So versucht die AG Geschichte nun mehr über die Familie Hofsteller und Georg Meyer aus Döbeln zu erfahren. Weiterhin sind für Leisnig Martin Pelz und Bruno Herrnberg zu recherchieren. Auch für die Stadt Roßwein ist eine weitere Person – Leopold Mandel – bekannt geworden. Viele neue Namen sind zudem für Waldheim aufgetaucht. Dabei handelt es sich um Ruth Grünspan, Kurt Israel, Gertrud Sachs und Albert Syska. Auch sind die Biografien noch lange nicht abgeschlossen und vollends dokumentiert. Weitere Namen und Hinweise werden immer wieder an die Mitglieder der AG Geschichte herangetragen. Jede neue Information und jeder neue Kontakt stößt die Tür zu einer ganz neuen Geschichte auf, die erzählt und bewahrt werden muss.

AG Geschichte

Die AG Geschichte hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte Döbelns während der Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Das Ziel ist die möglichst genaue Rekonstruktion der Zeit von etwa 1923 bis 1947, d.h. vom Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung und der schrittweise stattfindenden Radikalisierung des Alltags bis hin zum Beginn der Rüstungsproduktion und dem Einsatz von Zwangsarbeitskräften. Auch soll erforscht werden, wie sich die NS-Ideologie im Allgemeinen durch zunehmende Propaganda immer weiter ausbreitete und alltäglich wurde. Weiterhin werden die Veränderungen im Döbelner Stadtbild, Todesmärsche und die Folgen des Krieges, wie beispielsweise Flucht und Vertreibung, thematisiert.

Aus den Rechercheergebnissen wurde im Laufe der Zeit ein historischer Stadtrundgang mit Schwerpunkt auf der NS-Geschichte Döbelns erarbeitet, konzipiert und etabliert. Dieser wird mittlerweile regelmäßig öffentlich angeboten. Auch eine Homepage und eine Applikation für Smartphones sind bereits entstanden und machen einen großen Teil der Rechercheergebnisse öffentlich zugänglich. Weiterhin ist die Arbeit mit Schulen und die historisch-politische Bildungsarbeit ein wichtiger Schwerpunkt der Projektarbeit. Zudem existiert eine historische Stadtkarte der Stadt Döbeln. Auf dieser sind die wichtigsten Orte der Stadt markiert sowie die Geschehnisse und ihre Bedeutung während der Zeit des Nationalsozialismus in Kürze zusammengefasst. In Kombination mit der vorliegenden Broschüre und der Applikation für Smartphones können sich Nutzer_innen unabhängig von den Mitgliedern der AG Geschichte auf Spurensuche begeben und sich über die Lokalgeschichte informieren.

Die Aufarbeitung der Lokalgeschichte in der Region konzentrierte sich lange Zeit vordergründig auf die Industriegeschichte. Dabei wurden jedoch die Verantwortung der Betriebe im Bereich der Rüstungsproduktion und die Ausbeutung von Zwangsarbeitskräften außer Acht gelassen. Existierende Erinnerungstafeln lassen die Zeit des Nationalsozialismus aus oder bleiben völlig oberflächlich und sind daher für eine aktive Erinnerungskultur ungeeignet. An diesem Punkt möchte die AG Geschichte ansetzen und unter anderem mit Stolpersteinen an die Opfer der Shoah erinnern und Aufklärungsarbeit leisten. Die ersten fünf Gedenksteine wurden 2007 auf Initiative des Gymnasiallehrers Michael Höhme verlegt. Er recherchierte über die Biografien der Familien Glasberg, Gutherz und Rothstein. Ihm gelang eine sehr detaillierte Aufarbeitung der Familiengeschichten, da er ein Zeitzeugengespräch mit Ruth Glasberg führte und von ihr ein gut erhaltenes Fotoalbum erhielt. Die AG Geschichte organisierte im Jahr 2013 die Verlegung weiterer sechs Stolpersteine für die Familien Heynemann, Totschek und Elsa Jacobsohn in Döbeln. Im Folgejahr wurde die Recherche auf den gesamten Altkreis ausgeweitet, sodass 2015 weitere 32 Steine vor den ehemaligen Wohn- und Arbeitsorten von Jüdinnen und Juden in den Städten Leisnig, Döbeln, Hartha, Waldheim und Roßwein verlegt wurden.

Leider gibt es auch heute noch Menschen, die die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus verhindern möchten. So wurden Stolpersteine wiederholt beschädigt - mit Farben beschmiert, mit Stickern beklebt und sogar gestohlen. Umso wichtiger ist es deswegen, so viele Bürger_innen wie möglich auf die historischen Geschehnisse und Nachwirkungen der Zeit des Nationalsozialismus aufmerksam zu machen.

Junge und alte Menschen sollen dazu animiert werden, sich mit Regionalgeschichte auseinanderzusetzen. Nach dem Leitspruch „Die Geschichte vor Ort lebendig machen" sucht die AG Geschichte immer wieder die Bezüge zu aktuellen Geschehnissen, denn Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind auch in der heutigen Gesellschaft immer noch allgegenwärtig.

blickpunkt.rechts 2019

Eine Dokumentation rechter Aktivitäten in der Region Döbeln

Muss Bildungsarbeit wertneutral sein?

Treibhaus Döbeln Die deutsche Gesellschaft ist im Jahr 2019 zunehmend von gesellschaftlicher Spaltung bedroht. Auf Meinungsfreiheit wird besonders dann beharrt, wenn beim missliebigen Gegenüber Demagogie angeprangert werden soll. Ein zivilisierter Umgang mit abweichender Meinung wird dadurch Zunehmens erschwert. Es deutet sich an, dass der Wertekonsens dieser Gesellschaft kleiner und fragiler wird. Dies lässt sich u.a. daran beobachten, wie mit Vehemenz und Aggressivität die eigene Meinung vertreten wird, während der Überprüfung der Argumente der Anderen immer weniger Beachtung geschenkt wird. Ein Resultat dieser gesellschaftlichen Spannung sind die Anfeindungen gegenüber zivil-gesellschaftlichen Akteur*innen geworden. So ist es mittlerweile en vogue, Akteur*innen, welche für gesellschaftliche Werte einstehen, als nicht-neutral und gesinnungsmotiviert anzuprangern. Doch besteht denn eigentlich die Pflicht, zivilgesellschaftliche Arbeit wert-neutral zu verrichten und ist wirkliche Neutralität auf dem Feld der Bildungsarbeit überhaupt möglich?

In den letzten Monaten weisen rechte Akteur*innen vehement auf die Einhaltung des sogenannten Neutralitätsgebotes hin. Die AfD hat dafür sogar verschiedene Kampagnen gestartet. Beispielsweise wurde die Aktion „Neutrale Schule“ ins Leben gerufen. Schüler*innen und Eltern sollen in diesem Rahmen Lehrer*innen melden, die sich politisch äußern. In Sachsen hat die AfD dafür die Seite www.lehrersos.de erstellt und bietet unter der Rubrik „Auswahl treffen“ auch gleich einige Beispiele, was ein solcher Verstoß sein könnte. Hauptsächlich beziehen sich die Beispiele auf kritische Äußerungen zur AfD und ihrer Politik.

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit wird ebenfalls hauptsächlich von rechten und rechtspopulistischen Akteur*innen eine Neutralitätspflicht „angemahnt“. Engagierte, die sich für die Förderung von Demokratie und für Menschenrechte einsetzen, werden politisch unter Druck gesetzt. Konfrontiert werden sie hierbei meist mit einem Hauptnarrativ rechtsradikaler Weltanschauung: Die aktuelle Politik sei eine Verschwörung gegen Land und „Volk“. Rechtsradikale Akteur*innen erheben den Anspruch, die einzig wahre Stimme des vermeintlich homogenen Volkswillens darzustellen. Rassistische, nationalistische und demokratiefeindliche Inhalte werden im öffentlichen Diskurs platziert und sollen mit Meinungsfreiheit Legitimität erhalten.

Der Vorwurf, eine angebliche Neutralitätspflicht zu verletzen, erfolgt zumeist als Reaktion auf unliebsame Kritik. Diese Strategie der Einschüchterung soll Handlungsspielräume einengen. Das ist ein Ausdruck postfaktischer Zeiten, in denen nur noch das für wahr gehalten wird, was selbst geglaubt wird. Ohne, dass Aussagen empirisch belegt und analytisch richtig sein müssten. In der Folge gilt dann alles als unwahr und wird ideologisch verdammt, was dem eigenen Weltbild und Werteurteil widerspricht. Nur ist nicht Neutralität der richtige Begriff dafür, sondern ein notwendig falsches Bewusstsein oder klarer: Ideologie.

So wird beispielsweise die Förderwürdigkeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen/Vereine infrage gestellt, um so den Entzug staatlicher Gelder zu rechtfertigen. Förderprogramme, wie etwa das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ werden als „Gehirnwäscheprogramm“[1] kriminalisiert. Und wenn es nach der sächsischen AfD geht, dann sollen Vereine, Stiftungen und Projekte, die politische Bildungsarbeit leisten, keine öffentlichen Gelder bekommen. Ein Gesetzentwurf, den die Fraktion im Mai dazu eingereicht hat, fordert, dass „Zuwendungen für Zwecke der staatspolitischen Meinungs- und Willensbildung, der Demokratieerziehung oder anderer Formen der politischen Bildung oder Information [...] nur unmittelbar an Parteien und Wählervereinigungen unter Wahrung des Gebotes der Chancengleichheit im politischen Wettbewerb gewährt werden [dürfen].“ Verstöße möchte die Partei mit bis zu zwei Jahren Haft ahnden.[2] Ziel ist es, zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu verunsichern, Bildungsarbeit zu kriminalisieren und politischen Druck aufzubauen, um Akteur*innen am Äußern von Widerspruch zu hindern. Zukünftig soll dann wahrscheinlich Bildungsarbeit nach den eigenen ideologischen Vorstellungen umgesetzt und bisherige Akteur*innen ausgetauscht werden.

Die Basis progressiver Bildungsarbeit fußt auf der Grundlage der Allgemeinen Menschenrechte und nicht auf ideologischen oder parteipolitischen Interessen. Bereits die Allgemeine Erklärung von 1948 weist darauf hin, dass es ein Recht auf Bildung gibt und diese „[...] die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben“[3] soll. Die humanistischen Bildungsziele wurden im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966[4], im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung[5] und der UN Kinderrechtskonvention[6] präzisiert.

Wie sich aus Artikel 7 des Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung ergibt, umfasst die Verpflichtung der Staaten dabei auch, die Bereiche der Bildung, Kultur und Information. Bildungsarbeit soll so ausgerichtet sein, dass sie zur Überwindung von rassistischen Vorurteilen in der Gesellschaft beiträgt.[7] Die aus den genannten Menschenrechtsverträgen abzuleitenden Verpflichtungen zur Menschenrechtsbildung sind geltendes Recht und sind sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich elementare Maßstäbe. Die verabredeten Bildungsziele waren also eine Reflektion und Reaktion auf die deutsche Barbarei bis 1945, im Sinne aufklärerischer Ideale.

Bildungsarbeit hat das Ziel, Menschen zu mündigen und vernunftgeleiteten Wesen zu befähigen. Außerdem soll sie Teilhabe vermitteln und das möglichst mit der Perspektive, Herrschafts- und Machtverhältnisse sowie eine Ungleichverteilung von Ressourcen zu thematisieren sowie ausgeschlossene und benachteiligte Positionen sichtbar zu machen. Menschen werden ermutigt und befähigt, ihre Rechte wahrzunehmen und an der Demokratie zu partizipieren, um die sie umgebende Lebenswelt entsprechend ihrer Bedürfnisse rational und vernünftig einzurichten.

Dabei ist es auch notwendig, über Strukturen und Aktivitäten aufzuklären, die dem entgegenwirken. Vor allem dann, wenn diese die Demokratie und die politische Willensbildung ihrer Subjekte in Frage stellen. Es ist insofern nicht nur legitim, sondern gar notwendig, sich öffentlich zu positionieren, um über rassistische, nationalistische, menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen aufzuklären. Dabei müssen auch Programme und Strategien von Parteien dargestellt und analysiert werden. Bildungsarbeit kann damit niemals neutral sein, will sie die Menschenrechte und die ihnen zugrundeliegenden Werte wirklich ernstnehmen.

Prof. Dr. Friedhelm Hufen[8] schreibt dazu: „Privaten Trägern kommen selbst Grundrechte zu, die nicht durch überzogene Neutralitätsanforderungen beeinträchtigt werden dürfen. Schon gar nicht dürfen sie bei Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu politischer „Selbstkasteiung“ und zum Maulkorb im Umgang mit extremistischen Gruppen und Parteien werden.“[9]

Fußnoten



1. AfD Fraktion Sachsen (2019) Sachsen gibt Millionen für Gehirnwäscheprogramm „Weltoffenes Sachsen“ aus *https:// afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitei lungen/sachsen-gibt-millionen-fuer-gehirnwaescheprogramm-weltoffenes-sachsen-aus.html* (verfügbar am 26.11.2019)
2. AfD-Fraktion (2019): Gesetzentwurf, Drucksache 6/17601, *https://afd-fraktion-sachsen.de/files/afd/fraktion-sachsen/Dokumente/Gesetzentwuerfe/6_Drs _17601_0_1_1_.pdf* (verfügbar am 26.11.2019)
3. Artikel 26 *https://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/aemr/text/artikel-26-aemr- recht-bildung-erziehungsziele-elternrecht* (verfügbar am 26.11.2019)
4. Artikel 13, *https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_de.pdf* (verfügbar am 26.11.2019)
5. Artikel 7, *https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_de.pdf* (verfügbar am 26.11.2019)
6. Artikel 29, *https://www.kinderrechtskonvention.info* (verfügbar am 26.11.2019)
7. Artikel 7, *https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/ Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_de.pdf,* (verfügbar am 26.11.2019)
8. Emeritierte Professor für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und ehemaliges Mitglied des Verfassungsgerichts-hofs Rheinland-Pfalz
9. Prof. Dr. Friedhelm Hufen (2019): Politische Jugendbildung und Neutralitätsgebot, *https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0034-1312-2018-2-216/politische-jugendbildung-und-neutralitaetsgebot-jahrgang-66-2018-heft-2?fbclid=IwAR2GESPhK7_0F8imITRqM7m pOkZ2c7bAUvqdzUKLPtQ6ubAeQ0qB2nS_8 WY* v(erfügbar am 28.11.2019)

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 30.10.20

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Essay: Atommüll – Wer ist verantwortlich?

fb Bei der Erzeugung von Elektrizität produzieren Atomkraftwerke auch langlebige radioaktive Abfälle, die für Millionen von Jahren ein Sicherheitsproblem darstellen. Wie umstritten die Nutzung der Atomenergie auch sein mag, Tatsache ist, dass nur die heutigen Generationen von der in diesen Anlagen erzeugten Energie profitieren, während spätere Generationen nur mit den potenziellen Risiken der Hinterlassenschaften dieser Technologie konfrontiert werden. Um die öffentliche Kritik an konkreten Endlagerungsvorschlägen abzulehnen, wird oft argumentiert, dass die Lösung der Atommüllprobleme in der Verantwortung unserer Generation läge. Und so argumentieren die Befürworter*innen der Atomindustrie, dass auch Kritiker*innen Lösungen anbieten müssten, wenn sie sich gegen Technologien zur Entsorgung radioaktiver Abfälle oder die Standortwahl für Endlager wenden. Es liegt je-

Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Wessen Müll?

Es ist schon erstaunlich. Da fahren Castoren – bezahlt von RWE oder E.on – nach Sellafield und werden entladen. Als Nächstes werden hochradioaktive Brennstäbe im tiefen blauen Wasser der Wiederaufbereitungsanlage aus den Castoren gehoben, später zersägt, aufgelöst und verglast. Und wie in einem magischen Akt, hinter dickem Bleiglas, verwandelt sich die nukleare Altlast der Konzerne in bundesdeutschen Müll, in „unseren Müll". Und nicht nur das: Alle, die schon gegen die Erzeugung dieser tödlichen Altlasten gestritten haben, sollen nun schweigen und im nationalen Kollektiv das Produkt privatwirtschaftlichen Handelns schultern. So überzeichnet diese Beschreibung der Vorgänge im Umfeld der anstehenden „(Rück)transporte" erscheint, der hier zu beobachtende Prozess der Sozialisierung von Kosten, also des Abwälzens der Folgen privatwirtschaftlichen Handelns auf die Allgemeinheit zieht sich durch alle Bereiche des Betriebs von Atomanlagen von der Kernforschung über den Uranabbau bis hin zur Entsorgung.

Subventionierung der Forschungskosten

Dass private Firmen mit vermeintlich billigem Atomstrom Gewinne machen, setzt zunächst voraus, dass die Allgemeinheit bereits Unsummen in Forschung und Infrastruktur investiert hat. Neben der Gründung zahlreicher staatlicher Kernforschungszentren (z.B. Geesthacht, Karlsruhe, Jülich) wurde bereits 1957 der EURATOM-Vertrag geschlossen, durch den der „Kernforschung" jährlich hunderte Millionen von Euro zufließen. Allein für die Jahre 2011-2012 standen nach Angaben der EU-Kommision Mittel in Höhe von insgesamt 2.200 Mio. Euro für die „Kernforschung" zur Verfügung.

Externalisierung von Anfang an

Die horrenden Kosten und Folgen des Betriebs von Atomanlagen werden nicht nur innerhalb unserer Gesellschaft sozialisiert. Sie treffen vor allem Menschen in anderen Gesellschaften und zukünftige Generationen. Weltweit betreiben nur 30 von 193 Ländern AKW, und nur rund die Hälfte dieser Länder betreibt mehr als fünf AKW – in der BRD sind es zurzeit sechs. Das Uran für den Betrieb dieser Atomanlagen stammt hingegen weitgehend aus Ländern und Regionen, die keine AKW besitzen (Namibia, Kasachstan, Australien, Niger...). So werden für den Betrieb eines AKW mit einer Leistung von 1.000 MW jährlich rund 30 Tonnen angereichertes Uran benötigt. Dieser vergleichsweise geringen Menge stehen etwa 100.000 t feste und 200.000 t flüssige Abfälle gegenüber, die bei der Gewinnung des Urans vor Ort anfallen.

Die dazu benötigten Wassermengen stellen gerade in den wüstenartigen Abbaugebieten, wie dem Niger, Namibia oder Australien ein großes ökologisches Problem dar. Rund 85% der ursprünglichen Radioaktivität verbleibt dabei in den Schlämmen und Absetzbecken (tailings). Dabei gibt es ähnlich wie bei der Endlagerproblematik auch für die „schadfreie Versiegelung" der Halden und Schlämme für viele tausend Jahre kein schlüssiges Konzept, das ein Ausgasen von Radon oder das Versickern und Verwehen anderer radioaktiver Substanzen verhindern würde. Daneben sind auch große Mengen Arsen, Blei und Quecksilber in den Schlämmen zu finden.

Die vorläufige Sanierung des Uranabbaus der ehemaligen DDR hat bis heute



bereits 7 Milliarden Euro gekostet. Ein Aufwand, der im Niger oder in Namibia schlichtweg finanziell nicht zu stemmen wäre. Kosten, die sich niemals angemessen im Uranpreis niederschlagen, sondern auf die Gesellschaften der Uranförderländer abgewälzt werden.

Sozialisierung der Kosten im Normalbetrieb

Nirgends werden die hohen Kosten für die Allgemeinheit momentan deutlicher als beim britischen AKW-Neubau Hinkley Point. Die EU-Kommission geht aktuell von Gesamtausgaben von unglaublichen 43 Milliarden Euro aus. Rentabel für die Betreiberfirmen ist das Kraftwerk nur, weil die britische Regierung ihnen Einspeisevergütungen garantiert, die dreimal so hoch wie der Marktpreis sind.

Hinzu kommen immense Kosten für eine umfangreiche Sicherheitsinfrastruktur wie bereits von Robert Jungk („Der Atomstaat") eindrucksvoll beschrieben, die der Staat den Betreibern zur Verfügung stellt, um die Atomanlagen zu schützen und den Widerstand gegen sie zu bekämpfen. Mit 33,5 Millionen Euro schlug alleine der Schutz des Castortransportes 2010 zu Buche. Aktuell lässt sich das Ausmaß einer solchen Infrastruktur eindrucksvoll anhand der Militarisierung der Region Bure zur Durchsetzung des dortigen Endlagerprojektes beobachten.

Sozialisierung im Falle des GAU

Am 26. März 1971 nahm der Block 1 des AKW Fukushima seinen kommerziellen Betrieb auf, und es fehlten nur wenige Tage bis zum 40. Jubiläum, als die Anlage am 11. März 2011 havarierte. Ohne den Super-GAU hätte die Betreibergesellschaft Tepco (Tokyo Electric Power Company) im Frühjahr 2011 guten Grund zum Feiern gehabt, denn vierzig Jahre produzierte diese Anlage neben Strom und Atommüll vor allem Gewinne für Japans größten Energieerzeuger.


Foto: Falk Beyer

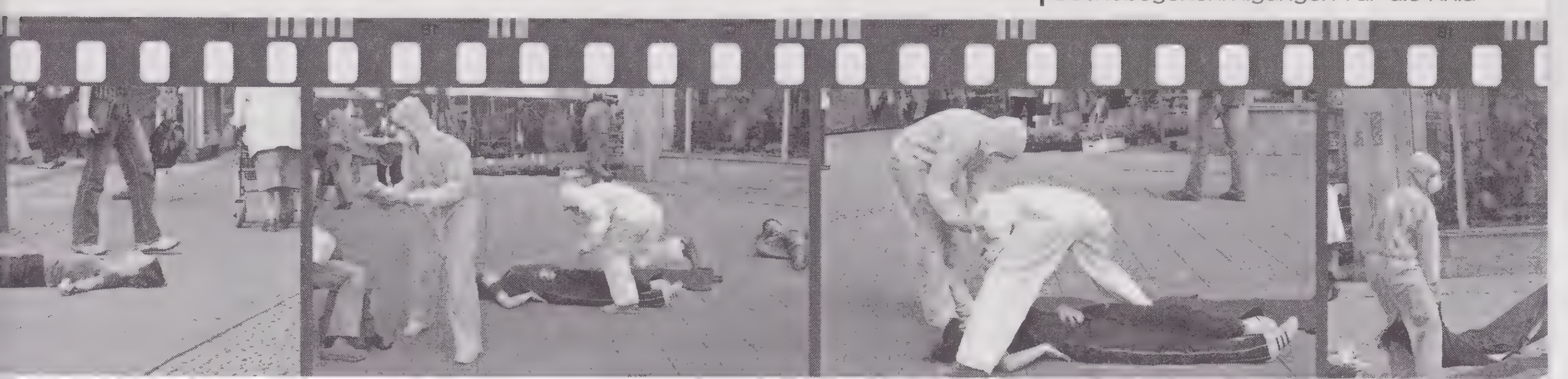
Gorleben-Castor 2010: Hochsicherheitsareal Verladekran – Absperrgitter und NATO-Draht sollen den Atommüll vor Protesten schützen.

Doch am 11.03.2011 endete abrupt die Zeit der Gewinne. Mit dem Mehrfach-Super-GAU trat ein Schadensereignis ein, das alle jemals realisierten Gewinne doch nicht in der Verantwortung der NGOs, Lösungen für die Entsorgung des Atommülls anzubieten, sondern in der Verantwortung der Atomindustrie und der Politiker*innen, die Entscheidungen zur Nutzung der Atomenergie getroffen oder Gewinne daraus erzielt haben.

NGOs sind nicht dafür verantwortlich, Lösungen für das Atommüllproblem zu liefern, weil sie es nicht verursacht haben, sondern sich gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen und die Problematik der Endlagerung betont hatten. Ganz im Gegenteil besteht ihre gesellschaftliche Funktion darin, auf Probleme hinzuweisen, die von der Politik angegangen werden müssen. Schon in der frühen Phase des Atomzeitalters hatte es Warnungen vor dem ungelösten Problem der radioaktiven Überreste gegeben[1]. Gemäß der Forscherin Christiane Frantz ist es Aufgabe der NGOs, Themen und Probleme anzusprechen, für die Lösungen gefunden werden müssen[2]. Weiter wird ihnen "die Aufgabe zugeschrieben, dysfunktionales staatliches Handeln oder Versäumnisse transparent zu machen. In diesem Fall stehen die NGOs anfänglich in Opposition zu staatlichen Akteuren, die sie kritisieren und Reaktionen auf Regelungsdefizite anmahnen"[3].

Tatsächlich ist die Atomindustrie für die radioaktive Hinterlassenschaft verantwortlich, denn sie erhielt vom Staat Subventionen in Milliardenhöhe und erntete Gewinne aus der Stromerzeugung auf der Basis von Atomenergie. Allein in Deutschland erhielt die Atomindustrie zwischen 1970 und 2012 Subventionen in Höhe von insgesamt 213,2 Milliarden Euro[4]. Die tatsächlichen Zahlen über die Gewinne der Atomfirmen sind schwer zugänglich, aber auf der Grundlage einer Studie im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung der Reaktoren in Deutschland im Jahr 2010 ist es möglich,[5] die durchschnittlichen jährlichen Gewinne nach Steuern auf rund 205 Millionen Euro pro Reaktor zu schätzen[6].

Der Einstieg in die Nutzung der Atomenergie war eine strategische Entschreidung der Regierungen und die Betriebsgenehmigungen für die Anla-



gen wurden von den Behörden erteilt, so dass der Staat für die Entsorgung des Atommülls zuständig ist. Die Einführung der Atomenergie in der BRD sei "wie in den USA" nicht von marktwirtschaftlichen Überlegungen beseelt, sondern "das Ergebnis politischer Entscheidungen, die die Etablierung eines institutionell günstigen Rahmens für die Genese einer Kernenergieindustrie zum Ziel hatten"[7]. Auch das deutsche Atomgesetz von 1985 bestimmte in § 9a (3) die Zuständigkeit des Bundes für die Bereitstellung von Endlagern zur Sicherung und Endlagerung radioaktiver Abfälle[8].

Politik und Wirtschaft haben die Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung vorbereitet und gewinnbringend genutzt, so dass sie für die Lösung der durch dieses Gesetz verursachten Probleme verantwortlich sind; eine Haftung ist ebenfalls gesetzlich festgelegt. NGOs hingegen kritisierten die Atomenergieerzeugung und warnten vor den Folgen, die sich aus ihrer Funktion in der Gesellschaft ergeben, weshalb ihnen nicht die Verantwortung für die Auflösung der Unmöglichkeit einer Millionen Jahre sicheren Endlagerung zugeschoben werden kann. Zudem verfügen NGOs nicht über vergleichbare finanzielle und personelle Ressourcen wie Atomkonzerne oder der Staat, so dass von ihnen nicht erwartet werden kann, dass sie die gleichen Anstrengungen vornehmen, zu denen die Profiteure des Atomzeitalters in der Lage sind.

Fußnoten

1 - Müller, Michael/Voges, Jürgen (2016): „Die Notwendigkeit, neu zu denken. Der Atommüll ist nicht nur eine technische Herausforderung", in Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Problemfalle Endlager, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 55–76 (Seite 58)

2 - Frantz, Christiane (2014): „Nichtregierungsorganisationen als Interessenvertreter und Politikvermittler in einer transnationalen Öffentlichkeit", in Schmitt, Caroline/Vonderau, Asta: Transnationalität und Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Perspektiven, Transcript Verlag, 233–259 (Seite 240)

3 - zitiert nach Frantz, Christiane/ Zimmer, Annette (Hrsg.) (2002): Zivilgesell-

Tepcos in den Schatten stellte. Im Gegensatz zu den Gewinnen, die Tepco immer zu Gunsten der Aktionäre zu nutzen wusste, treffen die Schäden nun vor allem die Allgemeinheit.

Da sind zum einen die rund 200.000 Menschen, die ihr Zuhause, ihren Lebensmittelpunkt und den größten Teil ihrer ökonomischen Basis verloren haben. Da sind zum anderen die Tausende von Helfer*innen von Armee, Katastrophenschutz und Feuerwehr, die nun die Folgen des Super-GAU begrenzen sollen. Und da ist nicht zuletzt der japanische Staat, der Tepco zumindest in Teilen verstaatlicht hat, um die Situation in den Griff zu bekommen. Im Gegensatz zu den Gewinnen, die über vierzig Jahre privatisiert wurden, werden die Kosten nun der Allgemeinheit aufgenötigt.

Externalisierung in der Zeit

Neben der Belastung anderer Gesellschaften wie beim Uranabbau, führt der Betrieb von Atomanlagen auch zu einer Belastung zukünftiger Generationen. Ohne in den „Genuss" des Atomstroms zu kommen, wird es einen enormen Aufwand für zukünftige Generationen bedeuten, den strahlenden Müll zu bewachen und, wenn nötig, umzubetten, sollten sich die aktuellen „Endlagerkonzepte" als unzureichend erweisen.

Dass diese Problematik keinesfalls hypothetisch ist, zeigen die Vorgänge in der Asse. Kaum jemand, der die Einlagerung dort in den 60er und 70er Jahren entschieden und betrieben hat, ist heute noch am Leben. Und obwohl die meisten heute in der BRD Lebenden keinen „Vorteil" in Form eines Stromkonsums durch die dort lagernden 126.000 Fässer Atommüll hatten, werden wir doch die mindestens 2 Milliarden teure Rückholung und Umbettung des Mülls bezahlen müssen.

Die Externalisierung von Folgen und Kosten in der Zeit findet aber nicht nur im Bereich der Atomkraft, sondern auch fast deckungsgleich bei anderen Energieträgern wie z.B. bei Öl oder Kohle (CO_2) statt. Auch die Folgen des sich durch den CO_2-Ausstoß in Zukunft drastisch ändernden Klimas wird die Gesellschaften im Süden, vor allem aber zukünftige Generationen wesentlich heftiger treffen als jene, die mit der Ölförderung ihr Geld gemacht haben. Im besten Fall wird dies bedeuten, sich auf immer häufigere Extremwetterlagen einstellen zu müssen. Viele werden aber ihren Wohnort und ihr soziales Umfeld verlassen müssen, um unter schlechteren Bedingungen eine Zukunftsperspektive im Norden zu suchen.

Sozialisierung des Risikos: Zwischen- und Endlagerung

Doch nicht nur die Fässer in der Asse sind mittlerweile im Besitz der Allgemeinheit. Seit 2017 wurde die gesamte Zwischen- und „End"lagerung auf den Bund übertragen. Die EVU waren dabei bereit, den nicht unerheblichen Betrag von rund 23 Milliarden Euro in einen Fonds zu zahlen. Trotz dieses hohen Betrages reagierten die Aktienkurse sofort positiv, denn was schwerer als die vielen Milliarden wog, waren die Unsicherheiten, die Risiken der sogenannten Ewigkeitskosten, die in den nuklearen Hinterlassenschaften stecken.

Bislang wurden weit über 1 Milliarde Euro im Salzstock Gorleben vergraben; was aus den Endlagern Morsleben, Asse und Konrad wird, ist kaum absehbar. Mittlerweile stehen Pläne im Raum für ein weiteres Mega-Zwischenlager, das als „Eingangslager" für den Schacht Konrad dienen soll. Wie aufwendig die Errichtung eines Lagers nach den Maßgaben des aktuellen Suchprozesses aussehen wird, zeichnet sich ebenfalls noch nicht ab. Diese Unsicherheiten, belasteten über viele Jahre die Bilanzen der Konzerne – seit 2017 sind sie diese Sorge los. Für sie hat die sprichwörtliche „Ent-Sorgung" des Atommülls für



einen erheblichen, aber überschaubaren Betrag funktioniert. Der Allgemeinheit werden sie als Ewigkeitslasten noch lange Sorgen bereiten.

Unser Müll? In nationaler Verantwortung?

Das Abwälzen von Kosten stellt also beim Betrieb von Atomanlagen keinen Sonderfall dar, es ist der Normalzustand. Dass die Kosten und die Verantwortung für die Castor-Transporte sozialisiert werden, ist daher nur konsequent. Doch jede halbwegs kritische Person sollte sich die Frage stellen, ob sie sich von diesem allzu offensichtlichen Trick hinters Licht führen lassen will.

Anlässlich des anstehenden Castor-Transportes aus Frankreich fasste Markus Pflüger (Saarbrücken) 1999 in der aaa 101-102 die Gründe, sich nicht vom Argument nationaler Verantwortung abhalten zu lassen, wie folgt zusammen:

• Alle Transporte gewährleisten den Weiterbetrieb von Atomanlagen und lassen damit auch weiteren Atommüll entstehen. [in diesem Fall der Anlagen in Sellafield, AAB 2020]

• Seit 25 Jahren kämpfen wir gegen die Produktion dieses Atommülls!

• Es ist nicht „unser Müll", es ist privater Müll von RWE, Siemens etc. – nur die Gefährdung, die Schäden und die Kosten treffen uns alle!

• Wenn die „Verstopfungsstrategie" Erfolg hat, gibt es keine Wiederaufarbeitung mehr, welche insbesondere die Umgebungen der WAAs, aber auch global, verstrahlt und verseucht. – Durch den Widerstand gegen die WAA-Transporte wurden diese eingestellt.

• „Unser Müll"? Seit wann gehören wir zu den internationalen profitorientierten Großkonzernen, die rücksichtslos auf unsere Kosten AKWs betreiben?

• Der Atommüll wurde von privatwirtschaftlichen, zum Teil multinationalen Unternehmen gegen unseren Willen produziert. Französische sowie englische Unternehmen verdienen sehr gut an der Wiederaufarbeitung dieses Mülls. Die französische Cogema drohte sogar mit Klagen gegen deutsche AKW-Betreiber, falls der vertraglich vereinbarte Atommüll nicht rechtzeitig eintrifft.

• Innerhalb Europas fallen die Grenzen, wir Europäer wachsen zusammen, heißt es – während die „Festung Europa" vor allem gegen Flüchtlinge ausgebaut wird. Wenn es den Atominteressen nützt, sind die innereuropäischen Grenzen plötzlich wieder wichtig. Die Grenzen werden also gezogen wie es das Kapital und der Profit benötigen! Radioaktivität kennt aber keine Grenzen...

• Castor-Blockaden sind Widerstand gegen die unsinnige europaweite Verschiebung von Atommüll, es gibt keinen nationalen Müll! „Wiederaufarbeitung" und „sichere Endlagerung" sind Illusionen! La Hague und Sellafield sind ungeeignet und gefährlich - Gorleben und Ahaus sind ungeeignet und gefährlich - die Transporte sind ungeeignet und gefährlich! Die Atomindustrie ist dafür verantwortlich (nicht die Deutschen, die Engländer oder die Franzosen), die Allgemeinheit ist nicht verantwortlich, sie ist höchstens leidtragend und muss für die Kosten aufkommen. Deswegen muss die internationale Atomindustrie gemeinsam bekämpft werden.

Dem bleibt auch 22 Jahre danach nichts hinzuzufügen.

Anti Atom Büro Hamburg



Erläuterungen finden sich in der Onlinefassung des Artikels auf der Internetseite des grünen blatts.

schaft international. Alte und neue NGOs, Opladen: Leske+Budrich (Seite 60)

4 - Küchler, Swantje/Meyer, Bettina (2012): Was Strom wirklich kostet. Vergleich der staatlichen Förderungen und gesamtgesellschaftlichen Kosten konventioneller und erneuerbarer Energien, Berlin: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (Seiten 8, 14)

5 - Die von der Regierung 2010 bestätigte Laufzeitverlängerung für deutsche Kernreaktoren hätte bei einer durchschnittlichen Betriebsdauer von 12 Jahren für 17 Reaktoren auf der Basis von Kosten und Steuern des Jahres 2010 für die Betreiber rund 42 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne generiert - etwa 205 Millionen Euro pro Jahr und Reaktor (Gewinn nach Steuern).

6 - Matthes, Felix Chr. (2010): Auswertungsaktualisierung des am 5. September 2010 ausgehandelten Modells für die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke, Berlin: Öko-Institut e.V. (Seite 20)

7 - zitiert nach Knollmann, David (2018): Gescheiterte Kernenergiepolitik, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG (Seite 98)

8 - Bundesgesetzblatt (1985): Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz), Deutscher Bundestag (Seite 1570)



Neues aus Großbritannien

NukeNews Hitachi hat den AKW-Neubau Wylfa in Wales abgesagt, Toshiba machte das gleiche mit Moorside bei Sellafield und Mitsubishi hat einen geplanten Reaktor in der Türkei aufgegeben, so dass wir das Gefühl haben zu siegen. Einzig der chinesische und französische Staat wollen derzeit in Großbritannien weiterbauen. Doch nach der britischen Drohung einen Flugzeugträger ins Südchinesische Meer zu senden und der Huawei-Paranoia könnte China auch bald aussteigen. Der französische AKW-Hersteller EDF muss alle Schweißnähte in Flamanville neu machen, was mindestens zwei Jahre dauern wird, so dass sogar das AKW-Projekt Hinkley Point sich Problemen gegenüber sieht. Flamanville bis 2020 in Betrieb zu nehmen, ist eine der Voraussetzungen zur Inanspruchnahme der Kreditgarantie der britischen Regierung für Hinkley.

Thorium - Brenn Kern

Thorium wird aktuell von manchen Atomkraftbefürworter*innen als bessere Alternative zum Uranbrennstoff bezeichnet. Thorium selbst ist aber kein Spaltstoff, sondern kann nur über Brüter- und Wiederaufarbeitungtechnologie in spaltbares Uran-233 umgewandelt werden. Es kommt 3- bis 4-mal häufiger vor als Uran. Bezüglich Sicherheit und Entsorgung sind keine durchgreifenden Vorteile gegenüber dem klassischen Uranbrennstoff erkennbar. Ein schwerwiegender Nachteil liegt darin, dass aus Thorium erbrütetes Uran-233 zum Bau von einfachen, aber hochwirksamen, Nuklearsprengsätzen zum Beispiel durch Terrororganisationen taugt. Die aktuell noch vielfach angestrebte Thoriumverwendung ohne wirksame Denaturierung des erbrüteten Spaltstoffs erscheint daher unverantwortlich.

Einleitung

Thorium (*Th*) ist ein Schwermetall der Ordnungszahl 90 (*Uran: 92*). Es zählt zu den Aktinoiden, kommt etwa 3- bis 4-mal häufiger vor als Uran und ist radioaktiv. Technische Anwendungen hat es bisher kaum gefunden. Eine Besonderheit ist die sehr harte (durchdringende) Gammastrahlung aus seiner Zerfallsreihe. Thorium wird seit circa 10 Jahren von einer weltweit aktiven Gruppe von Atomkraftbefürworter*innen als Brennstoff für eine sichere und kostengünstige AKW-Technik ohne größere Entsorgungs- und Proliferationsprobleme empfohlen. Dieser Anspruch soll hier einem wissenschaftlichen Faktencheck unterworfen werden. Dazu werden die Behauptungen der Thoriumbefürworter*innen sukzessive geprüft.

Behauptung 1: Mit Thoriumnutzung lassen sich die nuklearen Brennstoffreserven um den Faktor 400 strecken

Thorium selbst ist kein Spaltstoff. Es kann in Brüterreaktoren aber in spaltbares Uran-233 (*U-233*) umgewandelt werden, ähnlich wie das nicht spaltbare U-238 in einem Brüterreaktor in spaltbares Plutonium umgewandelt werden kann. Thoriumnutzung setzt also Brüter- und Wiederaufarbeitungstechnologie voraus. Da letztere aus verschiedenen Gründen fast weltweit in Verruf geraten ist, könnte es sein, dass der noch unverbrauchte Begriff Thorium hier genutzt wird, um einen beabsichtigten Wiedereinstieg in diese problematischen Technologien zu verschleiern.

Nun zum Faktor 400: Dieser vergleicht Urannutzung in klassischen Leichtwasserreaktoren (*LWR*) mit Thoriumeinsatz in Brüterreaktoren. Ein Faktor von circa 100 geht dabei auf die Brüterverwendung zurück, und wäre im weiter entwickelten Uran/Plutonium-Kreislauf ebenfalls zu erreichen; nur ein Faktor von 3 bis 4 ist spezifisch für Thorium, weil es eben um diesen Faktor häufiger vorkommt als Uran.

Behauptung 2: Thorium kam bei der Atomenergieentwicklung nicht zum Zuge, weil es nicht zur militärischen Nutzung taugt

Zu Beginn der Atomenergieentwicklung in den USA (1944 bis Anfang der 1950er Jahre) war die Anreiche-



stoff für eine bessere technik?

rungstechnologie noch sehr wenig entwickelt. Besser entwickelt waren demgegenüber graphitmoderierte Reaktoren, die Natururan verwenden konnten und Plutonium erbrüteten. Zur Thoriumnutzung wäre als Spaltstoff zwingend angereichertes Uran oder eventuell Plutonium erforderlich gewesen. Beide Wege der Thoriumnutzung wurden anfänglich nicht gewählt, da sie die insgesamt noch geringe Gesamtkapazität der militärischen Spaltstofferzeugung zwangsläufig gedrosselt hätten.

Erst als die US-Anreicherungsanlagen Anfang der 1950er Jahre hinreichende Mengen an angereichertem Uran lieferten, begann der militärische und später auch zivile Einstieg in die Thoriumtechnologie: 1955 wurde eine überwiegend auf U-233 aus Thorium basierende Bombe gezündet und es wurde eine strategische U-233-Reserve von gut 2 Tonnen angelegt. Der große Vorsprung der Plutoniumbombe war zu diesem Zeitpunkt aber nicht mehr einzuholen, und Plutonium blieb weltweit der führende militärische Spaltstoff. Zum Abschluss der militärischen Untersuchungen zur Thoriumnutzung wurde aus Sicht der US-Kernwaffennutzung dokumentiert, dass U-233 zwar ein hochpotentes Kernwaffenmaterial sei, aber kaum Vorteile gegenüber dem etablierten Plutonium böte. Da die LEU-Leichtwasserreaktoren schon zu weit entwickelt waren, blieb auch in der zivilen Kerntechnik der Thoriumeinsatz eine Nischenanwendung – etwa im kurz betriebenen deutschen „Thoriumreaktor" THTR-300 in Hamm, der aber de facto ein Uranreaktor war, da der auf Thorium zurückgehende Anteil an der Energieerzeugung 25 Prozent nicht überstieg.

Behauptung 3: Thoriumverwendung birgt kaum Proliferationsgefahren

Die Problematik der Proliferation bei Th-/U-233 bedarf einer differenzierten Analyse, pauschale Antwortversuche führen in die Irre. Daher sei zuerst die Waffentauglichkeit von U-233 untersucht. Als Kriterien für eine gute Waffentauglichkeit gelten eine niedrige kritische Masse sowie eine niedrige Spontanspaltungsrate. Die kritische Masse von U-233 beträgt nur 40 Prozent derjenigen von U-235, bei Plutonium-239 (*Pu-239*) ist die kritische Masse circa 15 Prozent kleiner als beim U-233. Für einen einfach zu bauenden nuklearen Sprengsatz werden etwa 20 bis 25 Kilogramm U-233 benötigt. Die Spontanspaltungsrate ist wichtig, weil die durch Spontanspaltung erzeugten Neutronen als Starter der Kettenreaktion wirken; zur effizienten nuklearen Explosion muss der Spaltstoff aber mindestens eine Kritikalität von circa 2,5 haben. Kommt es bereits während der konventionellen Bombenzündung in der Kritikalitätsphase zwischen 1 und 2,5 zu einer merklichen Kettenreaktion aufgrund von Spontanspaltungen, könnte das zu unerwünschten schwachen nuklearen Explosionen führen, welche die Überkritikalität beenden, bevor ein nennenswerter Anteil des Spaltstoffs reagiert hat. Das hängt wesentlich auch davon ab, wie schnell die Kritikalitätsphase von 1 bis 2,5 durchschritten wird. Waffenplutonium (*überwiegend Pu-239*) und vor allem Reaktorplutonium haben – anders als die genannten Uranspalt-

Anti-Atomwoche in Bure

ik Eigentlich war für den Zeitraum vom 20.-26. April im französischen Bure eine Anti-Atomwoche geplant. Wegen der Einschränkungen im Rahmen der Coronapandemie wurde die Veranstaltung mehrmals verschoben. Die Veranstaltung soll nun vom 5. bis 11. Oktober 2020 stattfinden. Das ursprüngliche Programm sieht Gespräche, Workshops, Vorträge und Austausch über die Geschichte der Anti-Atom-Kämpfe und vor allem über die Praktiken des Widerstands vor. Thematisch sollte es um die Widerstände gegen den Bau von Atomkraftwerken in den 70ern und 80ern, gegen die französische Atommüllbehörde ANDRA und die radioaktiven Abfälle und gegen Castor-Transporte gehen und um die Kämpfe der Arbeiter*innen in Atomkraftwerken. Außerdem bietet das geplante Endlager neben Bure (Cigéo) Anlass, sich über den aktuellen Stand zu informieren.

Weitere Informationen über die Veranstaltung und über Cigéo:

https://bureburebure.info/anti-atomwoche-veranstaltung-verschoben/
https://bureburebure.info/was-passiert-in-bure/





stoffe – eine vergleichsweise hohe Spontanspaltungsrate, was ihre Verwendung in einfach zu bauenden Bomben ausschließt.

Ein Nachteil von U-233 in der Waffentechnik liegt darin, dass es – wenn es ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Energieerzeugung produziert wird – mit maximal 250 ppm an U-232 (Halbwertszeit 70 Jahre) kontaminiert ist. Das beeinträchtigt die Explosionsfähigkeit zwar nicht, aber die Uran-232-Zerfallsreihe geht in die eingangs erwähnte Thorium-Zerfallsreihe mit dem hart strahlenden Tl-208 über. Eine stark strahlende Bombe ist natürlich – aus Handhabungsgründen und weil die Strahlung die Bombenelektronik stört – im militärischen Umfeld unerwünscht. In den USA gilt eine Grenze von 50 ppm U-232, ab der U-233 als nicht mehr waffentauglich gilt. Trotzdem resultiert aus U-232 keine wirkliche Entlastung der Proliferationsproblematik beim U-233. Zum einen benötigen simple Gun-Anordnungen keinerlei Elektronik; weiterhin dürften Strahlenschutzgesichtspunkte beim Bombenbau durch Terrororganisationen, welche Selbstmordattentäter einsetzen, kaum eine Rolle spielen. Außerdem entsteht der harte Strahler Tl-208 erst am Ende der Zerfallsreihe von U-232. Frisch hergestelltes oder gereinigtes U-233/U-232 strahlt daher für einige Wochen nur wenig und ist leichter handhabbar. Zum anderen lässt sich die Bildung von Uran-232 weitgehend unterdrücken, wenn man beim Erbrüten von U-233 Neutronen mit Energien größer 0,5 MeV ausblendet und Thorium aus Erzen verwendet, die möglichst wenig Uran enthalten. Eine besonders elegante Möglichkeit zur Gewinnung von hochreinem U-233 stellen angedachte Flüssigsalzreaktoren mit integrierter Wiederaufarbeitung dar. Beim Erbrüten von U-233 aus Thorium entsteht nämlich als Zwischenprodukt Protactinium (*Pa-233*) mit einer Halbwertszeit von circa 1 Monat. Isoliert man – wie in Flüssigsalzreaktoren beabsichtigt – dieses Zwischenprodukt und lässt es außerhalb des Reaktors zerfallen, erhält man ein optimal für Atomwaffen geeignetes U-233.

Ein Vorteil von U-233 gegenüber Pu-239 hinsichtlich militärischer Anwendung liegt darin, dass es viel weniger dazu neigt, bei Neutronenbestrahlung während der Herstellung im Reaktor in unerwünschte, die Explosionsfähigkeit beeinträchtigende, Nuklide überzugehen. U-233 lässt sich (*wie U-235*) durch Zumischen von U-238 relativ leicht waffenuntauglich machen: Mischt man dem Thorium bereits bei der Zugabe in den Reaktor abgereichertes Uran zu, erhält man bei der Entnahme ein kaum noch waffenfähiges Nuklidgemisch. In Flüssigsalzreaktoren mit integrierter Wiederaufarbeitung ist das allein allerdings nicht ausreichend wirksam, hier muss zusätzlich auf die Abtrennung von Protactinium-233 (*Pa-233*) verzichtet werden.

Als Fazit ist festzuhalten, dass die Nutzung von Thorium gravierende Proliferationsgefahren mit sich bringt. Diese liegen allerdings weniger darin, dass es für hochentwickelte Staaten damit leichter würde, in den Besitz von High-Tech-Atomwaffen zu gelangen, als vielmehr darin, dass die Hürde zum Bau einfacher, aber hochwirksamer nuklearer Sprengsätze für Terrororganisationen oder instabile Staaten enorm gesenkt wird.

Behauptung 4: Thoriumreaktoren sind sicherer als konventionelle Uranreaktoren

Die Spaltung von U-233 ergibt etwa die gleiche Menge der sicherheitsdominierenden Nuklide (*Jod-131, Cäsium-137, Strontium-90*) wie die U-235-Spaltung. Auch die Nachzerfallswärme unterscheidet sich praktisch nicht. Die Unterschiede bei den gebildeten Aktinoiden (*s. nächste Behauptung*) sind für das Risiko im AKW-Betrieb/Störfall von untergeordneter Bedeutung. Von daher sind keine sicherheitstechnischen Vorteile für eine Thoriumnutzung zu erkennen. Von größerer sicherheitstechnischer Bedeutung ist, dass die U-233-Spaltung um 60 Prozent weniger sogenannte verzögerte Neutronen liefert als die U-235-Spaltung. Nur aufgrund der Existenz von verzögerten Neutronen ist ein AKW überhaupt regelbar und je größer ihr Anteil ist, umso größer ist auch der Kritikalitätsbereich, in dem eine Regelbarkeit gegeben ist (*man spricht von verzögert überkritisch*). Oberhalb dieses Regelbereichs (*prompt überkritisch*) kommt es zum nuklearen Durchgehen des Reaktors, wie in Tschernobyl geschehen. Das Faktum, dass der verzögert überkritische Bereich bei U-233 deutlich kleiner ist als bei U-235, muss als wichtiger sicherheitstechnischer Nachteil der Thoriumnutzung gewertet werden.

Bei der Auslegung von thermischen Flüssigsalzreaktoren (*Brütern*) stellte man fest, dass sich bei Thoriumverwendung Probleme mit der Kritikalitätssicherheit ergeben, welche die klassische Urannutzung in diesen Reaktoren nicht mit sich bringt. Für Thoriumnutzung in Flüssigsalzreaktoren musste man deshalb auf schnelle Reaktoren ausweichen. Das lässt sich zwar nicht verallgemeinern, zeigt aber, dass Thoriumnutzung zusätzliche größere Sicherheitsprobleme haben kann.

Als gravierendes Sicherheitsmanko der Thoriumnutzung ist auch die eingangs schon erwähnte Notwendigkeit zum Einstieg in Brüter- und Wiederaufarbeitungstechnologie anzusehen. Thorium wird häufig in Verbindung mit sogenannten fortgeschrittenen Reaktoren (*Generation IV*) beworben. Die dabei dem Thorium zugeschriebenen vorteilhaften Sicherheitseigenschaften sind in der Regel nicht



Thorium-spezifisch, sondern eine Eigenschaft des Reaktorkonzeptes. Ob diese fortgeschrittenen Reaktorkonzepte in einer Gesamtsicht wirklich einen Sicherheitsgewinn bringen, soll in einem späteren Artikel separat untersucht werden.

Behauptung 5: Thoriumnutzung bringt kaum Entsorgungsprobleme mit sich

Thoriumnutzung erzeugt praktisch die gleichen Spaltprodukte wie klassische Urannutzung. Das gilt auch für die bei der Langzeitendlagerung wichtigen langlebigen Spaltprodukte, die in einem früheren Artikel behandelt wurden. Diese mobilen Spaltprodukte bestimmen das Risiko eines Endlagers, wenn Wassereinbruch als dominierender Störfall angesetzt wird. Damit ergeben sich also keine Verbesserungen bezüglich Entsorgung. Die Argumente der Thoriumbefürworter*innen zielen darauf ab, dass bei Thoriumnutzung keine Minoren Aktinoide (*MA*) und kein Plutonium entstehen. Sie argumentieren, diese Nuklide seien hochtoxisch (*was hinsichtlich Inkorporation korrekt ist*) und vergleichen nur die reine Toxizität durch Inkorporation für Thorium- und Urannutzung, ohne zu berücksichtigen, dass die Aktinoide im Endlager kaum beweglich sind. Auch entstehen bei Thoriumnutzung zwar keine MA, aber andere langlebige Aktinoide, vor allem Protactinium-231 (*Pa-231; Halbwertszeit 33.000 Jahre*), mit ähnlichen Eigenschaften wie MA. Doch ist bei Thoriumnutzung von Vorteil, dass die Menge der entstehenden langlebigen Aktinoide um etwa einen Faktor 5 kleiner ist als die der MA bei Urannutzung. Andererseits: U-233 im Abfall ist keineswegs unproblematisch. Zu seiner dem Plutonium vergleichbaren Toxizität und seiner langen Halbwertszeit (*160.000 Jahre*) kommt erschwerend hinzu, dass sein Zerfallsprodukt Th-229 (*Halbwertszeit 8.000 Jahre*) ein recht starker Gammastrahler (*neben Alphastrahlung*) ist. Die maximale Konzentration an Th-229 im Endlager würde erst nach etwa 100.000 Jahren erreicht.

Insgesamt betrachtet könnte sich im Aktinoidenbereich ein begrenzter Entsorgungsvorteil für die Thoriumnutzung ergeben, aber nicht hinsichtlich der sicherheitsdominierenden langlebigen Spaltprodukte. Von daher ist das Argument, Thoriumnutzung erleichtere die Entsorgung deutlich, nicht nachvollziehbar. Ein geologisches Endlager wird weiter benötigt.

Fazit

Die von den Thoriumbefürworter*innen benannten Argumente für einen Umstieg vom Uran auf Thorium erweisen sich bei detaillierter Betrachtung als nicht ausreichend stichhaltig: Eine auf Thorium basierende Kerntechnik würde keines der bekannten Probleme der aktuellen Kerntechnik lösen können, aber erforderte einen enormen Entwicklungsaufwand und erzwänge den Einstieg in Brüter- und Wiederaufarbeitungstechnologie. Von daher erweist sich die Thoriumtechnologie als Sackgasse.

Schwerwiegend an der Thoriumnutzung erscheint mir der Proliferationsaspekt: Hier kommt es zu einer gravierenden Verschlechterung der aktuellen Situation, da die Hürden zum Bau wirksamer nuklearer Sprengsätze etwa durch Terrororganisationen ganz erheblich gesenkt werden. Diesem Aspekt muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zwar ist zu hoffen, dass IAEA, USA und Russland, deren jahrzehntelange Bemühungen um HEU-Rücknahme durch die Thoriumtechnologie ja konterkariert würden, deren unkontrollierter Ausbreitung Widerstand entgegensetzen würden; andererseits ist der Thoriumhype teilweise durch von Halbwissen getragenen Fanatismus geprägt, was im populistischen Gesamtumfeld zu unkalkulierbaren Entwicklungen führen kann. Mir scheint es daher wichtig, dass Umwelt- und Friedensbewegung gemeinsam darauf drängen, dass eine Thoriumtechnologie ohne ausreichende Proliferationssicherheit international ähnlich geächtet wird, wie aktuell schon die HEU-Verwendung. Als Minimalforderung bedeutet das, dass es keine Thoriumtechnologie ohne U-233-Denaturierung mit U-238 und ohne Verzicht auf Online-Wiederaufarbeitung in Flüssigsalzreaktoren geben darf.

Dr. Rainer Moormann

Dieser Artikel ist ein Nachdruck aus Strahlentelex Nr. 746-747 / 02.2018.

Tieferführende Anmerkungen, Referenzangaben und einen Anhang zu den internationalen Entwicklungen bei der Thoriumtechnologie finden sich in der Onlinefassung des Artikels auf der Internetseite des grünen blatts.



Klimaschutz mit Atomkraft ist von gestern

Mit Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 verlor Atomkraft ihren strahlenden Nimbus. Das nicht mehr zu negierende „Restrisiko“ machte sie grau und hässlich, den Atomlobbyisten gingen die Werbeworte aus. Die Erneuerbaren Energien begannen ihren weltweiten Siegeszug. Die Klimakrise allerdings wurde lange - zu lange - verdrängt. Nun lässt sie sich nicht mehr ignorieren. Der größte Klimakiller Kohle muss so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Und Atomlobbyisten wittern Morgenluft, ihren Restposten wieder vermarkten zu können.

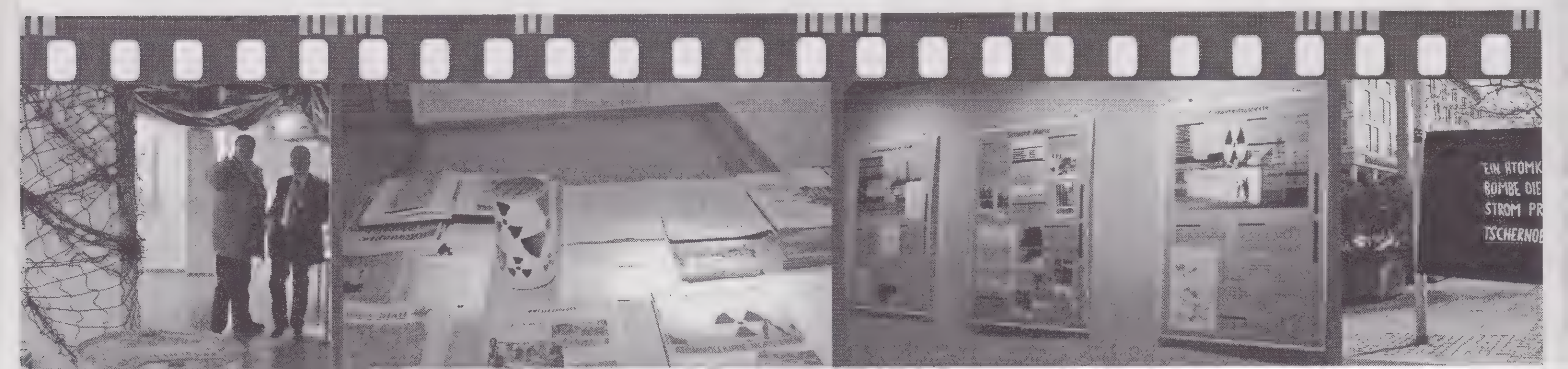
Für die europäischen Atomwaffenstaaten Frankreich und Großbritannien kommt aus eigenen Gründen der Atomausstieg vorerst nicht in Frage. Ohne sich von den nahezu grenzenlosen Baukosten, Bauzeiten und Sicherheitsmängeln europäischer Neubauprojekte in Flammanville, Olkiluoto und Hinkley Point beeindrucken zu lassen, planen sie neben Laufzeitverlängerungen ihrer Altreaktoren weitere Neubauten und wollen glauben, dass die dann besser und billiger seien. Vor dem Versagen der europäischen Atomindustrie bei den heutigen Reaktorprojekten fest die Augen verschließend, lassen sich auch osteuropäische Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien von den Versprechungen der Atomlobby in die Sackgasse atomarer Stromerzeugung locken. Wie schon immer bei jeder Baulinie versprochen, sollen neue Reaktorlinien sicher sein, dazu billig und flexibel einsetzbar. Die versprochenen Eigenschaften sind zum Teil neu, die Argumentationsmuster sind die alten.

Deutschland leistet der argumentativen Renaissance der Atomkraft Vorschub, wenn das Reißen der eigenen Klimaziele mit der Gleichzeitigkeit von Atom- und Kohleausstieg begründet wird. Die Botschaft an andere Länder: Entscheidet euch zwischen Atomkraft und Kohle. Kohlekraft kann mindestens innerhalb der EU angesichts neuer ehrgeiziger CO_2-Reduktionsziele und Strafzahlungen bei deren Verfehlung teuer werden - Atomkraft scheint dagegen billig, da Rückbau- und Endlagerkosten in den meisten Ländern noch verdrängt werden und das Risiko eines GAUs im eigenen Land immer als beherrschbar eingeschätzt wird.

Auf EU-Ebene versuchen die sich für Atomkraft entscheidenden Länder zudem, finanzielle Vorteile für die Atomkraft auszuhandeln. Tatsächlich haben sie erreicht, Atomkraft in der europäischen Verordnung zur Nachhaltigkeitstaxonomie anders als Kohlekraft als nachhaltig durchgehen zu lassen, trotz des gleichzeitig anerkannten umweltschädigenden Charakters des Atommülls.

Das Wiedererstarken der atomaren Illusion ist ein augenfälliges Beispiel für das kurzfristige, eben gerade nicht nachhaltige Denken, auch in der Politik. Anstatt endlich entschlossen die Energie-





wende hin zu einem stark dezentral organisierten, angebotsorientierten Energiesystem anzugehen, wird aus Angst vor einem echten Umbau im alten, auf Grundlast basierenden System verharrt: Geraten Kohlekraftwerke in Misskredit, werden Atomkraftwerke eben wieder schick. Risiken werden ausgeblendet, Folgekosten in die Zukunft verschoben.

Und die Lobby arbeitet an der Illusion. Inhärente Sicherheit und Lösung des Atommüllproblems werden in einer wilden Mischung aus halbgaren Forschungsprojekten, Visionen und Fake News in die Debatte geworfen, als hätten sich frühere Versprechungen der Atomfanatiker nicht schon als genau das entlarvt, was auch hier zu erwarten ist: ohne Bestand in der Realität!

Rosarote Blicke auf Atomkraft hielten und halten einem Realitäts-Check nicht stand.

Rosaroter Atomkraft-Blick: Realitätscheck

Wer in Atommüll vor allem einen Wertstoff sieht, der weiter genutzt werden sollte, blendet dessen Gefahren schlicht aus. Und bleibt auf einem Niveau der 1980er Jahre, als Franz Josef Strauß die geplante Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf als so ungefährlich wie eine Fahrradspeichen-Fabrik bezeichnete.

Die Realität beginnt damit, dass ein Teil des hochradioaktiven Atommülls in verglaster Form vorliegt. Seriöse Fachleute sehen dafür nur eine realistische Bestimmung: die Endlagerung. Wer den zweiten hoch strahlenden Teil, abgebrannte Brennstäbe, recyceln will, dem bleibt realistisch betrachtet nur die Wiederaufarbeitung. Alle anderen Konzepte existieren vor allem auf dem Papier, nach Jahrzehnten Forschungsgeldern gibt es keinen Erfolg - auch nicht in Ländern, deren Regierungen begeistert auf die Atomkraft blicken.

Wer sich nach neuen Wiederaufarbeitungsanlagen als ersten Schritt zur Wiedernutzung des Atommülls sehnt, muss den Blick nach Sellafield und La Hague richten und die dortige hohe Kontamination der Umgebung dieser Anlagen zur Kenntnis nehmen.

Wer für angeblich sichere künftige Reaktorkonzepte schwärmt, sollte sich die ökonomischen Realitäten und das Versagen der europäischen Atomindustrie bei heutigen Reaktorprojekten vor Augen halten. Warum wird selbst im Atomland Frankreich nur an einem AKW gebaut? Beim Europäischen Druckwasserreaktor EPR schießen Kosten und Verzögerungen durch die Decke und es gibt Materialprobleme, die schon eine funktionierende Qualitätssicherung auf 1970er Jahre Niveau hätte verhindern müssen. Und dabei ist der EPR eine relativ simple Weiterentwicklung im Vergleich zu Reaktoren der sogenannten 4. Generation.

Wer eine angebliche mangelnde Unterstützung für Atomforschung beklagt, ignoriert, dass sie auf EU-Ebene seit Jahren mehr Geld als alle anderen Energiesektoren erhält. Im letzten vierjährigen EU-Energieforschungsprogramm bekam Atomforschung zur Stromerzeugung alleine rund 5,3 Mrd. Euro, jegliche weitere Energieforschung zur Stromerzeugung zusammen 5,9 Mrd. – also Erneuerbare, Speicher, Netze, Effizienz, Einsparung, usw. Selbst hierzulande gibt der Bund mehr Geld für Forschung zur Kernfusion als zu AKW-Sicherheit und Strahlenschutz aus. Fakt ist: Das unsolide Versprechen künftiger Atomtechnologien erhält mehr Geld als die Erforschung realer Gefahren, wie sie von belgischen Bröckelreaktoren oder Schweizer Uraltmeilern ausgehen.

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 2. Oktober 2020
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit acht Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen „NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz und knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift tragen und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 02.10.2020 schicken.



Realität ist: Atomforschung ist teuer, Reaktorbau auch. Unter 10 Mrd. ist ein AKW, das den europäischen Standards entspricht, nicht zu haben, siehe Flamanville, Olkiluoto, Hinkley Point.

Die inhärente Sicherheit der neuen Reaktorlinien ist ein alter Hut. Sie war schon beim Kugelhaufenreaktor Jülich versprochen – und wurde bis zu dessen Unfall behauptet. Dass Thorium-Reaktoren trotzdem wieder zu den hoffnungsvollen „neuen" Reaktorlinien gehören, zeigt die irrealen Argumentationsmuster der Atomfanatiker. Da Thorium selbst kein Kernbrennstoff ist, müssen für die Kettenreaktion in Thorium-Reaktoren Uran oder Plutonium sorgen. Stromversorgung mit Thorium ist also zwangsläufig mit Uran- und Plutonium-Wirtschaft und all ihren Atomunfall- und Proliferationsgefahren verbunden. Auch befürwortende Unternehmen scheuen vor dem Einstieg in die Thorium-Atomwirtschaft zurück, da die Proliferationsrisiken des Thoriumzyklus und die Probleme von thermischen Thoriumbrütern hinsichtlich Kritikalitätssicherheit einer erfolgreichen Vermarktung nach wie vor entgegenstehen.

Auch wer auf Kernfusion hofft, verdrängt unbequeme Wahrheiten. Der Zeitpunkt, zu dem ihre Verfechter Fusionskraftwerke für machbar halten, verschiebt sich seit Jahrzehnten in die Zukunft. Heute ist klar: Kommt die Kernfusion überhaupt, dann kommt sie zu spät. Fans der Kernfusion dürfen das empfindlich geschrumpfte Erkenntnispotenzial des Fusionsreaktors ITER nicht länger verdrängen. Die ITER-Projektziele wurden so stark reduziert, dass sein ursprünglicher Daseinszweck – die Machbarkeit von Energiegewinnung aus Fusionskraftwerken zu zeigen – bereits verfehlt ist.

Der Blick ohne rosarote Brille zeigt: In der Realität bleibt Atomkraft von gestern. Klimaschutz und Energieversorgung der Zukunft liegen woanders.

Klimaschutz ohne Laufzeitverlängerung

Aber in Deutschland will ja (bisher) niemand neue Reaktoren bauen... Kann es nicht im Sinne eines schnelleren Kohleausstiegs sein, den letzten Atomkraftwerken in Deutschland eine kleine Laufzeitverlängerung zu gönnen? Nein! Der Konsens für die Endlagersuche wäre dahin, Hoffnung würde sich zwangsläufig auch auf Neubau richten, jedes Argument gegenüber unseren Nachbarn Frankreich, Belgien, Schweiz, Tschechien, ihre Risikomeiler an unseren Grenzen abzuschalten, würde unglaubwürdig, die Botschaft an die Welt: Atomausstieg im wirtschaftsstarken Land ist eine mission impossible!

Deutschland hat die richtige Konsequenz aus dem nicht beherrschbaren Risiko gezogen. Atomkraft ist gefährlich, teuer und verschiebt ungeheure Lasten in die Zukunft. Es gibt keinen Zwang, sich zwischen Pest und Cholera, zwischen der Last Atommüll oder der Last Klimaschäden für die nachfolgenden Generationen zu entscheiden. Wer den Weg jenseits der Wahl zwischen Pest und Cholera gehen will, muss jetzt aber eine klare Haltung einnehmen. Deutschland hat heute einen Anteil von 40 Prozent Erneuerbaren im Strommix. Das ist noch keine Energiewende, aber ein verdammt guter Anfang. Jetzt gälte es, den Atomlobbyisten die Stirn zu bieten, die aufgebauten Hürden für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren abzuräumen und anderen Ländern zu zeigen, wie Atom- und Kohleausstieg zusammen gehen und dabei Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen. Stattdessen verstärkt sich das Gejammer über die Gleichzeitigkeit des Überwindens von Kohle und Atom und die Zaghaftigkeit im Vertrauen auf den eingeschlagenen Weg.

Mit Atomkraft ist das Klima nicht zu retten. Sie ist zu langsam, zu teuer, der Uranabbau nicht nur umweltschädigend und Menschenrechte ignorierend, sondern auch äußerst CO_2-intensiv. Vor allem aber kann die Atomkraft kein Partner der Erneuerbaren Energien sein. Atomkraftwerke sind nicht dazu gedacht, ständig hoch und runter geregelt zu werden, das beschleunigt die Versprödung des Materials und erhöht das Risiko. Grundlaststrom verstopft die Netze und passt nicht zur volatilen Stromerzeugung durch Erneuerbare. Deren Partner sind Speicher, keine Großkraftwerke. Wer Klimaschutz will, muss raus aus der Kohle und raus aus der Atomkraft. Die Atomlobbyisten interessiert das Klima nicht!

https://anti-atom-ka.de/bundnis-gegen-neue-atomreaktoren/

Sylvia Kotting-Uhl für das Karlsruher Bündnis gegen neue Generationen von Atomreaktoren



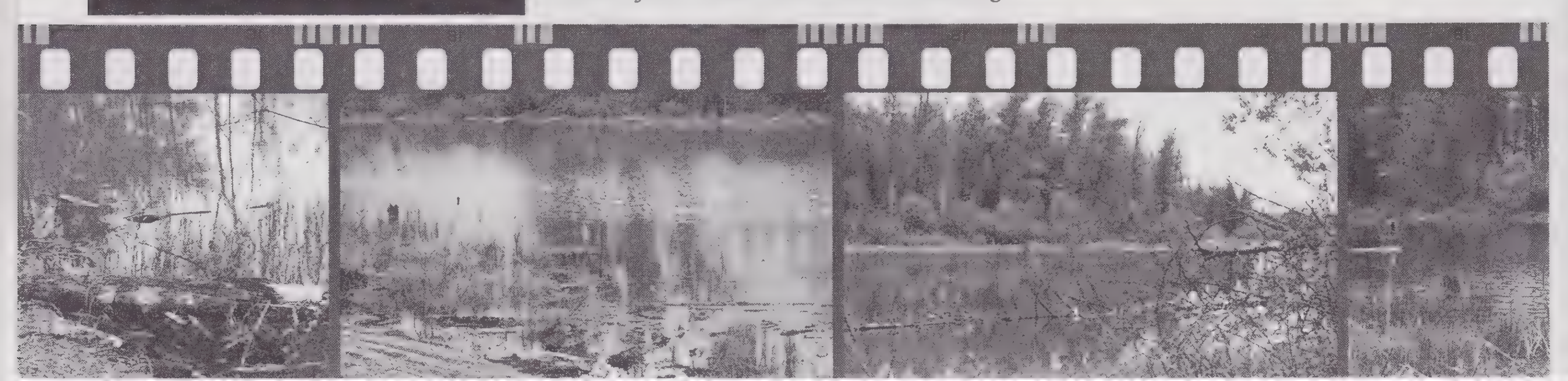
Dies ist eine leicht gekürzte Version; der vollständige Artikel ist auf der Internetseite des grünen blatts zu finden.

Vortragsangebot Tar Sands

*Der Autor bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurden. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de







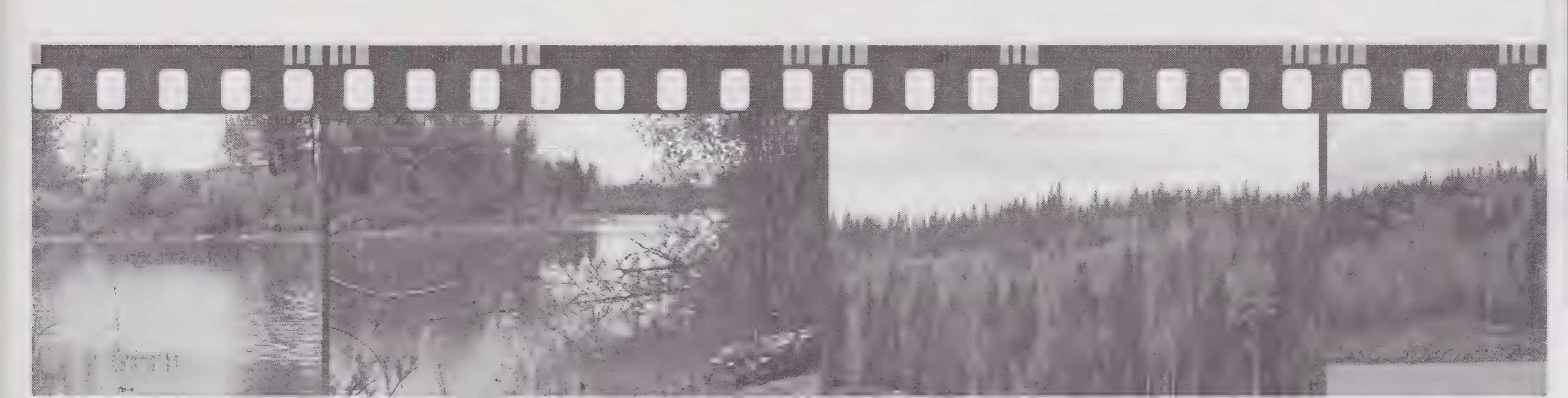
"Tar Sands": - Fortsetzung (Teil 15) - Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern und Feuchtgebieten, Enteignung indigener Menschen und größter Einzelverursacher des Treibhauseffekts

fb Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie, die eingesetzte Technologie sowie Probleme der Renaturierung. Im vorletzten Teil und letzten Teil wurde versucht Geschichte und Hintergründe des Landraubs an den indigenen Gemeinschaften Nordamerikas einzuordnen. Ein weiteres dunkles Kapitel der Geschichte Kanadas behandelt dieser Beitrag: die Indian Residential Schools (IRS) – Zwangsinternate für indigene Kinder und Jugendliche, die einen Teil des bis in die 1990er Jahre praktizierten Genozids an den nordamerikanischen indigenen Gemeinschaften bildeten. Diese Schulen beeinträchtigten das Leben und die Kultur der ursprünglichen Bewohner*innen nicht nur in den heutigen Tar Sands-Abbaugebieten; sie zielten darauf ab, die indigene Identität und deren Widerstandsgeist zu brechen. Somit sind sie für die Auseinandersetzung mit den Folgen dieser Industrie als moderne Ausprägung von Kolonialismus und Rassismus von Bedeutung.

Kanadas Indianerpolitik

Über mehr als ein Jahrhundert seien die zentralen Ziele der Indianerpolitik Kanadas gewesen, indigene Selbstregierung zu zerstören, Indigenenrechte zu ignorieren, die "Treaties" *(siehe Teil 12, Frühjahr 2017)* zu beenden sowie die Ureinwohner*innen des Landes durch einen Assimilationsprozess als eigenständige rechtliche, soziale, kulturelle, religiöse und ethnische Einheiten in Kanada auszulöschen – so der 2015er Bericht der kanadischen "Kommission für Wahrheit und Versöhnung" *(Truth and Reconciliation Commission TRC)*. Die Autor*innen bezeichnen diese mittels der Einrichtung der *Indian Residential Schools* betriebene Politik als „kulturellen Völkermord“[1]. Um diesen Begriff zu erklären, definieren sie zunächst „physischen Genozid“ als die massenhafte Tötung von Mitgliedern einer ins Fadenkreuz genommenen Gruppe und „biologischen Genozid“ als die Zerstörung der Reproduktionsfähigkeit selbiger. In Abgrenzung zu diesen Formen des Völkermords verstehen sie „kulturellen Genozid“ als die Beseitigung der Strukturen und Praktiken, die es einer Gruppe erlauben als solche zu existieren: die Zerstörung der politischen und sozialen Institutionen der attackierten Gruppe, die Beschlagnahmung ihres Landes, die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung, die Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die Ächtung ihrer Sprache, die Verfolgung spiritueller Oberhäupter, das Verbot spiritueller Handlungen und die Konfiszierung bzw. Zerstörung von Objekten spiritueller Bedeutung. Das wichtigste Element kulturellen Genozids sei jedoch die Unterbindung des Transfers kultureller Werte und Identität innerhalb der Familien von einer Generation zur nächsten.[2]

Das Ziel der kanadischen Indigenenpolitik beschrieb *Deputy Minister of Indian Affairs* Duncan Campbell Scott (1920): *„our object is to continue until there is not a single Indian in Canada that has not been absorbed into the body politic“*. Bekräftigt wurde diese Stoßrichtung 1969 mit dem *White Paper* der kanadischen Regierung zur Indianerpolitik *(Statement of the Government of Canada on Indian Policy)*, das das Ziel formulierte, den Indianerstatus zu beendigen und die *Treaties*, die zwischen kanadischer Regierung und den First Nations ausgehandelt worden waren, aufzukündigen. Auf diese Weise wollte sie sich der finanziellen und rechtlichen Verpflichtungen gegenüber den indigenen Communities entledigen und Zugriff auf deren verbliebenes Land und Ressourcen erlangen.[3]



Residential Schools

Die *Residential Schools* waren vom Staatssystem der europäischen Eroberer in Kanada eingeführt worden, um eine totale Assimilation der indigenen Kultur und Identität zu bewirken. Sie waren Teil eines gezielten Bestrebens *„die eingeborene Kultur von der kanadischen Landkarte auszumerzen“* (Stuart Murray, Kanadisches Museum für Menschenrechte, 2011)[4]. Aus „Indianer*innen“ sollten „Kanadier*innen“ gemacht werden. *„Entferne den Indianer aus dem Kind“* (take the Indian out of the child) war das offizielle Ziel dieser Einrichtungen[5]. Die sogenannten „Indianeragenten“ *(siehe Teil 14, Sommer 2019)* versuchten durchzusetzen, dass die Kinder der indigenen Gemeinschaften in diese internatartigen Schulen gebracht wurden, was auf heftigen Widerstand stieß.[6] Auch das Kanadische Museum für Menschenrechte bezeichnet das *Residential Schools*-System als kulturellen Völkermord: *„From the 1880s to the 1990s, thousands of Indigenous children were torn from their homes and sent to Indian Residential Schools. These schools were intended to destroy Indigenous families, communities and ways of life“.*[7]

Rechtliche Grundlagen der IRS waren der *Indian Act*[8] aus dem Jahr 1876, ein Gesetz über den Status der indigenen Angehörigen der kanadischen First Nations, das bis heute Gültigkeit hat, und der *Gradual Civilization Act* von 1857[9], der eine schrittweise „Zivilisierung“ der Indianer*innen anstrebte, sowie der *Gradual Enfranchisement Act* von 1869. Ersteres Gesetz definiert, welche Menschen als „Indianer*innen“ gelten und damit verglichen mit den europäischen Einwanderer*innen bis ans Ende des 20. Jahrhunderts rechtlich benachteiligt wurden. Im Zuge einer Ergänzung des *Indian Act* im Jahr 1894 wurde die Schulpflicht für indigene Kinder im Alter von 7-16 Jahren eingeführt[10]. Ausgerechnet die abendländischen Kirchen sollten diesen Bildungsauftrag übernehmen, weswegen die Mehrzahl der *Residential Schools* von christlichen Einrichtungen im Auftrag des kanadischen Staates geführt wurde.[11]

Christliche Missionare legten das Fundament für Kanadas *Residential Schools*-System. Ab 1883 betrieben sie dieses in Partnerschaft mit der kanadischen Regierung. Ihre Ziele, Werte und Methoden dominierten diese Schulen. Zentrales Ziel war die Konvertierung der indigenen Bevölkerung zum Christentum. Indigene Menschen in Kanada waren damit *„Objekte einer Strategie spiritueller und kultureller Eroberung, die ihre Wurzeln in Europa hatte“* (Abschlussbericht der TRC). Die Arbeit der Missionare zielte darauf ab, die Beziehung der Indigenen zu ihrem Land, ihrer Sprache, Religion, Familienbeziehungen, Bildungsweisen, Moralvorstellungen und sozialen Bräuchen zu untergraben. Sie pflegten einen exklusiven Wahrheitsanspruch, der alle anderen Glaubensformen und Lebensweisen als fehlerhaft oder sündig diskriminierte. Mit den *Residential Schools* sollten die indigenen Kinder vom angeblich schlechten Einfluss ihrer Eltern separiert werden.[3]



Victoria Industrial School in Mimico, Ontario

Quelle: Courtesy of the Toronto Public Library, B8-51B, im TRC-Abschlussbericht 2015 (Band 1)

Die Bestandteile des mittels der IRS umgesetzten kanadischen Genozids an den nordamerikanischen Ureinwohner*innen umfassten *„physische, biologische und kulturelle Mittel“* (Kanadisches Museum für Menschenrechte) zur Zerstörung der Basis indigener Lebensweisen. Dazu gehörten die Unterdrückung der indigenen Sprachen, kultureller Praktiken, politischer Traditionen sowie die Trennung der Kinder von ihren Eltern. Es handelte sich um ein planvolles Vorgehen, das durch eine Vielzahl verschiedener Politiken und Praktiken umgesetzt wurde. Großen Teilen der nicht-indigenen kanadischen Öffentlichkeit mangelte es an Bewusstsein für diese menschenverachtende Strategie des eigenen Landes. Den Prozess der Aufarbeitung dieser von der europäisch verwurzelten kanadischen Mehrheitsgesellschaft ausgeblendeten Geschehnisse umschreibt das Museum für Menschenrechte als *„Teil einer langen nationalen Reise von der Verleugnung über das Kleinreden hin zum Eingeständnis“*. Erst nach der Jahrtausendwende gelang es Menschenrechtsaktivist*innen, das Thema prominent auf die nationale Tagesordnung zu setzen.[1]

Tausende Kinder starben in den *Residential Schools*, weitere Tausende wurden verletzt und traumatisiert. Mit jeder weiteren Generation, die diese Schulen durchlaufen musste, gelang es weniger, Sprache, Kultur



und Spiritualität von den Alten an die Jungen weiterzugeben. So setzten diese „*Zentren kultureller Indoktrination*“ (Murray Sinclair) die kanadische Genozidpolitik effektiv um. In diesen Schulen wurde den Nachkommen der ursprünglichen Bewohner*innen Nordamerikas der Stolz und Selbstrespekt genommen, soziale Gemeinschaften geschwächt und der Fähigkeit, eigenständig ihren traditionellen Alltagsaktivitäten nachzugehen, beraubt. Kernbotschaft, sowohl an die Schüler*innen der IRS als auch an die nicht-indigene Bevölkerung, war eine angebliche Minderwertigkeit der indigenen Kultur, die es zu zivilisieren gälte. Dies sei Aufgabe der überlegenen Europäer*innen.[3]

Quelle: Library and Archives Canada, a033509, in: TRC-Abschlussbericht 2015 (Band 1)

Minister of Indian Affairs Edgar Dewdney (1890): “highly desirable, if it were practicable, to obtain entire possession of all Indian children after they attain to the age of seven or eight years, and keep them at schools of the industrial type until they have had a thorough course of instruction.”

Entwicklung IRS-System

Schon 1867, als Kanada als Bundesstaat mit den ersten Provinzen etabliert wurde *(ab 1870 waren auch die heutigen Tar Sands-Abbaugebiete Teil Kanadas)*[12], waren erste kirchliche Internatsschulen für indigene Kinder in Betrieb. Mit dem Vordringen europäischer Siedler*innen nach Westen in den 1870ern errichteten die evangelische sowie die römisch-katholische Kirche Missionen und weitere Internate bis in den hohen Norden und an die Pazifikküste. Die meisten dieser Schulen erhielten bereits staatliche Zuschüsse pro Kopf an untergebrachten indigenen Kindern.

Bis 1939 dauerte die Phase der Etablierung und Ausweitung des IRS-Systems an: 1883 ließ Kanadas Regierung drei erste große *Residential Schools* für indigene Kinder in Westkanada errichten. 1930 waren bereits 80 dieser Schulen landesweit in Betrieb. Insgesamt wurden nach dem Ende der IRS mindestens 139 Einrichtungen diesem System offiziell zugeordnet und Entschädigungen für die Opfer dieser Schulen bereitgestellt.[3]

Bis 1969 bestand die Partnerschaft aus christlichen Kirchen und kanadischem Staat zum Betrieb der *Residential Schools*. Die meisten IRS wurden zwar spätestens in den 1980er Jahren geschlossen, aber es sollte bis zum Ende der 1990er dauern, bevor die letzte dieser staatlich (mit-)finanzierten Einrichtungen ihren Betrieb einstellte.[3]

Viele dieser Schulen waren schlecht gelegen, waren mangelhaft errichtet und bewirtschaftet worden. Die Belegschaft war oft klein und schlecht ausgebildet. Der Alltag der Schüler*innen war eng reglementiert und strenge Disziplin wurde durchgesetzt. Die indigene Kultur und Sprache wurde verunglimpft und unterdrückt. Der vom Schulsystem für die indigenen Kinder angestrebte Bildungsstandard war gering, es gab keinen klaren Lehrplan. Die intellektuellen Fähigkeiten der Schüler*innen wurden von vornherein mäßig geschätzt. Die Kindesvernachlässigung hatte System und der Mangel an Beaufsichtigung öffnete körperlicher wie sexueller Misshandlung Tür und Tor.[3]

Um das IRS-System zu rechtfertigen, wurde der indigenen Bevölkerung grundsätzlich die Befähigung der Elternschaft abgesprochen. Geschwister, die zur selben Schule gingen, wurden voneinander getrennt. Von Staat bzw. Kirchen arrangierte Ehen im Anschluss an den Besuch von *Residential Schools* wurden berichtet.[3]

Wahrheitskommission

An dieser Stelle sollte die „Truth and Reconciliation Commission“ erwähnt werden. Die *Residential Schools* wurden zum Auslöser des größten gerichtlichen Vergleichs in der kanadischen Geschichte, dem eine Vielzahl von Klagen Tausender Überlebender dieses Schulsystems vorausgingen. Ergebnis der Vergleichsvereinbarung war die Einrichtung der TRC, die sich um die Aufdeckung der Vorgänge in den IRS bemühte. Beginnend im Jahr 2008 sammelte die Kommission Millionen Dokumente, besuchte mehr als 300 Orte und hörte sich die Zeugnisse Tausender Betroffener an. Mehr als 150.000 Kinder aus indigenen Gemeinschaften, der Inuit und der Métis waren in über hundert Jahren in den *Residential Schools* bearbeitet worden. Im Jahr 2015 veröffentlichte die TRC ihren Abschlussbericht mit einer 94-teiligen Liste dringender Maßnahmen als Fahrplan für alle Teile der kanadischen Gesellschaft zur Aufarbeitung des Kapitels der *Residential Schools*.[1, 2]

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe. Oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiterlesen. Fußnoten und Quellenangaben gibt es ebenfalls online.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*

Mehr Informationen:

https://tar-sands.info





Datteln vom Netz pflücken

Erfahrungsbericht einer Kraftwerksblockade

Kleiner Disclaimer:

anonym Der Text soll weniger ein Bericht aus der Aktion oder eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der 2020 offensichtlicherweise vollkommen absurden Steinkohleverstromung sein, davon gibt es schon einige, sondern die Vor- und Nachbereitungsphase als Erfahrungs-bericht beschreiben (darüber wird ja sonst bei Aktionen oft wenig berichtet). Des Weiteren ist es wichtig herauszustellen, dass das hier die persönliche Sichtweise einer an der Aktion beteiligten Einzelperson auf die Ereignisse beschreibt und keineswegs eine Stellungnahme der gesamten Aktivistigruppe ist, denn nur ich habe diesen Text geschrieben. Diese Aktivistigruppe ist keineswegs fest und fortbestehend, sondern besteht aus Menschen aus verschiedensten Zusammenhängen der Klimagerechtigkeitsbewegung, die sich speziell zu diesem Thema, zum Zwecke dieser Aktion, zusammengefunden haben, die unter keinem Namen und unter keinem Label stehen und diverse inhaltliche und persönliche Hintergründe haben.

Vor der Aktion:

Zu Beginn hatten die, die sich die Idee zu der ganzen Sache überlegt hatten, angedacht, dass ein paar wenige Menschen alles planen und weitere Menschen auf Abruf verfügbar bleiben und schnell anreisen können. Der Grund dafür war, dass es bis dahin so aussah, als würde Uniper erst kurz vor der angeblich testläufigen Inbetriebnahme den genauen Anschaltezeitpunkt bekanntgeben. Es gab im Vorfeld also schon einige Absprachen und Telekonferenzen und so war die Planung bis zum Treffen nicht so inklusiv, wie sie hätte sein können. Am Montag sollte die Aktion dann stattfinden und wir hatten vor, uns zwei Tage früher alle schon einmal zu treffen, um die vorher in den Telefonkonferenzen besprochene Planung noch zu spezifizieren und alle Handelnden choreografisch aufeinander abzustimmen. Am Freitagabend kam dann die Information, dass sich die Aktion wohl doch erst am Dienstag ereignen würde, und sich so auch unser Treffzeitpunkt auf Sonntagmittag verschob. Der Grund für die Verschiebung lag in dem über eine regelmäßig überprüfte Website (*https://www.eex-transparency.com/en/power/de/production/availability/*) klar gewordenen Fakt, das Kraftwerk würde erst Montag um 11 Uhr vormittags anlaufen, und die Vorstellung der meisten war es, eine über das symbolische Signal hinausgehende Wirkung zu erzeugen. Bei der ersten Besprechung am Sonntagnachmittag sagten wir zuerst in einer Runde unsere Aktionsnamen plus gewünschtes Pronomen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Kraftwerk_Datteln#/media/Datei:Kraftwerk_Datteln_IV_Neubau.JPG (CC BY-SA 3.0)

Ein paar Menschen hatten sich im Vorhinein Gedanken zu den TOPs und den ToDos gemacht und sie auf die Rückseite eines alten Plakats geschrieben. Nach Verschiebungen und Ergänzungen gingen wir sie durch. Die Besprechung dauerte über zwei Stunden und war anstrengend, aber produktiv. Wir bildeten ein paar Arbeitsgruppen zu Themen wie „Wie kommen wir über den Zaun?", „Aktionshandys einrichten" oder „Material mit Spiritus putzen" und sprachen auch einen groben Zeitraum ab, in dem sich die Bezugsgruppen untereinander nochmal absprechen konnten. Die beiden Lock-On-Gruppen waren bis Montagmittag noch nicht komplett und die Planung des genauen Ablaufs auf dem Gelände gestaltete sich aufgrund von fehlender Ortskenntnis ebenfalls als schwierig. Bis kurz vor der Aktion war nicht ganz klar, wo genau sich die Menschen anlocken würden, und wer mit wem in einer Bezugsgruppe sein würde. In der letzten Besprechung vor der Aktion ritzten sich viele nebenbei die Fingerkuppen mit Rasierklingen ein (um Fingerabdruck-Scans zu verhindern) oder waren halbnackt, da sie dickflüssige Farbe auf ihren Tattoos trocknen lassen mussten, für die Identitätsverschleierung. Ein paar Menschen schmierten sich die schwarze Masse oder das weiße Silikon, das wir auch noch hatten, ebenfalls auf die Arme aus Solidarität mit den anderen, oder aufs Gesicht, um die Gesichtserkennungssoftware der Polizei zu verwirren. Um dennoch kein Black-Facing zu betreiben, malten sie mit bunten Farben über schwarz eingefärbte Gesichtsparts. Menschen, die sich dazu bereit erklärt hatten, sich um die Außenwirkung und Presseanfragen zu kümmern, verbrachten die meiste Zeit bereits im späteren Backoffice. Am Montagnachmittag sammelten sich einige Aktivistis, immer mindestens eine Person von allen Bezugsgruppen, in diesem Backoffice, um sich inhaltlich die möglichen Antworten auf die Fragen der Journis zu überlegen, wie auch sich der Interviewsituation schon mal probeweise zu stellen.

Im Vorhinein hatten wir ein Informationssammelpad im Netz angelegt, auf dem sowohl der wohl sinnvollste Umgang mit der Presse als auch recherchiertes wie zum Beispiel die Herkunft der in Datteln4 verbrannten Steinkohle (Kolumbien & Russland) oder die Hintergründe des Stromkon-

zerns Uniper und seine Verbindung zu Finnland ausgetauscht wurden. Mit einer unerwartet realistischen Ernsthaftigkeit stellte einer der Pressemenschen uns dann, einen Edding als Mikrofon-Attrappe nutzend, die wahrscheinlichsten Fragen, von „Was macht ihr hier, was passiert hier?“ bis „Glaubt ihr nicht, dass ihr durch solche extremistischen Aktionen der AfD in die Hände spielt?“. Irgendwie ist es immer wieder bemerkenswert, wie sicher mensch sich mit dem glaubt, was es sich im Kopf zurecht gelegt hat, und wie durcheinander und von „äh“ und „und ja...“ durchzogen dann das, was am Ende von den Lippen perlt, doch ist und vor allem wie unzufrieden mensch am Ende selbst damit ist, wenn es sich dann das Probe-Interview auf dem Video ansieht, auch wenn andere sagen, es sei doch eigentlich sehr gut gewesen. Nichtsdestotrotz halfen die Probe-Interviews allen Beteiligten sehr, sich die eigenen Fehler nochmals bewusst zu machen und die eigenen unbeliebten Muster zu durchbrechen. Bedauerlicherweise sagten alle Journalist*innen, die vorgehabt hatten, mit uns auf das Gelände zu gehen, sehr kurz vorher aus verschiedensten Gründen ab. So versuchten wir, während der Blockade selbst Fotomaterial und direkte Telefon-Interviews zu liefern, was aufgrund von schlechtem Internet, dem kurzlebigen Akku von alten Handys und dem repressions- und kältebedingten Stress besser hätte funktionieren können.

Am Montagabend begann dann der allseits bekannte Stress und immer mehr Menschen stellten fest, dass sie heute wohl nicht mehr zum Schlafen kommen würden. Der Zeitpunkt, an dem wir alle verschlafen aus unseren Schlafsäcken krabbeln und in die Autos fallen würden, die uns dann in den nah am Kraftwerk gelegenen Wald fahren würden, rückte immer näher. Mitten in der Nacht wurden wir geweckt. Trotzdem fing es bereits an, hell zu werden, sobald wir auf dem Kraftwerksgelände gelandet waren, was wir durch die frühe Uhrzeit eigentlich hatten vermeiden wollen. Eine kleine Gruppe von Menschen, zu der auch ich gehörte, fuhr, sobald sich der Montagabend verdunkelt hatte, mit den zwei Aluminium-Leitern los, um an einem ähnlichen, wie dem das Kraftwerksgelände umgebenden Zaun, das Hinüberklettern, die Zeit, die


(https://enough-is-enough14.org/wp-content/uploads/2020/02/datteln425f.jpe)

dafür benötigte wurde, und die Lautstärke von Metall gegen Metall zu testen. Um kurz vor elf gab es dann eine Notfallbesprechung. Ein paar Menschen hatten erfahren, dass zwei voll mit Kohle beladene Schiffe am Hafen des Kraftwerks im Kanal lagen. Darüber war die Vermutung entstanden, wir könnten zwar morgen blockieren, jedoch würde dies keinen realen Effekt auf die Menge des produzierten Stroms haben, da die Kohle auch ohne den Umweg über die Bunker, deren Funktion wir ja vorhatten zu blockieren, direkt von den Schiffen in den Heizkessel geschickt werden könne. Es folgte eine längere Diskussion, ob wir die Aktion nun unabhängig davon, aufgrund des öffentlichkeitswirksamen Effekts und des symbolischen Charakters durchführen sollten oder lieber keine Kapazitäten daran verschwenden sollten und die Aktion besser verschieben, gegebenenfalls sogar bis in den Sommer.

Auch kam der Vorschlag auf, dass nur die blockieren würden, denen der tatsächliche Effekt egal sei und die anderen nicht. Die Stimmung fiel dann darauf, dass erst mal eine Scoutgruppe zum Überprüfen der Situation mit den Schiffen losziehen würde und wir danach weiter sehen würden. In der Besprechung danach fiel dann der Konsens darauf, dass alle mitmachen würden, teils mit einem nicht vollkommen guten Gefühl und obwohl wir die Möglichkeit, einen für Uniper gewinneinschränkenden Effekt zu erzielen, zwar für möglich, aber nicht für wahrscheinlich hielten.

Bei der Aktion:

Wir sprachen fast kein Wort, als wir in dem Lieferwagen zum abgemachten Rausspringort im Wald fuhren. Die vorherrschenden Gefühle waren Kälte und Müdigkeit, gemischt mit aufkeimendem Adrenalin und der Angst vor einer Enttäuschung, sollte die Aktion nicht gelingen. Einmal aus dem Wagen und die schwarz angemalten Leitern, die Lock-Ons und die Rucksäcke mit dem Proviant unter den Arm geklemmt, rannten wir über die Straße, sprangen über einen kleinen Graben und schmissen uns aufgrund eines anderen heranahenden Autos, in das nasse Laub.

Mein eigentlicher Plan war es gewesen, während der gesamten Abläufe Audiodateien aufzunehmen und an das Szeneradio aus München „Radio-Lora“ zu senden, jedoch hätte ich dafür das hell erleuchtete Smartphone rausholen müssen, was mir in dem Moment als viel zu auffällig vorkam, aber im Nachhinein betrachtet vollkommen okay gewesen wäre. Es erwartete uns kein Tier und keine Kamera. Nicht mal Richtmikrofone oder Stacheldraht. Nachdem sich unsere beiden Gruppen nach 20 Minuten wiedergefunden hatten und wir ein Stückchen waldeinwärts gelaufen waren, durch Brombeerranken und Matschflächen, die dazu beitrugen, dass alles noch viel nasser und kälter wurde, konnten wir sie sehen: parallel angeordnete, rot blinkende Lichter in der Ferne, zwischen den dunklen Baumstämmen hindurch. Beim weiteren Weg traten Probleme mit der Routenfindung auf, denn irgendwie hatte letztlich doch niemand einen konkreten Plan vom genauen Weg. In der Situation waren alle überfordert und wenige Einzelpersonen sahen sich plötzlich in die schreckliche Verantwortung versetzt, jetzt zu sagen, wo es lang gehen sollte. Nach einem Mini-Plenum an

einem aufmerksamkeitserregungstechnisch sehr ungünstigen Ort unter einem Baum am Wegrand fiel die Entscheidung darauf, einfach über das große Feld den Luftlinienweg zum Kraftwerkszaun zu nehmen. Das Über-den-Zaun-Kommen war aufgrund von Kletterkarabinern gegen den Metallzaun und die Leiter sehr laut, funktionierte letztendlich aber problemlos. Über die Aktion selbst werde ich hier jetzt nicht viel berichten, da verschiedene Leute dies über diverse andere Medien schon getan haben. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Portalkratzer und Absetzer mit Seil- und Freiklettern teilweise mit dem Körper, teilweise mit Locks blockiert wurden und sich eine weitere Bezugsgruppe an einem schräg nach oben laufenden Fließband anlockte.

Die Blockade dauerte von ca. fünf Uhr, als wir auf dem Gelände eintrafen, bis etwas 10 Uhr nachts, als alle geräumt waren. Die Supporties wurden als Erstes abgeführt, das Verhalten der Pozilei lässt sich als angespannt, diskriminierend und teilweise hasserfüllt beschreiben. Eines der größten Probleme war die windige Kälte. Die Blockadezeit über wurden wir erst von ein paar Streifen beobachtet, dann kamen die Feuerwehr, zwei ständig über uns kreisende und extrem laute Hubschrauber, über 30 Polizeiwagen und die technischen Einheiten, die erstaunlich schnell zur Stelle waren.

Nach der Aktion:

Mit Blaulicht und Sirene beförderte die Pozilei die Geräumten in die Gefangenensammelstelle, auf Nachfrage hin einfach aus Lust und Laune. In der Gesa gab niemensch die eigene Identität an. Die weiblich gelesenen Personen landeten in einem in einer Garage befindlichen Metallgitterkäfig mit Betonboden. Das Tor der Garage war die ganze Zeit über offen und es war sehr kalt. Veganes Essen bekamen wir, obwohl wir bei der Aufnahme danach gefragt worden waren, keines, durften aber nach kleiner Diskussion unseren eigenen Proviant aus dem Rucksack bekommen, der gegenüber in einem Metallschrank eingeschlossen war.

Dass wir am Ende alle um 2 Uhr nachts des Mittwochs draußen waren, verdankten wir einer gehörigen Prise Glück. Die Polizei war sich einig, dass sie alles versuchen würden, um uns für mindestens 7 Tage in der Gesa zu behalten, um ein allgemeines Exempel für alle Umweltaktivistis zu statuieren, ungeachtet der damit zur Schau gestellten Willkürjustiz. Ein paar Minuten bevor zwei Menschen, sehr gehetzt und unvermittelt, zur Haftrichterin gebracht wurden, kam ein anderer Mensch gerade vom EA-Telefonat in die Zelle und gab uns die Info weiter, dass es sehr sinnvoll wäre, bei der*dem Haftrichter*in einen eben informierten Anwalt anzurufen.

Dieser Anwalt telefonierte mit der Haftrichterin und schaffte es tatsächlich, sie davon zu überzeugen, dass es nicht rechtens sei, uns mit der Begründung „Gefahrenabwehr" weiter in der Gesa zu behalten, da hierfür keine Indizien nachgewiesen werden könnten und deshalb ein Platzverweis für das gesamte Gelände das mildere zu wählende Mittel sei.

Am nächsten Morgen gelang es uns, was nach Aktionen dieser Art leider nicht oft der Fall ist, eine Feedback-Runde zu machen. In dieser stellten wir unter anderem fest, dass wir unglaubliches Glück gehabt hatten. Wenn nur minimal etwas nicht so gelaufen wäre, wie es gelaufen war, wenn ein aufmerksameres Arbeiti auf dem Gelände gerade Schicht gehabt hätte, wenn wir es nicht doch noch geschafft hätten, im dunklen Wald den richtigen Weg zu wählen, ein paar Menschen durch die spontane Scoutaktion am Montagabend nicht zufällig herausgefunden hätten, dass der Weg, von dem wir dachten, wir könnten ihn zum Absetzen nutzen, gar nicht existierte oder wenn eine anwohnende Person mit Schlafproblemen an der Stelle einen nächtlichen Spaziergang gemacht hätte, dann wäre alles ins Wasser gefallen. In dieser Runde kamen viele Aspekte auf, die besser hätten laufen können. Zum Beispiel fühlten sich die Fahris, nachdem am Abend alle wieder am Safespace-Ort waren, insgesamt sehr unwohl, da sie durch fehlende Navis bei organisatorischen Fahrten Ewigkeiten sinnlos durch die Gegend gekurvt waren.

Im Allgemein fanden wir das Fazit, dass in Zukunft aufgepasst werden müsse, dass geäußerte Vermutungen nicht direkt als unumstößliche Fakten hingenommen werden, sondern besser nachgeforscht werden müsste.



Klimapolitik – noch schlechter als ihr Ruf

GGKN Viele Menschen auf der ganzen Welt machen sich Sorgen über die Erderwärmung. Zu Recht: Die Wissenschaft gibt immer dramatischere Prognosen über die immensen Schäden des Klimawandels ab. Die Auswirkungen sind aber längst bemerkbar. Dafür tut sich erstaunlich wenig in Sachen Schadstoffreduktion: Kaum ein Staat senkt den Ausstoß tatsächlich. Und was auf nationaler und internationaler Bühne angekündigt wird, bleibt weit hinter dem Pariser Klimaabkommen zurück.

Der weltweite Protest von Fridays For Future fordert von der Politik ein, das einzuhalten, was sie sich vorgenommen hat. Dafür kriegt er viel Lob und Unterstützung. Komischerweise auch von denen, die der Protest kritisiert. Die Lage ist ernst. Da wäre es klug, sich damit auseinander zu setzen, an wen man da appelliert. 30 Jahre Klimapolitik – deren Ergebnisse und Gründe – geben Aufschluss darüber, dass der Staat kein guter Ansprechpartner ist, wenn es darum geht, den Planeten zu retten.

Mensch und Natur – wofür sind sie gut?

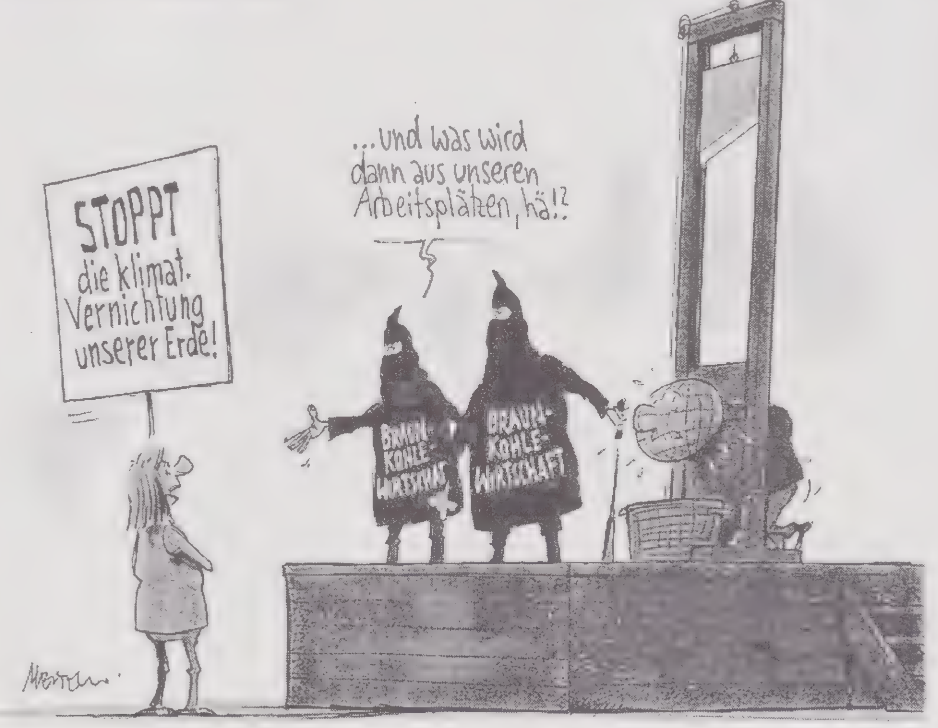
Mittlerweile hat es sich bei vielen rumgesprochen: Wenn die Erderwärmung gebremst werden soll, müsste sich ziemlich viel ändern. Der Ausgangspunkt aller Klimapolitik waren und sind – trotz aller moralischer Appelle in Sachen Urlaubs-Flugreisen und Avocados – die kapitalistischen Unternehmen. Von denen hängt das gesamte Leben (Lohn, Steuern, Staatsschulden, Qualität einer Währung) einer bürgerlichen Volkswirtschaft ab. Daran will keine verantwortungsbewusste Regierung von links bis rechts etwas ändern.

Dass „die Wirtschaft" florieren muss, da sind sich alle einig. Und das geht so: Unternehmen wollen mit dem, was sie herstellen, mehr einnehmen, als sie dafür ausgegeben haben. Dafür wird Einkauf, Produktion und Verkauf darauf getrimmt, den Gewinn zu steigern. Lohnarbeiter*innen bekommen das zu spüren, wenn sie für weniger, gleichen und manchmal auch mehr Lohn immer mehr zu leisten haben. Genauso gehen Unternehmen auch mit der Natur um: Herausholen, was geht, so günstig wie möglich. Energie- und Rohstoffgewinnung und Abfallentsorgung sind nur Kostenpunkte. Vergiftung der Böden, Flüsse und auch der Atmosphäre kostet die Unternehmen erstmal nichts.

Recycling wird dann gemacht, wenn es sich lohnt, z. B. wenn die Rohstoffe teuer sind – aber wenn nicht, dann nicht. Energie einsparen für den gleichen Output wird dann gemacht, wenn es sich lohnt – wenn nicht, dann nicht. Damit die Geldvermehrung immer umfangreicher vollzogen werden kann, muss die Produktion immer weiter wachsen und damit letztlich auch der Energieverbrauch. Das alles liegt nicht daran, dass Unternehmer*innen oder Manager*innen zu doof oder zu gierig sind. Sondern daran, wie die Wirtschaft hierzulande organisiert ist und was ihr Zweck ist: Private Gewinnvermehrung mittels Produktion für den zahlungsfähigen Bedarf.[1]

Die Wirtschaft – wofür ist die gut?

Auch die Politik ist nicht blind, konfliktscheu oder korrupt, wenn sie genau dieses Wirtschaftswachstum auf Kosten von Mensch und Natur fördert.



Die Staaten (und Regierungen) der Welt setzen auf die kapitalistische Produktion als eine historisch unvergleichbare Machtquelle. Nie zuvor hat eine Produktion einer Herrschaft soviel Reichtum zugespielt, um ihre Zwecke zu verwirklichen (z.B. Beamte bezahlen, Infrastruktur organisieren). Von A wie Arbeitsagentur bis Z wie Zulassungsstelle benutzt der Staat das Steuergeld, um die Gesellschaft am Laufen zu halten. Damit das gut und immer besser funktioniert, kümmern sich Staaten darum, dass für die Unternehmen genug Energie zuverlässig und billig vorhanden ist. Und dass ihren Unternehmen die ganze Welt als Markt offen steht. Man denke nur an Deutschland mit seiner Autoindustrie, die ihre Karren weltweit absetzt.

Damit andere Staaten, die das gleiche Interesse für ihre Wirtschaft haben, da nicht zwischen funken, versucht jeder Staat, sich andere Staaten unterzuordnen: In Handelsverträgen versuchen sie der eigenen Wirtschaft möglichst viele Vorteile zu verschaffen. Der Staat macht sich zum Mittel der kapitalistischen Wirtschaft, weil er dadurch stark (die Grünen würden sagen „handlungsfähig") wird. Der Erfolg der heimischen Wirtschaft ist dabei wiederum das

Mittel der Staaten, um sich gegen andere Staaten durchzusetzen. In dieser Konkurrenz um Über- und Unterordnung, die für den Erfolg der eigenen Unternehmen geführt wird, ist der Erfolg der eigenen Wirtschaft das entscheidende Machtmittel. Nicht umsonst ist Deutschland als die Wirtschaftsmacht in Europa auch die Führungsmacht.

Umweltschutz – was kostet der Abfall?

Dass die Umwelt bei diesem volkswirtschaftlichen Programm vor die Hunde geht, wird dabei durchaus wahrgenommen. Mehr Leute, die sterben oder Landstriche, die nicht mehr ohne weiteres benutzt werden können, werden hochgerechnet in Kosten für die Volkswirtschaft. Wo die Unternehmen die Menschen und die Umwelt eher als Umsonstladen benutzen, sorgt sich der Staat darum, dass beides auch morgen noch für ihn und die Wirtschaft zur Verfügung steht – deshalb macht er Sozial- und Umweltpolitik.

Dabei hat der Staat ein Problem: Das kostet Geld, ist „eine Belastung für die Wirtschaft" und verhindert manches profitable Geschäft (z.B. Fracking). Dem Staat stellt sich deshalb immer die Frage, ob das wirklich sein muss. Im Ergebnis wird dann umwelttechnisch manchmal einfach gar nichts gemacht, und stattdessen in öffentlichen Reden die Schäden geleugnet oder kleingeredet. Wenn dann doch was gemacht wird, dann zumeist so: Den Unternehmen wird möglichst viel Zeit gelassen, sich möglichst günstig entsprechend der neuen Vorgaben umzustellen. Im Laufe der Zeit werden dann mal Grenzwerte festgelegt, mal bekommen Verschmutzungen einen Preis – Emissionshandel oder CO2-Steuer.

Klimapolitik – was kostet die Welt?

Wenn die Regierungen der Welt zusammen kommen, um gegen den Klimawandel etwas zu unternehmen, dann sind sie sich in der Regel uneinig. Erstens ganz fundamental darin, wie dringend gehandelt werden muss, denn bis zu welcher Grenze die Erwärmung der Erde noch zu akzeptieren ist, stellt sich für Staaten höchst unterschiedlich dar. Für viele kleine Inselstaaten sind schon 1,5 Grad globale Erwärmung zu viel. Für Länder wie Russland geht selbst eine Erwärmung um 2 Grad sogar mit allerlei erhofften Vorteilen einher. Staaten sind sehr unterschiedlich von den Folgen des Klimawandels betroffen.[2]

Zweitens verfolgen sie unterschiedliche Klimaschutzstrategien, die sich oft genug widersprechen und wechselseitig behindern. Denn Staaten verfolgen bestimmte Klimaschutzmaßnahmen sehr gerne und andere wiederum überhaupt nicht – je nach Vorteil für die nationale Wirtschaft. So ist für die meisten Industriestaaten die Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferländern schon länger eine ärgerliche Nebenwirkung ihrer Energiepolitik. Die Erzeugung von Energie jenseits von Verbrennung von Öl und Gas ist deshalb für diese Staaten interessant – und zwar erstmal völlig unabhängig von der Klimapolitik. Zur unabhängigen Energieversorgung der nationalen Wirtschaft setzen deshalb manche Staaten auf die Förderung von erneuerbaren Energien. Je unabhängiger man sich von anderen Energielieferanten macht, desto besser kann man gute Öl- und Gaspreise bei den Lieferländern aushandeln.

https://de.wikipedia.org/wiki/Meeresspiegelanstieg_seit_1850

Wenn dann in diesem Sinne eine neue Industrie aufgebaut wird, ist sofort der wirtschaftspolitische Gedanke da, daraus einen Exportschlager zu machen, wie es mit der Solarenergie in Deutschland bis 2012 versucht wurde. Als Chinas Solarproduktion sich dann doch als konkurrenzfähiger erwiesen hat und von der deutschen Energiesubvention profitierte, wurde die Förderung umgehend wieder eingestellt. Öl- und Gas-staaten und die Transitländer der Rohstoffe finden hingegen die neue Energiepolitik der Industriestaaten naturgemäß nicht gut. Andere Staaten sehen wiederum eine Chance, durch die Bereitstellung großer Flächen für Biomasse und Solarfelder wenigstens ein bisschen Miete von den kapitalistischen Großmächten bzw. von deren Unternehmerschaft abzugreifen.



Gibt es in einer Wirtschaft entscheidende Schlüsselindustrien – wie in Deutschland die Autoindustrie – sorgt das für Widerstand gegen Maßnahmen, die diese Industrie gefährden. Daher trat die deutsche Regierung, egal ob CDU/SPD, CDU/ FDP oder SPD/Grüne, immer wieder auf die Bremse, wenn Frankreich hier ein paar weitergehende Klimaschutzmaßnahmen vorschlug. Anders verhält es sich, wenn der deutschen Autoindustrie ihr Spitzenplatz streitig gemacht werden soll, zum Beispiel wenn China die Klimafrage nutzt, um mit nationalen E-Auto-Vorgaben endlich selbst einen Weltautokonzern auf die Beine zu stellen. Da will sich VW nicht abhängen lassen - zu aussichtsreich sind die Absatzchancen in China und darüber hinaus. Das leuchtet auch der Bundesregierung ein, die das Unterfangen unterstützt, bspw. indem sie den Ausbau von Ladestationen beschleunigt.

Fazit – Mit Klimapolitik in die Klimakrise?

So ging und geht die Klimapolitik voran. Maßnahmen, die Kostennachteile für die eigene Volkswirtschaft bringen, werden schlichtweg vermieden. Maßnahmen, die die eigene Volkswirtschaft voranbringen, zum Beispiel wenn sie Absatzmärkte

für eigene „grüne“ Weltmarkt-Champions eröffnen, werden durchgezogen. Der technische Fortschritt ist dabei als Mittel für neues kapitalistisches Wachstum wie immer voll eingeplant – einmal als Mittel für Weltmarktexpansionen nationaler Produkte, und einmal als Hoffnungsträger für zukünftige technische Innovationen. So besteht in der Politik die leise Hoffnung, dass mit einer Erfindung „Made in Germany“ der Klimawandel oder seine Folgen abgewendet werden können. Dann erübrigen sich auch Entscheidungen, die schwer fallen, zum Beispiel strenge Emissionsgrenzen.

Das alles meint Merkel, wenn sie die Klimaproteste für ihr ehrenwertes Anliegen lobt und zugleich daran erinnert, dass vieles zu bedenken ist. „Wir müssen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft auf der einen Seite mit den Zielen des Klimaschutzes versöhnen.“ Und etwas anderes ist auch nicht abzusehen, wenn sich derzeit Bündnis90/Die Grünen fit für die Machtübernahme machen. Trittin als Umweltminister hat in dieser Hinsicht schon mal gezeigt, was zu erwarten ist (Atomausstieg mit langen Laufzeiten, Abwehr von Vorschlägen aus Frankreich für weitergehende Klima-Ziele).

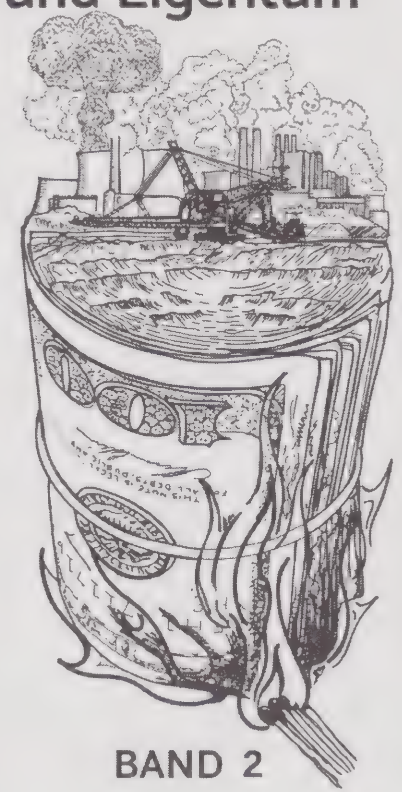
Klimapolitik geht also, aber sie geht in einer kapitalistischen Nationalökonomie eben so. Dass das ausreichen würde, um Kipppunkte zu vermeiden, ist nicht sehr wahrscheinlich. Von daher ist eine Umweltbewegung, die sich an die Politik wendet, verkehrt. Vielleicht werden durch die Klimapolitik dauerhaft klimaschädliche Stoffe reduziert. Sehr wahrscheinlich ist das nicht. Und wenn, dann mit allen beschriebenen Nebenwirkungen moderner Politik. Es steht daher an, sich gegen die Zwecke und Ziele der herrschenden Politik zu richten. Appelle an Politik und Wirtschaft der Sorte „strengt euch bitte mehr an“ sind dagegen völlig fehl am Platze.

1 Ein Flugblatt anlässlich der Klimaproteste am 29.11.2019 von Kritik im Handgemenge Berlin, organisiert bei den Gruppen gegen Kapital und Nation – http://gegner.in

2 Eine verständliche Einführung in den Kapitalismus ist das Buch „Die Misere hat System: Kapitalismus“. Kostenlos als PDF und gegen Spende zu bestellen auf: http://gegner.in. Dass mit 1,5 Grad bereits Kipppunkte eintreten, die den weiteren Temperaturanstieg unkalkulierbar machen, ist ein Risiko, das sie dabei einkalkulieren.

Befreiung vom Geld und Eigentum

Die ersten beiden Bände des Buchprojektes sind fertig gedruckt (in Wien und Basel). Herstellung und Verbreitung der Bücher werden von Dutzenden rebellischen Menschen an selbstverwalteten Orten verwirklicht.



All das ist unbezahlt und unbezahlbar. Am 19.1.2020 gab es im Umsonstladen Bremen die erste Buchvorstellung zum Band 1. Um unserer Utopie ohne Geld und Eigentum näher zu kommen, verzichten wir bewusst auf staatliche Förderung und kommerzielle Vertriebswege.

Das Buch wird ohne Preisschild verteilt und es wird keine* daran verdienen. In solch einer Welt sind wir leider noch nicht angekommen, darum brauchen wir noch Geld, um die Materialkosten für die Produktion der übrigen vier Bände zahlen zu können.

Das Buchprojekt ist das Ergebnis einer 2010 von einer Person geschriebenen Diskussionsgrundlage und eines folgenden, fast 10-jährigen, kollektiven Diskussions- und Redaktionsprozesses im Umfeld vom Umsonstladen Bremen. Wir leben in einer Zeit, in der der Wachstumszwang des patriarchal-kapitalistischen industriellen Systems täglich die existentielle Krise alles Lebendigen auf der Erde verschärft.

Wir sehen das als einen vielfach mit ökonomischen und staatlichen Mitteln geführten Krieg. Das macht es notwendig, sich einerseits über die herrschende Ordnung und andererseits über Alternativen dazu auseinanderzusetzen.

Wenn wir das nicht tun, laufen wir Gefahr, mit unseren selbstorganisierten Ansätzen, unbewusst Grundlagen der zerstörerischen herrschenden Ordnung zu reproduzieren. Diese Krise reicht von der Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen, über die massiven Angriffe auf die Armen im Globalen Süden, den patriarchalen backlash, die zunehmende Militarisierung zur blutigen ‚Verteidigung‘ dieser Ordnung bis zur immer stärkeren Hinwendung zu religiös fundamentalistischen (keinesfalls nur islamistischen) und rechtsradikalen Kräften, einer neuen Hoffnung auf den ‚starken Mann‘.

Dieses Buchprojekt ist ein Versuch, eine radikale Kritik des Bestehenden mit vergangenen (praktischen, theoretischen und literarischen) Utopien einer Gesellschaft jenseits von Geld und Eigentum und dem Entwurf einer eigenen offenen Utopie zu kontrastieren. Auch werden Fragen aufgeworfen, wie wir aus der verbreiteten Resignation heraus kommen könnten. Vom theoretischen, in Praxis geerdeten Ansatz her wird im Buch auf die herrschende Realität geschaut und diese interpretiert.

Dieses Buchprojekt ist, wie der Umsonstladen, ein anarchistisches Projekt. Verbunden ist das Autor*innen-Kollektiv insbesondere anarcho-kommunistischen, anarcha-feministischen und radikal-ökologischen Ansätzen.

Climate Crimes

Der Schweizer Autor P.M., der u.a. die Bolo-Bolo Utopie entwarf, meldete sich Ende 2019 mit einer kleinen Dystopie zur drohenden Öko-Diktatur zu Wort. Die Leute unterwerfen sich in seiner Dystopie – zum Teil mit Murren, aber im Wesentlichen ohne sich dagegen zu wehren – den drakonischen Maßnahmen der staatlichen Öko-Diktatur. Eine Grippewelle, genannt Corona-Pandemie, bringt unsere Leben gerade zum Stillstand. Und die Menschen unterwerfen sich, wie es P.M. beschrieb. Es gibt fast nur noch ein Thema – Corona. Die existentiellen globalen sozialen Fragen, die ökologischen Fragen so um Klima und Artensterben, sind vom Tisch. Die grundsätzliche Kritik an Staat und Kapitalismus ist noch weniger wahrnehmbar als ohnehin schon. Veranstaltungen, Demos, Direkte Aktion – alles abgesagt oder verschoben. Angesichts der fetten aufgelegten Hilfsprogramme für die darunter leidende Wirtschaft haben die Staaten danach mal wieder leere Kassen als Ausrede für fehlendes Handeln.

Vor 10 Jahren, in der Weltwirtschaftskrise, haben wir im Umfeld vom Umsonstladen Bremen begonnen, uns intensiv mit den Verflechtungen von Herrschaft, Ökonomie, sozialen und ökologischen Zerstörungen, Patriarchat, Rassismus etc. zu beschäftigen. Herausgekommen ist dabei ein Buchprojekt, dessen Autor*innen-Kollektiv sich insbesondere anarchokommunistischen, anarcha-feministischen und radikal-ökologischen Ansätzen verbunden fühlt. Bevor unsere Kräfte von der Vorbereitung des Drucks und dann mit dem Druck gebunden waren, haben wir uns auf der Straße und in der Diskussion schwerpunktmäßig mit Climate Crimes beschäftigt. Das Folgende ist eine stark gekürzte Zusammenfassung unserer Diskussion.

Wir vergessen keinesfalls, dass die Klimaverbrechen nur ein Aspekt des Krieges gegen die Grundlagen des Lebens auf der Erde sind. Und auch der Kontext, in dem dieser Text entstanden ist, kann leider nur angerissen werden. Auch Quellen-Verweise findet ihr meist nur im Buch (siehe Artikel: BEFREIUNG VOM GELD UND EIGENTUM … und warum das noch lange nicht reicht).

Es gibt sie immer noch, die von der Industrie finanzierten wissenschaftlichen Klimaleugner*innen. Aber heute reden in der BRD fast alle vom Klimawandel. Manche reden von der Klimakrise oder der Klimakatastrophe. Wir finden diese Begriffe verharmlosend. Sie verschleiern / verleugnen, dass dahinter politische Macht- und Wirtschafts-Interessen stehen. Wir sprechen deshalb von Climate Crimes oder auch von Klimakriegen. Klima-Verbrechen und -Kriege sind legal, denn auf ihnen beruht das ‚warenproduzierende Patriarchat' (ein Begriff der marxistischen Wertkritikerin Roswitha Scholz). Das macht große Unterschiede. Dieser Prozess ist, so unsere These, die logische und auch rassistisch wirkende Konsequenz aus den Systemen Staat und Kapitalismus und ihrer patriarchalen Basis (mehr dazu im Band 2 vom Buchprojekt).

Die Veranstaltungen zum Bericht des Weltklimarats (IPPC, Intergovernmental Panel on Climate Change) in Bremen waren gut besucht. Eine kritische Diskussion fand aber auf diesen Großveranstaltungen nicht statt. Wir hatten schon zuvor begonnen uns mit dem Bericht auseinanderzusetzen und haben festgestellt, dass dieser im Namen des Klimaschutzes das zerstörerische "Weiter so" propagiert. Die Climate Crimes werden damit auf eine neue technologische Stufe gehoben. Als Anarchist*innen wundert uns das auch nicht, ist der IPCC doch eine von der sogenannten Staaten-Gemeinschaft finanzierte und ihnen verpflichtete Struktur.

Der IPCC-Bericht von 2018 (> https://www.ipcc.ch/sr15/download/) versammelt das aktuelle Wissen der weltweiten Klimaforschung. Er ist ein Bericht an die Staaten und stellt eine Vielzahl von Handlungsstrategien (genannt: Pfade) vor. Seine Aussagen zeigen deutlich auf, dass die Erwartungen, wieviel Zeit zum Handeln noch bleibt, sich von einem Bericht zum anderen erheblich verkürzt.

Der IPCC-Bericht von 2018 prognostiziert bei einem sofortigen vollständigen Stopp des Ausstoßes von Klimagasen als Ergebnis das Erreichen der Erwärmung um 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Stand in 30 – 100 Jahren. Das ist für keine*n Politiker*in und auch für die Wissenschaftler*innen keine Option. Der Bericht fasst 90 Pfade zusammen, die alle davon ausgehen, dass weltweit nochmal die CO2-Menge (Kohlendioxid und Äquivalente anderer klimaaktiver Gase) der letzten 10 Jahre ausgestoßen wird. ‚Wir' haben dann mit den 90 Pfaden je eine Wahrscheinlichkeit von 67 %, die Erhitzung der Erde auf 1,5 °C zu beschränken, wenn bestimmte Maßnahmenbündel getroffen werden. Die Pfade, die nicht auf den massiven Einsatz destruktiver Großtechnologien setzen, erfordern es, sofort zu beginnen, weltweit bis 2030 den Ausstoß von CO2 auf weniger als die Hälfte, bis 2040 auf weniger eines Viertels und bis 2050 auf Null zu reduzieren. Zusätzlich ist danach eine negative CO2-Bilanz erforderlich, da CO2 in der Atmosphäre über Jahrzehnte aktiv bleibt. Nach Ende der Freisetzungen von klimaaktiven Gasen würden die 1,5 °C sonst deutlich überschritten.

Die Grenzen des IPCC-Berichts liegen in der Logik der Systeme Staat und Kapitalismus. Die radikalen, destruktiven Konsequenzen fast aller Pfade werden erst bei kritischer Betrachtung deutlich. Von den 90 Pfad-Modellen, die 1,5 °C anstreben, setzen nur neun nicht auf den massiven Einsatz der CDR- und CCS-Technologien. CDR bedeutet Kohlen-Dioxid-Reduzierung und meint Technologien, die der Atmosphäre CO2 entziehen. Außer der Anlage von Wäldern und der Renaturierung von Wäldern (Moore werden seltsamerweise, obwohl weit effektiver, im IPCC-Bericht nicht diskutiert) handelt es sich um äußerst energie- und ressourcenaufwändige Großtechnologien.

Diese funktionieren heute nur im Modellversuch, sind aber fest eingeplant. CCS, Carbon Capture and Storage (also CO2-auffangen und speichern) schien nach dem Scheitern des Greenwashing von Kohlekraftwerken mittels dieser Technologie gescheitert. Jetzt soll es in weit größerem Maße zurückkommen.

Selbst Studien, die CCS propagieren, sagen, dass die unterirdischen Speicher nicht dicht sind, und dass sie regelmäßigen Austritt von CO2 an die Erdoberfläche erwarten. (z.B.: https://www.grs.de/sites/default/files

/pdf/GRS%20-%20250_0.pdf). Leider ist CO2 schwerer als Luft, sammelt sich bei Austritt also bodennah. Bei einem größeren Leck bedeutet eine zu hohe CO2-Konzentration das Ende für alles tierische / menschliche Leben in der Umgebung der Austrittsstelle. Auch verstecken die Pfade undiskutiert eine massive Ausweitung der Energie aus Atomkraftwerken (für 2050 durchschnittlich 2,5 mal höher als heute, maximal 11 mal höher, minimal auf 1/3 reduziert). Zusätzlich werden noch viele Geo-Engineering-Ansätze vorgeschlagen und eingeplant. Das ist nichts anderes als die Vorbereitung eines neuen technologischen Angriffs im Namen des Klimaschutzes.

Auf dem Klimagipfel COP 21 (Klimakonferenz der Vereinten Nationen, 21st Conference of the Parties) in Paris haben sich die Staaten in einer Sonntagsrede – also ohne jegliche Verpflichtung für die einzelnen Staaten – darauf geeinigt, die Aufheizung der Erde auf 1,5 °C begrenzen zu wollen. Die Pläne der einzelnen Staaten und Staatengemeinschaften verfehlen die Anforderungen aber total, die ihnen die eigenen Wissenschaftler*innen stellen. Wir sehen darin das notwendige Scheitern der kapitalistischen Staaten, angemessene Konsequenzen zu ziehen. Gerade hat das EU-Parlament den Klima-Notstand erklärt. Ist das ebenso nur eine Sonntagsrede oder wird es Konsequenzen haben? Und wenn ja, werden die sich mehr gegen die Menschen als gegen Industrie und Staat wenden?

Merkel hat für 2050 Klimaneutralität angekündigt und will damit ihren Ruf als Klimakanzlerin reaktivieren. Klimaneutralität ist aber etwas völlig anderes als das vom IPCC geforderte Ziel, den Ausstoß klimaaktiver Gase bis 2050 auf Null zu reduzieren. Klimaneutralität ermöglicht noch stärker ein "Weiter so." Die reichen Staaten und die Konzerne können sich freikaufen. Das geht z.B. mittels REDD-Projekten (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degration), einem fatalen, kapitalfreundlichen Mechanismus des Kyoto-Protokolls. Das Kyoto-Protokoll machte die Luftverschmutzung zur Ware. So können im Globalen Süden Kompensationen für hier verursachten CO2-Ausstoß gekauft werden. REDD bewirkt praktisch immer wieder Repression gegen Indigene und Kleinbäuer*innen, die z.B. den Regenwald nutzen, nie aber gegen Großkonzerne und Großgrundbesitzer*innen, die diesen platt machen.

Und auch die Erdaufheizung um 1,5 °C ist laut IPCC bereits sehr bedrohlich für die Meeresflora und -fauna, gerade in den tropischen Küstenbereichen. 70 – 90 % aller Korallenriffe werden bereits bei einem Anstieg um 1,5 °C absterben.

Es wird eine Verschlechterung der menschlichen Gesundheit erwartet.

Krankheiten wie Malaria und das Dengue-Fieber werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit stark ausbreiten. Aber auch die Ernährung wird massiv betroffen sein. Es wird erwartet, dass der Klimawandel direkte Effekte auf die Qualität und Quantität der Ernteerträge hat. In der Sahelzone und Westafrika reicht bereits ein Anstieg um 1,5 °C, um die Ernteerträge drastisch zu senken, bei Mais z.B. um 40 %. Noch stärker sind die Auswirkungen auf die Ernährungslage der Menschen in den Savannen und Trockengebieten des südlichen Afrikas. Aber auch Südostasien wird massiv betroffen sein. Eine so fortgesetzte Klimapolitik ist damit als ein neokolonialer Krieg gegen die Menschen im Globalen Süden zu betrachten.

Die Verbrechen an der Menschheit und dem Leben auf der Erde werden bewusst in Kauf genommen. Die Überwindung der Klimaverbrechen widerspricht der Logik des Profits (die heute nur noch auf die nächsten Quartalszahlen schaut) sowie der der Politik (die kaum über die nächste Wahlperiode und die Erhaltung der Welt der Waren hinausschauen kann). Das Gleiche gilt für andere Angriffe auf die Grundlagen des Lebens auf der Erde.

Eine Lösungsperspektive sehen wir in einem radikalen, gesellschaftlichen Bruch mit Herrschaftssystemen wie Staat und Kapitalismus. Mit der Entwicklung eines guten Lebens für alle weltweit gilt es, die Bedürfnisse der Menschen von den Warenverhältnissen zu lösen. Das bedeutet auch gesellschaftlich die für den Kapitalismus grundlegende patriarchale Abspaltung der Reproduktion / des Care-Bereichs zu überwinden, gesellschaftlich die Re_Produktion zu organisieren.

Die Erfahrungen der Menschen aus den massiven Kämpfen im globalen Süden und die dezentral-praktischen Ansätze im Sinne des Anarcho-Kommunismus und des Anarcha-Feminismus, Ansätze zur Befreiung vom Geld und Eigentum, Commonismus, sowie die Radikale Ökologie scheinen uns hilfreich, eine Welt jenseits der Warenlogik zu entfalten, in der viele Welten Platz haben (wie die Zapatistas aus Chiapas, Südmexiko, sagen). Da wir nicht das ganze grüne blatt alleine füllen wollen verweisen wir euch auf unsere ausführlichen Vorstellungen dazu insbesondere im Band 5 von unserem Buchprojekt.

Autor*innen-Kollektiv 'Befreiung vom Geld und Eigentum' im Umfeld vom Umsonstladen Bremen



Zur aktuellen Situation der Klimapolitik – Versuch einer dringend gebotenen Metaebene

grillmöbel Einige wichtige Dinge wurden in den letzten Jahren über die Klimakrise gesagt. Die Punkband Pascow z.B. brachte 2011 die allgemeine Geisteshaltung ganz gut zum Ausdruck: „Die Welt kann uns, weil wir uns lieben". 2014 überschrieb Naomi Klein Kapitel 7 ihrer damaligen Veröffentlichung zur Klimakrise mit „The Green Billionaires Won't Save Us", während Stefan Gärtner ein Jahr später nicht weniger berechtigt vom „Trugbild der 'Konsumentendemokratie' " sprach. Dann kulminierte der Führer_innenfetisch der Klimabewegung aus irgendeinem Grund in Greta Thunberg und 2020 nun kann Georg Seeßlen gleichsam abschließend feststellen: „Was in der Aufmerksamkeitsökonomie und in der Symbolsprache der Personalisierung erreicht werden konnte, wurde erreicht."

Die gute Nachricht ist also, dass es offensichtlich einige Leute gibt, die verstehen, dass politische Gesten und mediale Berichterstattung nur dann erkenntnisbringend sind, wenn der dahinter stehende unübersichtliche Subtext verstanden wird. Was sich allerdings schwierig gestaltet, wenn jene einen mit Mumpitz zuballern wie CO_2-Zertifikaten und Dieselverboten oder die Klimakrise in irgendwelche an Lächerlichkeit kaum zu überbietende Stellvertreter_innendebatten (Boomer vs. Millenials usw) übersetzen. Dass es einen Kommentar braucht, um „Mein Kampf" zu lesen, verstehen sie, aber arbeiten an einem System mit, das dazu führt, dass jede Zeitung ebenso einen Kommentar bräuchte, um die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse daraus erfahren zu können. Weil es den nicht gibt, müssen Leute wie die oben genannten immer wieder dieses Amt bekleiden, unfreiwillig natürlich, und mit mäßigem Erfolg, denn in vielen Milieus werden diese Aussagen niemals ankommen.

Trotzdem ist es immens wichtig, dass es sie gibt. So werden diejenigen, die eigentlich wissen, dass hohe Politik restlos Theater ist und die bisher getroffenen klimapolitischen „Maßnahmen" einzigartiger Humbug, daran erinnert, dass hohe Politik restlos Theater ist und die bisher getroffenen klimapolitischen „Maßnahmen" einzigartiger Humbug, und geraten so nicht in die Verlegenheit, zu vergessen, dass hohe Politik restlos Theater ist und die bisher getroffenen klimapolitischen „Maßnahmen" einzigartiger Humbug, um es auch hier noch einmal mnemotechnisch zu forcieren.

Ich möchte die Betrachtungen der unfreiwilligen Kommentator_innen des Weltgeschehens nun um einige Erkenntnisse oder Sachverhalte ergänzen, die ich zu verinnerlichen für wichtig halte, weil ich leider sehen muss, dass dermaßen fanatisch gegen sie propagiert wird, dass man Gefahr laufen könnte, das Propagierte zu glauben.

Foto von Markus Spiske von Pexels

Giftgrüner Kapitalismus

Es gibt verschiedene Wege, sich der ganzen Problemstellung zu nähern. Aus der Definition heraus ist die Sache klar: Kapitalismus ist rein profitorientiertes Wirtschaften, das endloses Wachstum garantieren soll.

Dazu werden Ressourcen ausgebeutet, die überwiegend endlich sind: Böden, Rohstoffe, Arbeitskraft[1]. Man könnte nun einwenden, dass ein Umschwung auf wiederverwertbare Ressourcen möglich wäre. Viel wird über diese Dinge geredet und verfolgte man nur die Äußerungen und nicht die Fakten, könnte man auf die Idee kommen, die große Umgestaltung, die allgemein „Energiewende" (ein praktisches Wort, weil so schön passiv) genannt wird, sei schon zu großen Teilen im Gange. Das ist nicht der Fall. Erste Anfänge geschehen, und es ist gut, dass sie geschehen, aber aufgrund von jahrzehntelangen Investitionen in extraktivistische [2] Technik (und extraktivistische Ideologie) wird es noch über einen langen Zeitraum billiger bleiben, Erdöl und ähnlichen Mist zu fördern. Kapitalismus nun heißt, dass das getan wird, was am meisten Profit bringt.

Das bedeutet, solange fossile Brennstoffe billiger sind als erneuerbare Energien (von dem enormen Umrüstungsaufwand einmal abgesehen), werden fossile Brennstoffe in einem Maße gefördert werden, das mit den sogenannten Klimazielen, egal ob 1,2 oder 3 Grad, nicht vereinbar sein kann. Das sehr sehr unwahrscheinliche Szenario, dass es die Politik global schafft, diese Umrüstung gegen das Argument des Profits durchzusetzen, wäre nun eben alles, aber kein Kapitalismus mehr. Es ist dies eine Sache der Definition. Kapitalismus kann nicht grün sein und Nachhaltigkeit ist per se nicht kapitalistisch.

Was innerhalb des Bezugsrahmens dieses immer wieder beschworenen „grünen Kapitalismus" passiert, ist, dass sich die kapitalistischen Akteure punktuell ökologische Forderungen auf verkürzte Art und Weise einverleiben, um im oder gegen den Zeitgeist bestehen zu können. Das ist keine Heldentat und auch kein Aufwachen, sondern ausschließlich

eine notwendige Maßnahme zur Selbsterhaltung in diesem System und Aufrechterhaltung desselben. Viele dieser Schritte können durchaus sinnvoll sein. Aber es ist nicht abzusehen, dass kapitalistisches Wirtschaften in den Grundlagen hinterfragt wird. Da diese Grundlagen nun eben nicht angetastet werden, kommt es unausweichlich dazu, dass die nachhaltig erzeugten Produkte nur zu höheren Preisen verkauft werden können als die herkömmlichumweltzerstörerischen.

Wir sehen eine ähnliche Dynamik bereits seit Jahren in der Lebensmittelbranche, Bio vs. Nicht-Bio. Hieran lässt sich gut erkennen, dass „grüner Kapitalismus" denjenigen, die ohnehin mehr Kapital haben, nun noch dazu eine hervorragende Gelegenheit gibt, sich (wieder einmal) besser zu fühlen als die anderen, für die Ökostrom und Schwarzkümmelöl aus der Ölmühle um die Ecke eben nicht erschwinglich sind. Eine Regierung, die nicht lediglich eine Schablone für große Unternehmen sein möchte, könnte hier eingreifen und dafür sorgen, dass die Dinge, die gut produziert sind, bezahlbar sind. Es gibt marktwirtschaftliche Instrumente für eine solche Überlegung.

Und natürlich müsste sie das, denn solange nicht-ausbeuterische Produkte nicht von allen gekauft werden können, bleiben sie – wie man sieht – eine Nische, die lediglich deshalb wächst, weil mehr und mehr Unternehmen auf die Idee kommen, diese spezielle Nische zu bedienen und die Ober- und Mittelschicht zu melken. Und genau so ist es gerade. Immer noch werden erheblich mehr Produkte, die nach dem alten Modell produziert werden, verkauft. Der einzige Mehrwert soll nun darin bestehen, dass sich diejenigen schlechter oder schuldig am Weltuntergang fühlen, die keine Wahl haben, etwas anderes zu kaufen? Das ist wahrhaftig grüner Kapitalismus.

Auch Tesla wird uns nicht das Heil bringen

Eine andere Möglichkeit, sich der Problemstellung zu nähern, ist, sich auf die individuelle Ebene zu begeben. Wie viele richtigerweise feststellen, häufen sich in Medien und Popkultur die Untergangsszenarien: „Wir können uns die Zukunft vor allem als Katastrophe vorstellen."[3] Wie Sebastian Friedrich in einem kürzlich erschienenen Kommentar ganz gut analysiert[4] , gibt es verschiedene Modelle der Apokalypse: Das der Klimabewegung, die von einem universalistischen Standpunkt aus argumentiert („wir müssen damit aufhören, sonst werden wir alle untergehen"), das paranoide Modell der Rechten, die die eine vermeintliche Opfergruppe vor dem Angriff einer vermeintlich unheilsbringenden Gruppe schützen will, indem sie jene vernichtet („Der Untergang des Abendlandes muss von uns verhindert werden" u.s.w.) und das christlich-konservative, das „[...] auf die Bewahrung der Schöpfung zielt und auf einen Heiland setzt, der die Sache regeln möge – hoffentlich."

Von den immanenten Schwierigkeiten der ökologischen Apokalypseversion einmal abgesehen, ist leider mittlerweile an vielen Stellen zu beobachten, dass die Klimabewegung in jene zuletzt beschriebenen religiösen Muster abdriftet. So wenden sich die von den Medien vor allem abgebildeten Akteure, seien es Thunberg oder Extinction Rebellion[5], ständig nur an die kapitalistischen Autoritäten, Politiker und Konzernbosse, und ersuchen sie höflich, doch bitte die notwendigen Maßnahmen umzusetzen.

Ok, nicht nur höflich, aber die Strategie ist klar: Mediale Aufmerksamkeit, damit ein Gehörtwerden ermöglicht wird, dann werden die Forderungen gestellt (und dann?). Dazu kommen Missionierungstendenzen; Menschen sollen die Augen geöffnet werden, andere sollen aufwachen. Die Kritik an der Einlullung durch herrschende Ideologien – geschenkt.

Dennoch ist es gefährlich, als pseudohomogene Gruppe aufzutreten, die der Masse der „nicht Erleuchteten" die Wahrheit bringt. Viele progressive Bewegungen tappen in diese Falle. Muss ich überhaupt noch darauf hinleiten, dass sich an Greta Thunberg Kennzeichen von Messiasverehrung zeigen? Ich denke nicht, aber es ist ja nicht nur dieses völlig beliebige Mädchen, die nun durch die Erregungswalze der Medien gedreht wird (sie stellt ja auch eher eine Art fürsprechende Bittstellerin dar), auch andere einzelne Menschen sollen immer wieder fürs Heilsversprechen herhalten, oft ausgerechnet Milliardäre wie Elon Musk, Michael Bloom-berg oder Richard Branson [6].

Ein win-win für jene und die Medien, ein lose-lose für Umwelt und Menschheit. Denn natürlich werden den einzelne Menschen nichts retten. Es ist kaum zu ermessen, wie unterkomplex offensichtlich viele Menschen in der Lage sind, das einzuschätzen, was auf diesem Planeten passiert, wenn sie der Meinung sind, eine reiche Person würde auch nur irgendetwas spürbar verändern. Wobei dieser blinde Autoritätsglaube wohl eher eine historische Kontinuität darstellt, die wir stets verschieben, anstatt uns davon zu befreien.

Das gilt auch für weniger verabscheungswürdige Menschen als

diese Milliardäre, zB Greta Thunberg. Und doch kenne ich genau dieses Gefühl. Lese ich in der Zeitung vom bahnbrechenden innovativen Vorhaben X, das soundsoviel CO2 einsparen könnte, oder von diesem und jenem Durchbruch in der Materialforschung, ist das erste, was in mir aufkeimt, die Hoffnung, dass doch noch alles gut wird.

Nicht weniger als das, jedes Mal. Wir glauben das, weil es uns gut tut, das zu glauben; weil es anstrengend ist, die ganze Zeit mit einer drohenden Apokalypse auf dem Buckel herumzulaufen; letztlich weil ein Bedürfnis nach Entkomplizierung universell ist. Was universell ist, ist oft auch gefährlich, besonders bei den Messiasfiguren, denn wir vergessen dabei, dass wir ein Vertrauen ohne jegliche Grundlage in Menschen setzen, die, indem sie an Mensch und Natur verdient haben, genau das mit herbeigeführt haben, an dessen Abschaffung sie nun ebenfalls verdienen wollen.

Im Kapitalismus Milliardär werden geht nicht öko, das sollte klar sein. In der Forschung halten sie es realistischer und informieren uns immer wieder, dass es noch 20, 30 Jahre dauern wird, bis eine Sache rentabel wird. Abgesehen davon, dass sich hier wunderbar zeigt, wie die Dinge sich im Kapitalismus verhalten, muss in jenen 20, 30 Jahren ja nun offensichtlich auch noch anderes passieren, als dass wir auf die Rettung qua Wissenschaft warten. Doch auch hier spüre ich diese von der kaum zu ertragenden Realität losgelöste Hoffnung, wie auch bei Filmen oder Veranstaltungen, die für alternatives Wirtschaften, neue ökologisch sinnvolle Anbauarten, nachhaltige Arbeitskontexte und alle Arten emanzipatorischer Projekte werben.

Alle diese Dinge sind sinnvoll, müssen gedacht und erprobt werden, in jedem Bereich der Gesellschaft müssen Transformationen nie gegebener Größenordnung stattfinden, an all diesen Dingen muss geforscht werden, am Besten noch mehr und intensiver. Das gilt im Übrigen seit vielen Jahrzehnten. Aber es darf nicht vermittelt werden, dass wir auf diesem Weg schon weit gegangen sind, dass es die Ideen schon gibt, dass wir sie nur umsetzen müssen. Solche Art von Eigenwerbung negiert die kapitalistische Hegemonie und befeuert ebenjene parareligiösen Heilserwartungen. Und Tesla? Ich denke, dass es nicht lange dauern kann, bis Elon Musk sich endlich zugrundegerichtet haben wird.

Was tun?

Es bleibt festzuhalten, dass, wenn dort, wo der ganze Dreck gemacht wird, nicht aufgeräumt wird, die großen Erfolge ausbleiben werden, um es einmal harmlos auszudrücken. Stefan Gärtner würde dann mit dem „Trugbild der 'Konsumentendemokratie' " recht behalten: Eine Demotivationswelle könnte sich einstellen (wenn sie nicht schon dabei ist), sobald die große Masse merkt, dass dort, wo wirklich etwas verändert werden muss, nichts geschieht. Dass politisch Verantwortliche wie so oft ihre Verantwortlichkeit auf die Einzelnen und damit Machtlosen abwälzt, die keine Produktionsmittel besitzen.

Auch Georg Seeßlen hat Recht, und daraus kann immerhin auch Hoffnung geschöpft werden. Die neue Klimabewegung hat mit ihren Mitteln alles erreicht, was zu erreichen ist, jetzt muss es anders weitergehen. In der Symbolwelt ist alles erledigt, es muss Druck her. Jetzt ist die heutige Welt so angelegt, dass sie sich nahezu immun gegen Druck von unten gemacht hat. Seeßlen schlägt klassischerweise Arbeitskämpfe vor.

Warum nicht? Die Geschichte von vio.me[7] und ähnlichen Projekten zeigt, dass das ein guter Weg sein kann. Gesamtgesellschaftlich bedeutete dies den Generalstreik. Wer in die Geschichte zu blicken wagt, wird sehen, dass es möglich ist, damit Druck aufzubauen. Eine Erfolgsgeschichte mit Brüchen, aber eine Erfolgsgeschichte. Es könnten diejenigen sich verweigern, die in schädlichen Industrien arbeiten. Globalisierung hat diese Möglichkeit erschwert, keine Frage, aber nicht verunmöglicht.

Es gibt überall Industrie, bei der ein Paradigmenwechsel Not tut. Die Digitalisierung muss dem nicht unbedingt einen Strich durch die Rechnung machen. Die Überflüssigkeit menschlicher Arbeitskräfte kann auch eine Chance auf einen zivilisatorischen Sprung sein, denn es gibt genügend Arbeit, die von Menschen getan werden muss im Zuge dieser Transformation.

Denn auch Naomi Klein hat Recht: Alles muss gleichzeitig angegangen werden[8]. Klimakämpfe schließen alle anderen Kämpfe mit ein, weil es ohnehin keine vollständig voneinander getrennten Themenfelder gibt. Jegliche Kategorisierung ist Fiktion und gerade dieses Thema zeigt, dass eben alles global ist. Auch das eine Chance, nämlich eine Chance auf die breitere Streuung universalistischer Weltbilder. Es sieht noch nicht sehr danach aus, aber eine aktive

theoretische Begleitung des Transformationsprozesses könnte die beste Strategie sein. Kleins „Leap Manifesto“ war ein guter Anfang.

Doch, und damit komme ich zu einem ernüchternden Schluss, auch Pascow haben Recht: „Die Welt kann uns, weil wir uns lieben“. Oder Unrecht, je nachdem wie die Intention war, das ist bei diesen kryptischen Texten bisweilen nicht so eindeutig. Doch es steht fest, dass die menschlich-psychoemotionale Ebene so gut wie keinen Raum in der Debatte einnimmt, obwohl sie wahrscheinlich an den Handlungen aller Beteiligten den größten Anteil hat. Wenn Millionen von Menschen die Forderungen der Klima-Bewegung an die einzelnen Menschen als Aufruf zu Selbstversagung und Einschränkung lesen, ist das ein Problem, das man ernst nehmen sollte. Nicht in dem Sinne, dass die Forderungen solcherlei Gefühlszuständen angepasst werden sollten. Die Forderungen speisen sich aus Fakten, die nicht besonders variabel sind. Doch die Erwartung an die einzelnen Menschen ist eine übermäßig heroische. Diejenigen, für die es mit Befriedigung verbunden ist, ihre Bedürfnisse mit denen des Planeten in Einklang zu bringen, vergessen, dass viele Menschen in ihrer Persönlichkeitsstruktur völlig anders funktionieren und dass das nicht immer etwas ist, wozu man sich einfach entscheiden kann. Alle, die jetzt leben, sind ohne eigenes Zutun in kapitalistische Systeme hineingeboren worden.

Die dort erzeugten Bedürfnisse, sei es nach bestimmten Formen von Konsum oder auch Fernreisen, haben sie in Teilen übernommen. Und auch wenn die Erfüllung mancher dieser Bedürfnisse sich erwartet werden, dass alle Menschen sich ohne jeglichen Prozess von ihnen lossagen können. Ich weiß nicht, wie diese Spannung aufzulösen ist, aber ich bin mir sicher, dass es keine gute Idee ist, sie einfach zu übergehen oder ihr etwas überzustülpen. Die gegenwärtigen verheerenden Beißreflexe nicht nur aus der Rechten scheinen mir das zu bestätigen. Eine Möglichkeit wäre, den Fokus zumindest teilweise vom einzelnen Durchschnittsmenschen wegzunehmen. Und konsequent diejenigen anzugehen, die gegen jede rationale Überlegung weiter fürs kapitalistische System werben bzw es aktiv am Laufen halten mit all seinen Kollateralschäden.

Auch die, die den öffentlichen Sektor aushöhlen, Massenüberwachung betreiben und menschenverachtende Asylgesetze erlassen. Die sich bereichern und von der weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur profitieren, weiter und weiter. Denn all diese Dinge sind nicht getrennt voneinander, sie hängen ausnahmslos miteinander zusammen und bedingen einander. Auch diese Zusammenhänge zu verstehen wird helfen. Und so braucht es m.E. jene Kämpfe, Forschungen und Experimente auf allen genannten Ebenen und darüber hinaus, begleitet von einem theoretischen Kommentar, der diese unsere Realität, so schwer sie auch zu fassen und zu ertragen sein mag, in Gänze akzeptiert. Möge dieser Text als ein Beitrag ebendazu gelesen werden.

PS: Zum Weiterlesen ein vielbeachteter Essay von Jonathan Franzen, der während der Arbeit an diesem Text erschienen ist und zahlreiche thematische Überschneidungen aufweist: https://www.newyorker.com/culture/cultural-comment/what-if-we-stopped-pretending

Fußnoten:

[1] Arbeitskraft kann genau genommen auch „nachwachsen“, aber ich werte sie dennoch als endlich insofern, als jeder Mensch nur eine begrenzte Arbeitskraft hat, deren Einsetzbarkeit außerdem von vielen Faktoren abhängig ist.

[2] Extraktivismus beschreibt, ursprüng-lich in kolonialem Kontext, ein Wirtschaftsmodell, das zu großen Teilen darauf basiert, Rohstoffe restlos auszubeuten. Es ist eng verwoben mit der kapitalistischen Ideologie endlosen Wachstums, vgl. Klein (2014), 161ff

[3] Eva Horn: Zukunft als Katastrophe, Fischer 2014

[4] https://www.ndr.de/kultur/Die-Angst-vor-dem -Weltuntergang,gedankenzurzeit1528.html

[5] https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/

[6] Siehe auch Klein (2014), 230ff

[7] http://www.viome.org/search/label/Deutsch

[8] Vgl Klein (2014), 441ff

Ab sofort erhältlich: We Don't Shut Up, We Shut Down! Erfahrungen und Gedanken rund um eine Kraftwerksblockade

Aus dem Inhalt: Im Oktober 2017 wurde das Kohlekraftwerk Weisweiler von einer handvoll Aktivist*innen blockiert und musste auf wenige Prozent seiner Leistung heruntergefahren werden. RWE hat fünf der Aktivist*innen und einen Journalist auf zwei Millionen Euro Schadensersatz verklagt. In diesem Zine wollen wir eine direkte Blockade-Aktion mit ihren verschiedenen Facetten beleuchten und deutlich machen, dass oftmals auch nach einem vermeintlichen Ende einer Aktion noch so einiges ansteht. Es geht uns darum, die verschiedenen Aufgaben und Rollen innerhalb einer Aktion sichtbar zu machen.

Wir möchten erläutern wie ein Kraftwerk blockiert werden kann, wie die Prozessstrategie der Aktivist*innen aussah und unsere Gedanken zu Pressearbeit teilen. Den eins ist klar - Solange Kohlekraftwerke und Kapitalismus nicht endgültig Geschichte sind, werden Menschen sich nicht nehmen lassen, ihren Betrieb zu stören.

Weitere Infos und PDF: http://wedontshutup.org/



Der Diebstahl

Jean Trauerweide Mir wurde schon viel gestohlen in meinen Leben. Schon unmittelbar nach meiner Geburt trennte man mich von meiner Nabelschnur, mit 16 klaute man mir meine Unschuld (erste ordentliche Verurteilung) und mit 28 raubte man mir meine Illusion eines schönen Lebens. Ich musste das erste mal meine Dreckwäsche selber waschen.

Besonders dreist war aber ein schwerer Diebstahl, der mich erst Jahre später ereilte. Ich war mit meinem neuen Tesla in eine zwielichtige Gegend mit riesigen Wohnblöcken gefahren, um meine knappe Portokasse zu entlasten, indem ich meinen Müll in die dortigen Mülltonnen entleere und so Müllgebühren spare. Ich fuhr also vor die Mülltonnen, entleerte meinen Biomülleimer und meinen Restmüllsack und bemerkte, dass das Wetter gut war. Ich ließ deswegen meinen Biomülleimer stehen und sah mich um. Nicht weit entfernt von den Mülltonnen waren gleich ein dutzend Parkplätze frei, da sich die Menschen hier eh kein Auto leisten konnten. Also parkte ich dort mein Auto, ließ die Scheiben runter, damit es nicht zu heiß wurde, und ließ den Schlüssel stecken, damit meine gute Musik nicht ausging.

Dann entschied ich mich einige Meter spazieren zu gehen. Das gute Wetter und die Aussicht auf den Nervenkitzel, wenn ich in dieser verruchten Gegend spazieren gehen würde, waren ein guter Motivator. Noch besser war nur das Gefühl, später damit auch noch im Golfclub damit angeben zu können. Die anderen trauten sich nie hier hin.

Ich ging also bis zur ersten Häuserecke, an der ein armer Mensch Pfandflaschen suchte. Ich fand eine solche Aktivität so exotisch, dass ich meine teure Spiegelreflexkamera rausholte und ein paar Fotos für den Golfclub machte. Danach legte ich die Kamera auf den Mülleimer, um ein Selfi von mir mit einer Pfandflasche zu machen.

Kaum war das im Kasten lenkte mich etwas Neues ab. Ich sah ein Nussmäulchen (auch Eichhörnchen genannt) eine Ecke weiter mit einer Nuss über den Weg huschen. Ich ließ die Kamera auf dem Mülleimer liegen und rannte hinterher, auch wenn ich damit aus der Reichweite der Musik meines Teslas kam. Zwei Ecken weiter hatte ich das Tier dann in einer Ecke gestellt. Ich holte mein goldenes Zigarrenetui heraus und bot den kleinen Geschöpf eine Zigarre an, aber es schien keinen Geschmack zu haben und nahm sie nicht an. Stattdessen rannte es an mir vorbei und verschwand auf einem Baum. Wütend warf ich das Etui hinterher. Aber bevor ich es wieder aufheben konnte, vernahm ich etwas Anderes, was meine ganze Aufmerksamkeit auf sich zog.

Ein Vogel sang auf einem kargen Baum mitten zwischen den hohen Häusern. Und er sang gut. So gut, dass ich mich unter den Baum schlich, um ihm zuzuhören. Leider klingelte genau in dem Moment, wo ich angekommen war, mein Smartphone und der Vogel flog weg, um sich ein paar Meter weiter auf ein Geländer zu setzen. Ich ließ also mein Smartphone neben dem Baum liegen und schlich mich vorsichtig an den Vogel heran. Das Geländer gehörte leider zu einer kleinen Fußgänger*innenbrücke, welche über eine Hauptstraße führte, so dass ich seinen Gesang dort nicht mehr hören konnte.

Ich scheuchte den Vogel also wieder auf und er flog erneut weiter auf einen Baum auf der anderen Seite der Brücke. Diesmal war ich sicher das ich den wunderschönen Gesang wieder hören könnte, wenn ich nur leise und nah genug an ihn herankommen würde. Ich schlich mich also an den anderen Baum an. Aber eine Katze hatte die selbe Idee und sie wollte sicher nicht den Gesang hören, sondern sich den Bauch vollschlagen. Heroisch nahm ich meine prall gefüllte Brieftasche und warf sie nach der Katze. Und die hatte die Geste auch verstanden und floh. Leider der Vogel auch.

Aber so leicht gab ich nicht auf. Ich raste dem Vogel durch die Straßen hinterher und überlegte sogar meinen Helikopter anzufordern, um den Vogel einzuholen. Leider bemerkte ich, dass ich mein Smartphone nicht mehr dabei hatte, und dass Autofahren auch mit einem Tesla einen nicht sportlicher machte. So entkam der Vogel und ich wurde um mein Recht auf seinen Gesang gebracht.

Wütend machte ich mich auf den Heimweg. Aber wie zum Hohn musste ich feststellen, dass mich nicht nur der Vogel um seinen Gesang gebracht hatte, sondern auch die menschlichen Bewohner*innen Diebe waren. Voller Wut und dank meiner Kontakte zum Bürgermeister und zum Innenminister sorgte ich dafür, dass die Gegend sicherer wurde.

Die Straße, wo mein Auto stand, wurde ab sofort kameraüberwacht. Polizist*innen sicherten die Mülleimer, damit daraus keine Pfandflaschen mehr geklaut wurden. Und auf der Brücke gab es jetzt einen Checkpoint mit Zaun und Stacheldraht. Die Bäume ließ ich fällen, damit sich dort kein Ungeziefer mehr verstecken konnte und Scharfschütz*innen überwachten die ganzen Maßnahmen von den Dächern der Hochhäuser. Zu guter Letzt sorgte ein Team von Psycholog*innen dafür, dass ich bald über die Folgen des Diebstahl hinwegkommen würde. Finanziert wurden die Maßnahmen durch eine Sondersteuer für Arme. So würden die Menschen aus dem Viertel begreifen, was für ein Unrecht sie verbrochen hatten.

Sie fragen sich sicher, ob ich mir nicht einen neuen Tesla hätte kaufen können. Klar könnte ich das, aber der war ja auch gar nicht gestohlen worden. Auch mein Smartphone, meine Brieftasche, meine Kamera und sogar das goldene Zigarrenetui bekam ich von Bewohner*innen zurück. Was mich so traumatisiert hatte und mir bewies, dass alle Armen kriminell sind, war: Mein Biomülleimer blieb spurlos verschwunden.

*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und mehrere Bücher verfasst. Das meiste davon sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir die eine oder andere der aus dem Politleben des Schreibers gegriffenen und oft witzig überzogenen Geschichten abdrucken, von denen Jean Trauerweide in einer Inhaltsangabe sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*



Corona. Corona! CORONA!!!

grillmöbel Die Corona-Krise (was sonst?) treibt bisweilen merkwürdige Blüten, sei es die plötzliche Häufung verschwörungstheoretischer Posts auf linken Verteilern oder die Tatsache, dass ich widerlich parfumiertes Toilettenpapier benutzen muss, weil irgendwelche Vollhorste ihr eigens zuhause eingerichtetes Klopapierlagerzimmer glauben füllen zu müssen.

Als ich mich im Supermarkt über die Bananen beuge, raunt mir gegenüber jemand etwas zu, ich verstehe nur „Corona", frage nach, und er wiederholt „...mit extra Corona, wa?"
Ich lächle möglichst genervt und trabe ab, es ist nicht das erste Mal, dass ich im Supermarkt das Gefühl habe, dass Leute sich mithilfe jedweder zufälligen Begegnung zu therapieren versuchen.

Ein paar Tage vorher will ich im Biomarkt nach Haarseife fragen, doch die völlig k.o.e Angestellte wird von einem älteren Mann einfach nicht wieder entlassen: „... und dann lassen se uns nich mehr raus und dann haben wa se, die Diktatur! Hatten wa ja schonmal. Und denn wern wa ma schön kieken." Und so weiter und so fort. Ich muss nicht nachfragen, um zu wissen, dass der Typ auf die DDR anspielt; hört man den Berliner_innen ein paar Jahre lang zu, hat man ohnehin den Eindruck, auf deutschem Boden hätte niemals etwas vergleichbar Schlimmes stattgefunden.

Die Angestellte geht darauf (leider) nicht ein, aber ringt sichtlich um ihre bereits genügend (19.03.) eingeschränkte Freiheit: „Ich kann Ihnen das auch nicht sagen, wie es weitergeht, wissen Sie, ich habe dieses Gespräch jeden Tag! Jeden Tag!"
Der Mann, der vorher schon nicht zugehört hatte, hat sich entschieden, nicht ausgerechnet jetzt damit anzufangen, daher grätsche ich dazwischen und sage laut und wahrheitsgemäß: „Hier! Ich hab eine Frage, die Sie beantworten können! Wo haben Sie Haarseife?"

Leider stehen wir so dicht an der Haarseife, dass mein Manöver nicht ausgereicht hat, um den Typen loszuwerden. „Und wissen se, ick sach Ihnen, was die jetzt machen wern..." und so weiter und so fort. Ich verlasse die beiden durch das Virus Zusammengezwungenen und den Laden, höre dabei überall Gesprächsfetzen, die kein einziges Mal ohne das Wort Corona auskommen. Die Welt ist monothematisch geworden, denke ich.

Was ist da los? Eigentlich ist es nicht so schwierig. Die Supermärkte sind nun der offiziell erlaubt Ort der Kontakte, denn: Konsumieren sollen die Leute, das wird nicht beschränkt, nicht einmal, wenn es dringend geboten wäre, bestimmte Produkte zu rationieren. Die Freiheit, sich im Konsum skrupellos zu verhalten, ist eine der letzten, die uns geblieben sind, die kann man doch nicht auch noch einschränken.

So oder so ähnlich funktioniert das, und wem Kontakt und Austausch aus dem einen oder anderen Grund fehlen, besorgt ihn sich eben im Supermarkt mit den 10 Stiegen H-Milch gleich mit. Was dazu führt, dass diejenigen, die sich dort jetzt staatlich verordnet kaputtzuschuften haben, zusätzlich auch noch die Seelsorge ihrer Kund_innen übernehmen. Gutes System!

Es wird (spätestens!) an dieser Situation eines deutlich: Dass in Deutschland der Mainstream sich zu begreifen weigert, dass Leben auch erleben und verarbeiten heißt, oder richtiger, dass, wer die Herausforderungen unserer Zeit nicht emotional geglückt zu verarbeiten in der Lage ist, sie eben durch Panik, antisoziales Verhalten und Gewalt gegen sich selbst und andere verarbeiten muss.
Der Supermarkt ist keine neue Bühne für dieses Schauspiel. Aber die meisten anderen sind gerade geschlossen (ihr wisst schon, dieses Virus).

Zum 25. Jubiläum des grünen blatts suchen wir 25 neue Mitglieder für den Förderkreis. Jetzt Mitglied werden und ein unabhängiges Medium unterstützen!



Mehr Infos auf Seite 3.

Wessen Müll?

aunlich. Da fahren
hlt von RWE oder
afield und werden
Nächstes werden
Brennstäbe im tie-
r der Wiederaufbe-
us den Castoren ge-
sägt, aufgelöst und
ie in einem magi-
r dickem Bleiglas,
lie nukleare Altlast
bundesdeutschen
n Müll". Und nicht
schon gegen die Er-
ödlichen Altlasten
sollen nun schwei-
nalen Kollektiv das
vatwirtschaftlichen
rn. So überzeichnet
ng der Vorgänge im
anstehenden
e" erscheint, der
tende Prozess der
n Kosten, also des
Folgen privatwirt-
delns auf die Allge-
ch durch alle Berei-
von Atomanlagen
rschung über den
n zur Entsorgung.

...ionierung der ...ungskosten

en mit vermeintlich
m Gewinne machen,
raus, dass die Allge-
Unsummen in For-
ruktur investiert hat.
ndung zahlreicher
nforschungszentren
Karlsruhe, Jülich)
957 der EURATOM-
en, durch den der
jährlich hunderte
zufließen. Allein für
12 standen nach An-
mision Mittel in Höhe von insgesamt 2.200 Mio. Euro für die „Kernforschung" zur Verfügung.

Externalisierung von Anfang an

Die horrenden Kosten und Folgen des Betriebs von Atomanlagen werden nicht nur innerhalb unserer Gesellschaft sozialisiert. Sie treffen vor allem Menschen in anderen Gesellschaften und zukünftige Generationen. Weltweit betreiben nur 30 von 193 Ländern AKW, und nur rund die Hälfte dieser Länder betreibt mehr als fünf AKW – in der BRD sind es zurzeit sechs. Das Uran für den Betrieb dieser Atomanlagen stammt hingegen weitgehend aus Ländern und Regionen, die keine AKW besitzen (Namibia, Kasachstan, Australien, Niger...). So werden für den Betrieb eines AKW mit einer Leistung von 1.000 MW jährlich rund 30 Tonnen angereichertes Uran benötigt. Dieser vergleichsweise geringen Menge stehen etwa 100.000 t feste und 200.000 t flüssige Abfälle gegenüber, die bei der Gewinnung des Urans vor Ort anfallen.

Die dazu benötigten Wassermengen stellen gerade in den wüstenartigen Abbaugebieten, wie dem Niger, Namibia oder Australien ein großes ökologisches Problem dar. Rund 85% der ursprünglichen Radioaktivität verbleibt dabei in den Schlämmen und Absetzbecken (tailings). Dabei gibt es ähnlich wie bei der Endlagerproblematik auch für die „schadfreie Versiegelung" der Halden und Schlämme für viele tausend Jahre kein schlüssiges Konzept, das ein Ausgasen von Radon oder das Versickern und Verwehen anderer radioaktiver Substanzen verhindern würde. Daneben sind auch große Mengen Arsen, Blei und Quecksilber in den Schlämmen zu finden.

Die vorläufige Sanierung des Uranabbaus der ehemaligen DDR hat bis heute bereits 7 Milliarden Euro gekostet. Ein Aufwand, der im Niger oder in Namibia schlichtweg finanziell nicht zu stemmen wäre. Kosten, die sich niemals angemessen im Uranpreis niederschlagen, sondern auf die Gesellschaften der Uranförderländer abgewälzt werden.

Sozialisierung der Kosten im Normalbetrieb

Nirgends werden die hohen Kosten für die Allgemeinheit momentan deutlicher als beim britischen AKW-Neubau Hinkley Point. Die EU-Kommission geht aktuell von Gesamtausgaben von



Gorleben-Castor 2010: Hochsicherheitsareal Verladekran – Absperrgitter u... sollen den Atommüll vor Protesten schützen.

unglaublichen 43 Milliarden Euro aus. Rentabel für die Betreiberfirmen ist das Kraftwerk nur, weil die britische Regierung ihnen Einspeisevergütungen garantiert, die dreimal so hoch wie der Marktpreis sind.

Hinzu kommen immense Kosten für eine umfangreiche Sicherheitsinfrastruktur wie bereits von Robert Jungk („Der Atomstaat") eindrucksvoll beschrieben, die der Staat den Betreibern zur Verfügung stellt, um die Atomanlagen zu schützen und
gegen sie zu bekämpf...
onen Euro schlug alle...
Castortransportes 20...
tuell lässt sich da...
solchen Infrastruktur...
hand der Militarisie...
Bure zur Durchsetzu...
Endlagerprojektes be...

So... im Fal...

Am 26. März 1971 na...
AKW Fukushima sein...
Betrieb auf, und es f...
Tage bis zum 40. Jubi...
ge am 11. März 2011...
den Super-GAU hätt...
sellschaft Tepco (Tok...
Company) im Früh...
Grund zum Feiern ge...
Jahre produzierte di...
Strom und Atommül...
ne für Japans größte...

Doch am 11.03.2011...
Zeit der Gewinne. M...
Super-GAU trat ein...
ein, das alle jemals rea...

